attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (10.03.2013)

Sand im Getriebe 101

Weltsozialforum - ALBA - Front populaire
Altersummit - Blockupy - Attac - ...



Gegenmacht aufbauen – gemeinsam

Diese SiG-Nummer hat drei Schwerpunkte: die Entwicklungen im **nördlichen Afrika**, die aktuelle Positionierung von **Attac-Frankreich** und der – momentan alles überschattende – Tod von **Hugo Chavez**, des großen Förderers des **Weltsozialforums**, der „Bewegung der Bewegungen".-->

PDF-Version: *www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/* ***Online Fassung:*** *http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:*** *sig@attac.de*

Fortsetzung der Vorworts

→ Während die Menschen in Caracas den Tod ihres Hoffnungsträgers beweinen und die Fortsetzung der sozialen Umwälzungen erhoffen, ergeht sich die bürgerliche Presse in Häme. Zwar kann niemand leugnen, dass es eine massive UmFAIRteilung zugunsten der ärmeren Schichten in Venezuela gab. Die reichen Eliten und ihre Medien erheben aber zwei Vorwürfe: er sei ein autoritärer Herrscher, ja Diktator, egal wie beliebt er ist und wie oft er wieder gewählt wurde. Diese Denunziation zeigt den falschen **Demokratie-Begriff**, der hier vorherrscht. Denn Hugo Chavez war ja nicht deshalb ein demokratischer Führer seines Volkes, weil er zig mal formal-demokratisch gewählt wurde, sondern weil er die INTERESSEN der subalternen Mehrheit gegen die Privilegien der dünnen Schicht der Oligarchen durchgesetzt hat und damit Spielräume für partizipative, **reale** Demokratie eröffnete, für die Selbstorganisation der verarmten Massen: Volksdemokratie eben. Der zweite Vorwurf hängt mit dem **Ölreichtum** Venezuelas zusammen. Durch den Aufbau von ALBA (SiG100) teilte Venezuela diesen Schatz mit den Nachbarstaaten, indem es das Öl weit unterhalb des Weltmarktpreises weiter gab und damit die Entwicklung dieser Länder unterstützte. Im übrigen wusste Hugo Chavez natürlich, dass die Entwicklung eines Landes auf Dauer nicht von der Ölrente abhängig sein kann und er hat entsprechend die Weichen gestellt für den Aufbau einer diversifizierten und nachhaltigen Wirtschaftsstruktur. Das braucht Zeit. Hier kommen allerdings die Klassenverhältnisse in Spiel: WER produziert für WEN unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen? In dieser Frage kommt Hugo Chavez immerhin das **welthistorische Verdienst** zu, dass er – nach der langen Zeit des ersticken-den neoliberalen Privatisierungsdogmas – eine **Diskurswende zurück zum Gemeinwohl** einleitete. Auch durch viele Linke ging ja ein erstauntes Aufatmen, als auf dem Weltsozialforum 2006 in Caracas vom „*Sozialismus des 21. Jahrhunderts*“ gesprochen wurde und in Lateinamerika Privatisierungen rückgängig gemacht wurden. Unser Ruf „*Eine andere Welt ist möglich*“ bekam dadurch eine praktische Perspektive, die in ihrer Ausstrahlung auf die Länder Lateinamerikas und die globalisierungskritische Bewegung kaum zu überschätzen ist. Rafael Correa, der im Februar 2013 mit knapp 57 Prozent der Stimmen als Präsident von Ecuador wiedergewählt wurde, meinte daher zum Tod von Hugo Chavez: ***"Wir haben einen Revolutionär verloren, aber Millionen von uns bleiben inspiriert."***

Im zweiten Schwerpunkt berichten wir darüber, wie die **sozialen Bewegungen in Nordafrika** (Souad Guennoun) durch die alten und die neuen Herrschern (Marokko / Ägypten) gewaltsam unterdrückt werden (Stellungnahme von **Attac Marokko)**. In **Tunesien** hat die „**Front Populaire**“, deren führendes Mitglied **Chokri Belaïd** ermordet wurde, ein Programm für die Entwicklung ihres Landes formuliert, das wir übersetzt haben. Fazit: ein anderes Tunesien ist möglich, unabhängig von EU und Internationalen Finanzinstitutionen !
10 Jahre nach dem Beginn des Irak-Krieges befassen sich mehrere Beiträge mit den jüngsten militärischen Intervention in **Mali**, sowohl mit den Auswirkungen (**Aufruf der Frauen Malis**) als auch mit den Hintergründen. So sieht **Werner Ruf** Mali im Fadenkreuz der Geopolitik und der ehemalige CDU-Abgeordnete **Jürgen Todenhöfer**, der in SiG 68 gefragt hatte, warum Bush und Blair immer noch nicht als Kriegsverbrecher verurteilt wurden, sieht jetzt in Syrien und Mali die „Terror“-Zyniker des Westens am Werk.

Im dritten Schwerpunkt dokumentieren wir die aktuelle strategische Ausrichtung von **ATTAC Frankreich.** Alle drei Jahre werden in einem gut organisierten Diskussionsprozess die großen Veränderungen der Welt analysiert und es werden für die Arbeit ab 2013 Schwerpunkte abgeleitet. „**Gegenmacht aufbauen**“ ist die Parole für eine umfassende ökologisch-soziale Programmatik, wie sie auf der General-versammlung in Mâcon diskutiert und dann per Briefwahl verabschiedet wurde.
Am Aufbau von Gegenmacht gegen die kapitalistischen Krisenstrukturen arbeiten auch die sozialen Bewegungen in Europa (**europäischer Frühling:** Aktionen am 13. und 14.3.; **AlterSummit**), in Nordafrika, wo sich bald das diesjährige **Weltsozialforum in Tunis** trifft, und auch in der sich wieder belebenden **Blockcupy**-Bewegung in Frankfurt.
Wir kommentieren mit **Attac-Österreich** (fast) eine Erfolgs-geschichte: die Finanztransaktionssteuer, und mit **Attac-Schweiz** feiern wir den Erfolg im Nestlé-Prozess.
Wir schließen mit dem Nachruf von Attac-Frankreich auf **Stéphane Hessel**. Er hatte zur Empörung gegen die Zumutungen des kapitalistischen Weltsystems aufgerufen. Ein weiterer Aufrechter ist von uns gegangen. „*Bis zuletzt stand er an der Seite derjenigen, die für eine gerechtere Welt kämpfen.*“

(ps)

Bildquelle: http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=9341

Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.
Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de.*
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann, Attac Deutschland
An dieser Nummer haben auch mitgewirkt:
Barbara Waschmann, Tina Wotruba, Catherine Köppl, Martin Birkner (Attac Österreich),
Werner Horch (Attac Deutschland), Mathias Mittergeber (für online-Fassung von SiG 101)
ViSPR: Peter Strotmann

Venezuelas Präsident Hugo Chávez

Diejenigen, die für das Leben starben, darf man nicht als tot bezeichnen



Bild: www.medelu.org

"*Heute verstarb Kommandant und Präsident Hugo Chavez, nachdem er seit fast zwei Jahren hart mit seiner Krankheit kämpfte, in Liebe zum Volk, mit dem Segen der Menschen und der absoluten Loyalität seiner Genossinnen und Genossen, in Liebe zu all seinen Familienangehörigen*", heißt es in der Erklärung von Nicolás Maduro vom 5. März 2013. Er rief die Unterstützer der sozialistischen Bewegung auf, sich auf den öffentlichen Plätzen des Landes zu versammeln. "*Wir singen das Lied von Alí Primera: Diejenigen, die für das Leben starben, darf man nicht als tot bezeichnen*", sagte Maduro in einer landesweit übertragenen Ansprache um 17 Uhr (Ortszeit).
http://amerika21.de/2013/03/80074/chavez-tot
http://amerika21.de/dossier/tod-chavez
Ein Junge aus Sabaneta, Chávez hat Venezuela verändert, Von André Scheer, http://www.jungewelt.de/2013/03-07/024.php

Die falsche Demokratie der Eliten

Hugo Chavez vor der 61. Vollversammlung der UNO, 20.September 2006 (Auszüge aus der Rede)

Gestern war der Teufel hier, an diesem selben Ort. Gestern, meine Damen und Herren, sprach von dieser selben Bühne der Herr Präsident der Vereinigten Staaten, den ich „den Teufel" nenne; er kam hierher, um als Herr der Welt zu sprechen, als Herr der Welt. Ein Psychiater wäre nicht genug, um die gestrige Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu analysieren. Als Sprachrohr des Imperialismus kam er, um seine Rezepte zu verteilen, um zu versuchen, das gegenwärtige Herrschaftsverhältnis zu bewahren, das Ausbeutungs- und Ausplünderungsverhältnis gegen die Völker der Welt. Das wäre gut für einen Film von Alfred Hitchcock, ich würde sogar den Titel vorschlagen: „Das Rezept des Teufels".

Das heißt, der **nordamerikanische Imperialismus** unternimmt hoffnungslose Anstrengungen, um sein hegemoniales Herrschaftssystem zu festigen. Wir dürfen nicht erlauben, dass dies geschieht, wir dürfen nicht erlauben, dass die Weltdiktatur errichtet wird, dass sie sich festigt, dass sich die weltweite Diktatur festigt.
Die Rede des Welttyrannpräsidenten ist voller Zynismus, voller Heuchelei; es ist die imperiale Heuchelei, der Versuch, alles zu kontrollieren. Sie wollen uns das demokratische Modell aufzwingen, wie sie es verstehen: die falsche Demokratie der Eliten. Und außerdem ein sehr originelles demokratisches Modell: **Durchgesetzt mit Bomben, mit Bombenangriffen und durch Invasionen und Kanonenschüsse! Was für eine Demokratie!**
Gestern sagte der Präsident der Vereinigten Staaten in diesem selben Saal das Folgende: *„Wohin Sie auch sehen, hören Sie Extremisten, die Ihnen sagen, dass man durch Gewalt, Terror und Märtyrertum dem Elend entfliehen und die Würde zurückgewinnen kann".*

Wo auch immer er hinblickt, sieht er Extremisten! Nein, wir sind keine Extremisten; die Welt erwacht und überall wir, die Völker, erheben uns, das ist passiert!
Ich habe den Eindruck, Herr imperialistischer Diktator, dass Sie den Rest Ihrer Tage mit einem Alptraum leben müssen, denn wo auch immer Sie hinschauen, werden wir erscheinen, wir, die sich gegen den nordamerikanischen Imperialismus erheben, die die völlige Freiheit der Welt fordern, die Gleichheit der Völker, den Respekt für die Souveränität der Nationen.

Danach sagte der Herr Präsident Ihnen: *„Heute möchte ich direkt zu den Bevölkerungen des Mittleren Ostens sprechen, mein Land wünscht den Frieden..."*
Das stimmt. Wenn wir durch die Straßen der Bronx gehen, wenn wir durch die Straßen von New York, Washington, San Diego, Kalifornien, irgendeiner Stadt, San Antonio, San Francisco gehen und die Menschen auf der Straße fragen, die Bürger der Vereinigten Staaten, dann will dieses Land den Frieden. Der Unterschied ist, dass die Regierung dieses Landes, der Vereinigten Staaten, nicht den Frieden will, sie will uns durch Krieg ihr Modell der Ausbeutung und Ausplünderung und ihre Hegemonie aufzwingen. Das ist der kleine Unterschied.
Sie will den Frieden, und was passiert im Irak? Was ist im Libanon und in Palästina passiert? Was ist in 100 Jahren in Lateinamerika und weltweit passiert? Und nun die Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen den Iran...

Gründe zum Optimismus

Darüber hinaus glaube ich, dass es Gründe gibt, optimistisch zu sein, unweigerlich optimistisch, würde ein Dichter sagen, denn neben den Drohungen, den Bomben, den Kriegen, den Aggressionen, dem Präventivkrieg, der Zerstörung ganzer Völker, kann man spüren, dass sich eine neue Ära erhebt, wie es Silvio Rodríguez singt: „Die Ära gebärt ein Herz".
Es erheben sich alternative Strömungen, alternative Ideen, alternative Bewegungen, Jugendliche mit anderen Ideen. Es wurde innerhalb eines Jahrzehnts bereits bewiesen, dass die These vom Ende der Geschichte völlig falsch war, völlig falsch die These von der Begründung des amerikanischen Imperiums, der pax americana, der Begründung des neoliberalen kapitalistischen Modells, denn was es hervorbringt ist Elend und Armut. Die These ist völlig falsch, sie geht zugrunde, jetzt muss die Zukunft der Welt definiert werden. Es liegt Morgendämmerung über dem Planeten, und man sieht sie überall, in Lateinamerika, in Asien, in Afrika, in Europa, in Ozeanien.
Ich möchte diese Vision des Optimismus hervorheben, damit sich unser Bewusstsein und unsere Bereitschaft zum Kampf für die Rettung der Welt und für den Aufbau einer neuen Welt, einer besseren

Welt verstärken. Venezuela reiht sich in diesen Kampf ein und deshalb werden wir bedroht.

Chavez war ein sehr belesener Mann. U.a. hat ihn die Lektüre von ***„Les Misérables“*** *(Victor Hugo) in seinem Interesse am Sozialismus bestärkt.* *http://www.slate.fr/monde/69155/chavez-miserables-victor-hugo*

Die Machenschaften der USA

Die Vereinigten Staaten planten, finanzierten und initiierten bereits einen Staatsstreich in Venezuela und die Vereinigten Staaten unterstützen weiter putschistische Bewegungen in Venezuela und gegen Venezuela, sie unterstützen weiter den Terrorismus. Die Präsidentin Michelle Bachelet hat vor einigen Minuten an die schreckliche Ermordung des früheren chilenischen Außenministers Orlando Letelier erinnert. Ich möchte nur das Folgende hinzufügen: die Schuldigen sind frei und die Schuldigen jenes Ereignisses, bei dem auch eine Bürgerin der Vereinigten Staaten starb, sind Nordamerikaner von der CIA, Terroristen der CIA. Aber es muss auch in diesem Saal daran erinnert werden, dass sich in wenigen Tagen auch die schreckliche terroristische Tat der Sprengung des kubanischen Flugzeugs zum 30. Mal jährt, bei der 73 Unschuldige starben, ein Flugzeug der Cubana de Aviación. Und wo ist der größte Terrorist dieses Kontinents, der die Verantwortung für die Sprengung des kubanischen Flugzeugs als geistiger Urheber übernommen hat? Er war in Venezuela einige Jahre lang gefangen, er floh mit der Hilfe von Beamten der CIA und der damaligen venezolanischen Regierung. Er lebt hier in den Vereinigten Staaten, geschützt von dieser Regierung, er war gefangen und geständig.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein doppeltes Gesicht und beschützt den Terrorismus.
Diese Reflexionen besagen, dass Venezuela dem Kampf gegen den Terrorismus, gegen die Gewalt verpflichtet ist und sich mit allen Völkern vereint, die für den Frieden und eine Welt der Gleichen kämpfen.

Die Blockfreien Länder

Wir kommen glücklich aus Havanna, wir waren dort mehrere Tage; und dort kann man die Geburt einer neuen Ära sehen: den Gipfel der G-15, den Gipfel der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit einer historischen Resolution: Im „Abschlussdokument“ gibt es eine Reihe von Resolutionen, die in offener und transparenter Diskussion von mehr als 50 Staatschefs getroffen wurden. Havanna war eine Woche lang die Hauptstadt des Südens. Wir haben die Bewegung der Nichtpaktgebundenen neu gestartet, und wenn ich Sie alle um etwas bitten darf, Compañeros und Brüder und Schwestern, dann ist es, dass wir großen Willen in die Stärkung der Gruppe der Nichtpaktgebundenen setzen, das ist überaus wichtig für die Geburt der neuen Ära, um die Hegemonie und den Imperialismus zu verhindern.

Wir haben versucht, Ideen für die Rettung dieses Planeten beizutragen, um sie vor der imperialistischen Bedrohung zu retten und damit, hoffentlich bald, in diesem Jahrhundert, nicht sehr spät, unsere Kinder und unsere Enkel besser leben können, hoffentlich können wir es noch sehen und erleben: eine Welt des Friedens, unter den grundlegenden Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen, aber einer neu gestarteten, einer neu gestarteten und anderswo untergebrachten.

http://www.netzwerk-venezuela.de
Übersetzung: André Scheer

Aufzeichnung der Rede (leider mit Werbung) : http://www.dailymotion.com/video/xdugzi_chavez-discours-memorable-a-l-onu-1_news?start=20#.UTs_GeMkVKw

Zum Nachlesen:
SiG 100: Für eine neue internationale politische Ordnung, Rede des Präsidenten Hugo Chávez bei der UNO-Vollversammlung, 2005, http://sandimgetriebe.attac.at/10306.html
SiG 98: Chavez hat gewonnen!
Von Dario Azzellini, http://sandimgetriebe.attac.at/9428.html
SiG 98: Warum Chávez? Von Jean-Luc Mélenchon und Ignacio Ramonet, 6. Okt 2012 http://sandimgetriebe.attac.at/9427.html

Mehr über Hugo Chavez, die Errungenschaften in Lateinamerika aber auch die Versuche, sie zunichte zu machen: Liste von SiG-Artikeln seit 2002, http://sandimgetriebe.attac.at/10358.html



Weltsozialforum in Tunis

Vor 12 Jahren fand das erste Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien statt – als Treffen gegen das Davos-Treffen. Zum ersten Mal wird es 2013 in der arabischen Welt durchgeführt, ***vom 26. bis 30. März in Tunis****. Das WSF in Tunis bietet Gelegenheiten zur Diskussion und zur Vorbereitung der Mobilisierung hinsichtlich der zentralen Herausforderungen aktueller internationaler Entwicklungen.*
"Wir wollen alte und neue Bewegungen zusammenbringen, um gemeinsame Wege für eine 'andere Welt' zu beschreiten", heißt es in der Einladung des tunesischen Organisationskomitees.

Ablauf

- 26. März – Eröffnungs-Demonstration: Opening March.
- 27. März – Revolutionen und Kämpfe für Würde, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Maghreb, Mashreq und überall in der Welt (selbstorganisierte Aktivitäten).
- 28. März und 29.März morgens – Selbstorganisierte Aktivitäten.
- 29. März, Nachmittag – Versammlungen mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.
- 30. März morgens: Vollversammlung, die über Aktionen beraten soll. Nachmittag: Abschlussmarsch und internationaler Tag zur Solidarität mit Palästina.

Die rund 1800 angebotenen Aktivitäten werden untereinander koordiniert, http://www.fsm2013.org/en/assembly_list

Knapp **3000 Organisationen** haben sich angemeldet, davon **61 deutsche Organisationen:**
www.fsm2013.org/fr/annuaire_organisations
www.fsm2013.org/fr/organisation?country=1082

Ergebnisse der bisherigen Weltsozialforen und Debatten:
http://sandimgetriebe.attac.at/10342.html
SiG-Sonderheft **„Was wir wollen“** (2010):
http://sandimgetriebe.attac.at/10213.html oder
http://www.attac.de/uploads/media/sig_sn_Internationale_Erklaerungen.pdf
SiG-Sonderheft **„Die Zukunft des Weltsozialforums“** (2008):
http://www.attac.de/uploads/media/wsf_reader_de_9okt.pdf
Die Attac-AG Internationales unterstützt eine gemeinsame Vor- und Nachbereitung des WSF. Kontakt: wsf[at]attac.de

Tunesien

Zur Ermordung von Chokri Belaïd

Chokri Belaïd, Rechtsanwalt und scharfer Kritiker der jetzigen Regierung von Tunesien, Generalsekretär der Partei der linken Organisation "Partei der Vereinigten demokratischen Patrioten", wurde am 6.Februar in Tunis ermordet. ZigTausende nahmen an seiner Beerdigung am 8. Februar teil. Die darauf folgenden Proteste gegen die Ennadha-Regierung führten zu einer Regierungsneubildung.

Chokri Belaïd (links) und Hamma Hammami, Sprecher der Volksfront

Erklärung von Organisationen, die in der Vorbereitung des Weltsozialforums im März in Tunis engagiert sind

6.2.2013:
Wir sind entsetzt und empört über die Ermordung von Chokri *Belaïd*, eines politischen Führers, der sein ganzes Leben dem Kampf um Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gewidmet hat.
Wir drücken der Familie des Verstorbenen, seinen Kampfgefährten, den tunesischen Demokraten, seinen Freunden, dem tunesischen Volk unser Beileid aus und beklagen den Verlust eines Manns, der sich für deren Verteidigung ständig eingesetzt hat.
Dieses niederträchtige Verbrechen wurde zwei Jahre nach dem Beginn der Revolutionen in Tunesien und in der Region und weniger als zwei Monate vor der Durchführung des WSF 2013 in Tunis verübt.
Dieser Mord hat zum Ziel, diejenigen, die für Würde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen, zum Schweigen zu bringen. Es wird bezweckt, ein Klima der Angst und des Hasses zu schaffen und Tunesien in Gewalt versinken zu lassen.
Ein solches Verbrechen wird den Prozess, den die tunesischen Demokraten begonnen haben, weder behindern noch stoppen können. Wir drücken ihnen unsere Solidarität aus. Wir sind davon überzeugt, dass die demokratischen tunesischen Kräfte die starke und unerschütterliche Überzeugung und die Wahl für eine friedliche Lösung der Konflikte hin zur Vervollkommnung ihres demokratischen Prozesses beibehalten werden.
Wir rufen die tunesischen Behörden dazu auf, schnell eine unparteiische Untersuchung einzuleiten, um die Täter herauszufinden und alles dafür zu tun, dass dieses Verbrechen nicht unbestraft bleibt und sich nicht wiederholt.
Wir sind mehr denn je davon überzeugt, dass für das Gelingen des WSF 2013 eine internationale Mobilisierung notwendig ist. Machen wir aus dem WSF ein starkes Zeichen der Unterstützung des demokratischen Prozesses in Tunesien.

Unterzeichende Organisationen (u.a. Attac Deutschland, Frankreich, Italien): http://openfsm.net/projects/ic-methodology/lists/gti-methodo-fsm2013/archive/2013/02/1360485726256

Chokri Belaïd, *von Annamaria Rivera:* http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=9114
Video über die starke Teilnahme an der Beerdigung: http://nawaat.org/portail/2013/02/08/tunisie-funerailles-nationales-pour-le-martyr-chokri-belaid/

Politische Charta der tunesischen „Front populaire“

Im August 2012 gründeten zwölf tunesische linke Parteien und Organisationen die „Front Populaire“ (Volksfront).

Jahrzehntelang hat unser Volk unter einem despotischen, unpatriotischen, gegen die Interessen des Volkes gerichteten Polizeiregime gelitten.
Politisch war das Regime charakterisiert durch eine autokratische Regierung und die Herrschaft der Destur-Partei - in ihren unterschiedlichen Spielarten (Neo-Destur, Sozialistische Destur-Partei, Konstitutionelle Demokratische Sammlung) - über alle Formen des politischen Lebens, sowie durch die Verletzung der Freiheits- und Menschenrechte;
wirtschaftlich durch die Hypothek, die zum Vorteil kolonialer Kreise und ihrer Verbündeten, den lokalen Kapitalisten, auf der Wirtschaft unseres Landes und seinen Reichtümern lastet;
sozial durch die Ausgrenzung breiter Bevölkerungskreise, durch Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption.

Diese üblen Zustände erreichten ihren Höhepunkt während der Ben-Ali-Zeit, insbesondere dadurch, dass seine Familie, seine Mitarbeiter und seine politische und ökonomische Mafia alle staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen unter ihren Einfluss brachten. Seit Beginn des Destur-Regimes kämpfte das tunesische Volk ununterbrochen mit seinen patriotischen, demokratischen und sozialen revolutionären Kräften gegen Diktatur und Unterdrückung; es gab Hunderte von MärtyrerInnen und Tausende von Gefangenen. Seine wichtigsten heroischen Kämpfe waren: die Bewegung der armen Bäuerinnen und Bauern am Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, die

StudentInnen- und Jugendbewegung im Februar 1972, die gewerkschaftlichen Kämpfe und die Kämpfe der Arbeiterklasse, die mit dem Generalstreik vom 26. Januar 1978 ihren Höhepunkt fanden, der Aufstand des Bergbaureviers von 2008; dabei sind die landesweiten Bewegungen und Kämpfe während dieser ganzen Zeit noch nicht einmal erwähnt, deren Ziel die Unterstützung Palästinas, des Irak, des Libanon und der anderen arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen die zionistische Macht und die imperialistischen Mächte waren.
Die Zunahme aller dieser Kämpfe führte zum Ausbruch der Revolution am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid. Sie erlaubte den Volksmassen am 14. Januar 2011, um den Preis von Hunderten von Märtyrern und Tausenden von Verletzten in den verschiedenen Gegenden des Landes, Ben Ali, das Symbol von Despotismus, Kollaboration [mit dem Imperialismus] und Korruption abzusetzen. Das aufständische Volk skandierte während dieser Erhebung Parolen, die den Sturz des despotischen, ausbeuterischen Regimes forderten, das sich [ans Ausland] verkauft hatte; die Parolen forderten außerdem die Ersetzung dieses Regimes durch ein Regime der Freiheit, der Gleichheit und der Würde, das Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit sichert; Zielsetzungen, von denen es während aller dieser Jahre des Kampfes geträumt hatte.

Unser Volk konnte zwar Ben Ali und dessen Nachfolger, die beiden Regierungen Ghannouchi, stürzen; es konnte zwar dank der Kämpfe breiter Kreise der Bevölkerung und vor allem dank der Sit-ins Kasbah I und II mehrere **Erfolge** erzielen, darunter vor allem die Sicherung einiger Freiheitsrechte, die Auflösung der Konstitutionellen Demokratischen Sammlung (RCD), die Auflösung der beiden Kammern des Parlaments - der Nationalversammlung und des Senats, die Abschaffung der die Freiheitsrechte einschränkenden Gesetze (Parteiengesetz, Vereinigungsgesetz, Pressegesetz...), die Aussetzung der Verfassung von 1959. Es konnte auch einen Beitrag zur Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung leisten. **Aber** der Großteil der Revolutionsziele, vor allem im wirtschaftlichen, sozialen und patriotischen Bereich, wurde unter den beiden aufeinander folgenden Regierungen, worunter auch die jetzige ist, die aus den Wahlen vom 23. Oktober 2011 hervorging, nicht verwirklicht. Das hat das tunesische Volk dazu angetrieben, den Kampf für einen politischen und sozialen Wechsel fortzusetzen, der seinen Ansprüchen entspricht.

Aus den Wahlen vom 23. Oktober 2011 ging eine **verfassungsgebende Versammlung** hervor, die von der Regierung der Troika (1) beherrscht wird, die ihrerseits von der Ennahda-Bewegung kontrolliert ist. Ungefähr acht Monate nach der Übernahme der Macht durch dieses Bündnis tritt klar zu Tage, dass es sich auf schnellstem Wege daran macht, die Zielsetzungen der Revolution unseres Volkes zu verschleiern und das Terrain für die Rückkehr eines unselbständigen, despotischen und korrumpierten Regi-mes unter einem religiösen Deckmantel vorzubereiten.

Die Einheit des tunesischen Volkes ist bedroht durch **künstliche ideologische Kämpfe**, die von ausländischen Kräften mit Hilfe lokaler Agenten, die sich hinter der Religion verstecken, angezettelt werden. Die Freiheiten, die mit dem Blut des Volkes erobert wurden, sind auch durch die Regierung und durch die kriminellen Banden bedroht, die ganz ungeniert handeln und mit gewissen salafistischen Strömungen zusammenhängen sollen. Man hat außerdem die von der Revolution verlangten demokratischen Reformen in den Bereichen Information, Rechtsprechung, Verwaltung und Sicherheitsorgane rückgängig gemacht, Einrichtungen, auf die sich die Diktatur stützte, um das Volk zu unterdrücken und die Gesellschaft zu kontrollieren.
Bis heute zögert die Regierung, wenn es darum geht, sich der in der Revolution Verletzten anzunehmen oder die Mörder der Märtyrer und die Hauptverantwortlichen für Unterdrückung und Korruption vor Gericht zu bringen; stattdessen versucht sie, diese für ihre Sache zu gewinnen und ihre Mitarbeit zu erkaufen. Sie weigert sich weiterhin, eine eindeutige **Agenda für die Periode des Übergangs** aufzustellen und amtliche Termine festzulegen für die Fertigstellung der Verfassung, für die Bildung einer unabhängigen Institution für die Wahlen, für die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und für die Organisierung der nächsten Wahlen.

Die Ennahda-Bewegung, die das regierende Bündnis dominiert und leitet, bemüht sich mit dem heimlichen Einverständnis ihrer beiden Partner sehr darum, die staatlichen Institutionen in ihre Hände zu bekommen, um sie dafür zu nutzen ihren Willen durchzusetzen, so wie es bereits die Konstitutionelle Demokratische Sammlung (RCD) gemacht hat. Sie will sie ferner während dieser Übergangsperiode dazu nutzen, die bevorstehenden **Wahlen** zu gewinnen und eine neue Diktatur zu errichten, die die Errungenschaf-ten der Revolution sowie die historischen und kulturellen Errungenschaften des tunesischen Volkes in den verschiedenen Bereichen zunichte macht: im sozialen, kulturellen und im Bildungsbereich und vor allem im Bezug auf die gesellschaftliche Stellung der Frau...

Was die **Wirtschaft** angeht, so hat die Regierung keineswegs die Politik Ben Alis aufgegeben, die zur Verarmung des Volkes führte. Lokale und ausländische Minderheiten reißen weiter die Reichtümer des Landes an sich. Die Regierung ist weiterhin abhängig von den internationalen Finanzinstitutionen und an ungerechte Vereinbarungen und **Verträge gebunden**. Die **Privatisierung** der Reichtümer (Bergbau, Öl,...) geht weiter, genauso die der öffentlichen Einrichtungen und der nach der Revolution beschlagnahmten Unternehmen, alles zum Profit des ausländischen Kapitals und vor allem der Golfstaaten. Noch nicht einmal tunesische **Agrarflächen** wurden verschont, sie wurden westlichen Gesellschaften und den Golfstaaten verkauft, was auf einen neuen Agrarkolonialismus auf Kosten der armen Bäuerinnen und Bauern, der Kleinbauern und der Landarbeiter hindeutet. Zu all dem kommt noch die **Inkompetenz** der Regierung bei der Regelung der täglichen Angelegenheiten hinzu, das Verwaltungschaos und der Bürokratismus, die das Land mit einer echten Katastrophe bedrohen.

Die verheerende Auswirkung dieser Politik auf das **Leben** der arbeitenden Klassen und Volksschichten wurde ständig größer: Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Anstieg der Lebenshaltungskosten, übermäßige und ungerechte Besteuerung, regionale Ungleichheiten, Verschlechterung der öffentlichen Dienste der Daseinsvorsorge (Abstellung des Wassers und des Stroms, Anhäufung von Müll und Bauschutt im ganzen Land, Verschlechterung der städtischen und der Hygienedienste, ...). Selbst wenn derartige Erscheinungen eine Hinterlassenschaft des gestürzten Regimes sind, und selbst wenn sie ein Grund für die Revolution gewesen sind, ändert dies nichts daran, dass sie sich unter der aktuellen Regierung verschlimmert haben. Sie hat nichts an der Wirtschaftspolitik [ihrer Vorgängerin] geändert und es nicht verstanden, dringliche Maßnahmen zu treffen, die die schädlichen Auswirkungen dieser Zustände auf das Leben der Bürger hätten begrenzen können. Ganz zu schweigen von ihrer Unfähigkeit in der Verwaltung der Angelegenheiten des

Landes und der Marginalisierung der nationalen Kompetenzen, wodurch das Leistungsprinzips dem Prinzip der Parteizugehörigkeit geopfert wird - was ein günstiges Terrain für die Verstärkung des noch funktionierenden Systems der Korruption bereitet.

Die **Außenpolitik** der Regierung wird weiter den internationalen kapitalistischen Kreisen ausgeliefert. Es ist deutlich geworden, dass es darum geht, Tunesien in eine Ache Türkei – Golfstaaten unter amerikanischer Führung einzufügen. Ziel dieser Achse ist es, die Kämpfe der arabischen Massen zu beenden, ihre Hoffnungen auf Freiheit zu zerstören, den Keim der Spaltung in ihre Reihen zu tragen und ihre Einheit aufzulösen; alles dies dient dazu, die amerikanische, westliche und zionistische koloniale Herrschaft über die Region zu verewigen.

Unser Land erlebt derzeit eine richtige Krise, aus der es nur herauskommen kann, wenn das tunesische Volk den Kampf fortsetzt, einen nationalen, demokratischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Kampf für die vollständige Verwirklichung der Ziele der Revolution und die Errichtung der Volksmacht. Das ist nur möglich, wenn **Schluss** gemacht wird **mit der Zersplitterung** der revolutionären, nationalen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, seien es Parteien, Vereinigungen, Organisationen, Jugendliche oder unabhängige Persönlichkeiten, und wenn diese verschiedene Kräfte sich in eine Volksfront vereinigen. Diese Volksfront stellt eine Alternative für eine echte Regierung dar und überwindet somit den falschen Dualismus, nach dem sich angeblich „zwei Pole" gegenüberstehen, die aber in Wirklichkeit darin übereinstimmen, die selben wirtschaftlichen Ausrichtungen aufrecht erhalten zu wollen, die den neoliberalen Kreisen genehm und ausländischem Einfluss unterworfen sind. Dies trifft zu, auch wenn der eine Pol sich ein „religiöses" Mäntelchen umhängt und der andere sich „modernistisch" gibt, um dadurch denn wahren Widerspruch zwischen den Kräften zu verbergen, die an der Verwirklichung der Zielsetzungen der Revolution festhalten und jenen, die versuchen diese zu verramschen.

Die **Alternative** gründet sich auf eine politische Charta, die auf politischer und nationaler Ebene den gemeinsamen Nenner aller Kräfte sowie der nationalen und Volksparteien bildet, die am Kampf für die Verwirklichung der Ziele der Revolution festhalten und für deren Erfolg arbeiten. Diese **Charta** beruht auf folgenden Entscheidungen, Grundsätzen und Werten:

1. Nation und Demokratie:

Aufbau eines republikanischen, zivilen und demokratischen Regimes im Dienste des Volkes,

- das eine tatsächliche Unabhängigkeit des Landes verwirklicht;
- das auf dem Grundsatz der Volkssouveränität beruht, die sich in der Wahl aller Regierungsinstitutionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene verwirklicht; mit der Möglichkeit diese zu kontrollieren, von ihnen Rechenschaft zu verlangen und sie gegebenenfalls abzuwählen;
- das auf der Teilung der Gewalten und der Notwendigkeit ihres Gleichgewichts beruht;
- das die Unabhängigkeit der Justiz gemäß den international anerkannten Kriterien gewährleistet;
- das die Neutralität des Staates gegenüber den politischen Parteien und Kräften sowie eine demokratische Amtsführung garantiert;
- das die allgemeinen und individuellen Freiheitsrechte, vor allem die Meinungsfreiheit, die künstlerische Freiheit und Redefreiheit, sowie die Freiheit der Presse, der Information und deren freie Verbreitung garantiert; ebenso die Freiheit sich zu organisieren, sich frei zu bewegen, zu protestieren, zu demonstrieren und zu streiken, sowie auch die materiellen Voraussetzungen für deren Ausübung gewährleistet;
- das die vollständige und effektive Gleichheit zwischen Mann und Frau verwirklicht, die Chancengleichheit zwischen ihnen in allen Bereichen und Orten anerkennt und die Errungenschaften der Frau schützt; das den *Code du statut personnel* (Familiengesetzbuch) festigt und fördert und alle Formen der Diskriminierung und physischer oder seelischer Gewalt bekämpft, die ihm zuwiderlaufen;
- das eine Trennung zwischen dem Religiösen und dem Politischen errichtet; die Gewissensfreiheit, die Freiheit des Glaubens sowie dessen freie Ausübung garantiert; alle Formen der politischen Instrumentalisierung von Religion, Kultstätten, religiösen und kulturellen Institutionen, Bildungseinrichtungen sowie von Institutionen der Sozialarbeit ebenso bekämpft wie deren Ausnutzung zu sektiererischen und parteiischen Zwecken.
- das eine unabhängige und nationale Außenpolitik verwirklicht, die auf der Unterstützung des nationalen Widerstands in Palästina, Irak und im Libanon beruht, auf der Unterstützung aller nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und Bewegungen zur sozialen Emanzipation im arabischen Vaterland und in der Welt, auf der Unterstützung für die arabischen Revolutionen und für den Kampf gegen jegliche ausländische Intervention, die sie bedroht; die ferner beruht auf der Verurteilung aller Formen der Normalisierung der Beziehungen mit der zionistischen Macht und mit rassistischen Bewegungen; die sich einsetzt für die Verwirklichung der arabischen Einheit auf der Grundlage der Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Würde, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

2. Wirtschaft und Soziales:

Aufbau einer nationalen, unabhängigen, ausgewogenen Wirtschaft, die die Souveränität des Volkes über die Reichtümer des Landes sicherstellt, ein effektives Wachstum für alle Regionen gewährleistet und auf einer gerechten Verteilung der Reichtümer beruht, sodass die grundlegenden Bedürfnisse des Volkes in materieller und geistiger Hinsicht befriedigt werden.
Das setzt folgende **Maßnahmen** voraus:

– Überprüfung der Verträge, die den Interessen des Landes und seiner Unabhängigkeit schaden;
– Verstaatlichung der strategischen Wirtschaftssektoren und Sicherstellung ihrer demokratischen und wirksamen Verwaltung;
– Verstaatlichung der beschlagnahmten Unternehmen und Verbot ihres Verkaufs an ausländisches Kapital;
– Förderung einer nationalen Industrie im Einklang mit den Bedürfnissen des Landes, seiner Kompetenzen und Fähigkeiten;
– Annullierung der öffentlichen Schulden auf der Grundlage einer sorgfältigen Überprüfung der von der abgesetzten Regierung eingegangenen Kreditverträge;
– Einführung eines gerechten und transparenten Steuersystems;
– eine Agrarreform, die den armen Bäuerinnen und Bauern und den Kleinbauern nützt;
– Garantie der Grundrechte auf menschenwürdige Arbeit und Wohnung, auf eine qualitätvolle und kostenlose Schul- und Ausbildung sowie auf kostenlose Gesundheitsversorgung;
– Garantie der gewerkschaftlichen Freiheiten und des Streikrechts;
– Garantie des Rechts eines jeden Bürgers/ jeder Bürgerin und der künftigen

Generationen auf ein gesundes und ausgeglichenes Ökosystem, auf eine gesundheitsfördernde und von Müll unbelastete Umwelt, sowie Kampf gegen Umweltverschmutzung und verstärkte Anstrengungen in Richtung erneuerbarer Energien, die Lebewesen nicht schädigen.

3. Kultur und Bildung

- Garantie der schöpferischen Freiheit in allen ihren künstlerischen, kulturellen, intellektuellen und wissenschaftlichen Ausprägungen und Absicherung der ihnen entsprechenden Rahmenbedin-gungen und Formen;
- Aufbau einer nationalen Kultur, die offen ist für andere Kulturen und die für alle Bürger, ohne Diskriminierung von Gruppen oder Regionen eine Bereicherung bedeutet;
- Garantie der akademischen Freiheiten und Förderung der Einrichtungen wissenschaftlicher Forschung mit der Zusicherung ihrer Unabhängigkeit;
- Aufbau eines demokratischen und einheitlichen Schulsystems für alle;
- Garantie der Vorrangstellung der arabischen Sprache, Schutz und Förderung dieser Sprache sowie Garantie ihres Gebrauchs im Unterricht, in Ämtern und Verwaltung bei gleichzeitiger Öffnung auf andere Sprachen hin
- Förderung der Verwurzelung unseres Volkes in seiner nationalen Identität die sich in einem langen und vielfältigen Prozess gebildet hat, die sich ständig erweitert und entwickelt hat in einem fruchtbaren Zusammenspiel seiner aufgeklärten arabisch-islamischen Kulturelemente und der Errungenschaften des Fortschritts der Menschheit; Kampf gegen jeglichen Versuch, seine nationale, patriotische und kulturelle Zusammengehörigkeit in Frage zu stellen, gegen Formen kultureller Vorherrschaft und alle Arten von Fanatismus und Intoleranz
- Einsatz für die Verbreitung der Werte der Vernunft, der Aufklärung und des Fortschritts sowie der staatsbürgerlichen Werte und der Menschenrechte
- Einsatz für die Überwindung des Individualismus sowie Förderung jener Werte und sozialen Beziehungen innerhalb des Volkes, welche die Solidarität in den Mittelpunkt stellen.

Die Unterzeichner dieses Dokuments sind der Meinung, dass das **Hauptziel der Front die Vollendung des revolutionären Prozesses und die Errichtung der Herrschaft des Volkes** ist, mit Hilfe aller möglichen Kampfformen, einschließlich von Wahlen. Sie bekräftigen ihre Bereitschaft, positiv auf alle Initiativen der tunesischen Bevölkerung zu reagieren, die mit den Zielsetzungen und Aufgaben der Front im Einklang stehen.

http://front-populaire.fr/front-populaire-projet-de-la-charte-politique/

Übersetzung: Jürgen Janz, coorditrad

Anmerkung: (1) die Regierung besteht aus einer Allianz von drei Parteien, s. B. Dreano S.11.



Bild: http://front-populaire.fr/wp-content/uploads/2013/01/fp-rh-2-450x238.jpg

***Koordinierung der tunesischen Volksfront "Front Populaire" in Deutschland**: http://de.front-populaire.org/*

,https://www.facebook.com/frontpopulaire.de?ref=stream,

Video über die Versammlung der Volksfront am 7.Oktober 2012, mit über 10 000 Teilnehmern:
http://mag14.com/national/40-politique/1029-tunisie--lirresistible-ascension-du-front-populaire.html (am Ende des Artikels)

Eine weitere große Versammlung fand in **Sfax am 9. Dezembe**r statt: http://front-populaire.fr/meeting-du-front-populaire-a-sfax/

Die Versammlung **in Kef am 2.Februar,** prangerte Chokri Belaid an, wurde von Salafisten, Ennahda-Anhängern und Kriminellen angegriffen, es gab zehn Verletzte: http://www.kapitalis.com/politique/14252-tunisie-des-milices-d-ennahdha-attaquent-un-meeting-du-front-populaire-au-kef.html

Front Populaire lehnt das Partnerschafts-Abkommen EU-Tunesien ab

Am 19.November wurde ein Abkommen zur "privilegierten Partnerschaft" zwischen der tunesischen provisorischen Regierung und der EU unterzeichnet.
Dagegen haben die Jugendlichen der Volksfront protestiert: Sie meinen, dass dieses Abkommen den wirtschaftlichen Interessen Tunesien nach der Revolution schadet.
Chokri Belaïd, Gründungsmitglied der Volksfront, hat darauf hingewiesen, dass "*die Regierung sich vor der Unterzeichnung weder mit den politischen Parteien noch mit der Zivilgesellschaft verständigt hat*" und hinzugefügt, dass "*die Erfahrungen mit der Partnerschaft mit der EU im alten Regime nicht aufgearbeitet worden sind.*"
Ein Abkommen - führte er weiter aus - , das die Souveränität und die wirtschaftlichen Sicherheit unseres Landes betrifft, darf nicht insgeheim geschlossen werden. Die provisorische Regierung ist dafür nicht legitimiert, Abkommen und Verträge zu unterzeichnen, die die Tunesier für Jahrzehnte binden, "*wo es keine Verfassung, keinen Dialog über lebenswichtige Fragen und über das Entwicklungsmodell gibt*."
Dieses Abkommen, warnt Chokri Belaïd, bedroht tunesische Wirtschaftsbereiche wie die öffentlichen Dienste, die Landwirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Nach einem Artikel vom 20 November 2012
http://fr.allafrica.com/stories/201211201585.html

Hamadi El-Aouni: Drei Bedingungen für eine Zusammenarbeit der arabischen Staaten mit der EU

„Die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der arabischen Staaten mit der EU sind an drei Bedingungen geknüpft:

- Europa muss sich von der Nato abgrenzen, sich also entscheiden, ob es als Militär- oder Zivilmacht auftreten will.
- Zweitens braucht die Zusammenarbeit eine neue Qualität, nämlich eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe.
- Drittens muss Europa sich trauen, für eine friedliche Partnerschaft im Mittelmeerraum unter Umständen auch Konflikte mit den USA einzugehen.

Die europäisch-arabische Zusammenarbeit an Bedingungen wie Menschenrechte zu knüpfen, ist dagegen selbstverständlich. Die aus den Reformbewegungen hervorgehenden Regierungen werden diese Rechte ohnehin gewährleisten. Die Frage wird vielmehr sein: Wird Europa ein neues Demokratiemodell in der arabischen Welt akzeptieren – oder nur das westliche parlamentarische System? Das ist der entscheidende Punkt.
Ganzer Text: http://antriebzukunft.de/auf-gleicher-augenhohe/

Hamadi El-Aouni *stammt aus Tunesien und und ist Dozent für Politik und Wirtschaft an der Freien Universität Berlin. Er nahm am 19.3.2011 als Redner an der Attac-Veranstaltung in Frankfurt „Internationaler Solidaritätstag mit den Aufständen der arabischen und afrikanischen Völker“ teil.*

Die Front Populaire lehnt das Angebot des IWF ab

Tunis, 23. Januar 2013

Die „Front populaire" lehnt das Angebot des IWF zu einem privaten Treffen ab. Der IWF hat 23 Jahre lang, indem er sich auf die Diktatur Ben Alis stützte, dem tunesischen Volk eine unsoziale und undemokratische Politik aufgezwungen, die verheerende Schäden angerichtet hat (Arbeitslosigkeit, Armut, Korruption und Diktatur..). **Die Front Populaire schlägt dem IWF stattdessen ein öffentliches Treffen im Rahmen einer Fernsehdebatte vor.**

Die Front Populaire erinnert daran, dass das tunesische Volk, das die Revolution durchgeführt hat, seinen Willen verkündet hat, dieser Politik eine Absage zu erteilen, ebenso der Regierung, die die Aufgabe hatte, sie ihm aufzuzwingen. Es hat ebenso seinen Willen verkündet, mit dieser Politik ein für alle Mal Schluss zu machen

Der **IWF** missachtet jedoch diesen durch die Revolution deutlich zum Ausdruck gebrachten Willen und verlangt nicht nur die Fortführung der selben Politik, sondern er will sie darüber hinaus weiter verschärfen. Das ist der Zweck des neuen **Kürzungsprogramms** und des Programms zur **Aufnahme neuer Schulden** im Ausland (in einem Tempo, dass vorher zu Zeiten der Diktatur nie erreicht worden war), das soeben mit der Regierung der Troika abgeschlossen wurde. Der letzte Bericht des UNO-Experten für Schulden verurteilt die Machenschaften der Gläubiger wie des IWF und betont : „ *die Gläubiger dürften Kreditbewilligungen oder Maßnahmen zur Schuldenerleichterung nicht abhängig machen von der Umsetzung einer Politik der Privatisierung, der Verbriefung, der Handelsliberalisierung, der Deregulierung von Investitionen oder der Liberalisierung des Finanzsektors*". Der Bericht weist ebenfalls darauf hin, dass „*die Gläubigerstaaten und die internationalen Finanzinstitutionen weder eine Wirtschaftskrise noch eine Finanzkrise oder eine Krise, die mit der Auslandsverschuldung zusammenhängt, ausnutzen dürfen, um Strukturreformen in den Schuldnerstaaten voranzutreiben*".

Die Front Populaire spricht dem IWF das Recht ab, weiter über das Schicksal des tunesischen Volkes zu entscheiden und betrachtet dessen neues Programm als Fortsetzung seiner Angriffe gegen das tunesische Volk.
Die Front Populaire verlangt vom IWF, unverzüglich jede Einmischung und jeglichen feindlichen Akt gegen das tunesische Volk zu beenden.
Die Front Populaire verlangt ebenfalls, dass der IWF dem tunesischen Volk das Geld zurück gibt, was er unberechtigterweise durch die Tilgung der illegitimen Schulden kassiert hat, damit diese Gelder einem von der Bevölkerung kontrollierten Entwicklungsfonds zugeleitet werden wird.

Die Front Populaire nutzt die Gelegenheit, um von der Regierung der Troika zu verlangen, jegliche Zusammenarbeit mit dem IWF zu beenden, die den vitalen Interessen des tunesischen Volkes schaden könnten. Weiter verlangt sie von der Troika, die **Geheimverhandlungen mit dem IWF, der Weltbank, der Europäischen Kommission** oder mit jeder anderen Institution zu **beenden**, deren Gegenstand die nationalen Interessen des tunesischen Volkes sind.

Schließlich verlangt die Front Populaire die unverzügliche **Aussetzung der Schuldenrückzahlungen**, das Einfrieren der Zinsen und die Durchführung einer öffentlichen Überprüfung (**Audit**) zu den tunesischen Schulden. Dieses Audit muss die Zivilgesellschaft mit einbeziehen und muss sie in die Lage versetzen, die Umstände, die den Abschluss des Kreditvertrags begleiteten, zu verstehen, die Verwendung des Kredits nachzuverfolgen, die Verantwortlichkeiten zu benennen und den illegitimen Teil der Schulden zu bestimmen, also den Teil der Schulden, der bedingungslos annulliert werden muss.

Der Sprecher der Front Populaire,
Hamma Hammami

Französische Fassung:
http://cadtm.org/Tunisie-Le-Front-Populaire-refuse ,

Übersetzung: coorditrad, SiG-Redaktion

Doch kein Schuldenaudit?

Auf Drängen starker sozialer Bewegungen war im Juli 2012 ein Gesetzentwurf der verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt worden, dessen Gegenstand eine Infragestellung der Auslandsschulden Tunesiens und eine einseitige Streichung „illegitimer" Schulden (d.h. solcher Staatschulden, die auf Kreditvergaben aus dem Ausland an die alte Diktatur ohne erkennbaren Nutzen für die Bevölkerung zurückgehen) war.

So konnten wir vor einigen Monaten in „Sand im Getriebe" melden: „*Endlich! Tunesien überprüft die Schulden des alten Regimes!*" (SiG 97)
http://sandimgetriebe.attac.at/9599.html

Am 18. Februar 2013 wurde nun bekannt, dass der Gesetzestext vom zuständigen Staatssekretär Slim Besbes still und heimlich zurückgezogen worden ist. (s B. Schmid, in
http://www.labournet.de/internationales/tunesien
Zu den tunesischen Schulden und insbesondere zu der Forderung nach Annullierung/ einem Moratorium, auch zu den Versuchen, die eingefrorenen Gelder von Ben Ali nach Tunesien zurückzuholen, gab es am **6.2**. eine **Pressekonferenz** im Europäischen Parlament: mit Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), Eva Joly (Verts/ALE) und Fathi Chamkhi (ATTAC / CADTM Tunesien). Videoaufnahme:
http://cadtm.org/Tunisie-Transition-democratique-en

Schuldenstand Tunesiens:
Nach den Angaben der tunesischen Zentralbank von Dezember 2012 betrug die Auslandsverschuldung Tunesiens **20,2 Milliarden Euro im Jahre 2011** (**44% des BSP**).
Hauptschuldner sind die Finanzmärkte (25%), die Afrikanische Entwicklungsbank - BAD - (14,6%), die Europäische Entwicklungsbank - BID - (14%) , die Weltbank (11,5%) und Frankreich (13,4%). Knapp 40% der Kredite mit festen Zinssätzen haben einen Zinssatz von über 5%.
Die Rückzahlungen dieser Schulden betragen jährlich das Sechsfache der staatlichen Ausgaben für Gesundheit, das Dreifache der Bildungsausgaben und das Sechsfache der Ausgaben für die regionale Entwicklung.

Texte von **Attac Tunesien** (RAID: Rassemblement pour une alternative internationale de Développement) in Sand im Getriebe 88, 98
Berichte /Analysen über Tunesien: http://cadtm.org/Tunisia?lang=en, http://cadtm.org/Tunisie?lang=fr, http://zelzel.net/
http://www.labournet.de/internationales/tunesien/arbeitskaempfe-tunesien/es-flackert-auf-uberall/?cat=7560
Broschüre vom Internationalen Bildungswerk: Michael Fütterer: "**Ein Aufbruch der ArbeiterInnen**". Der Arabische Frühling in Tunesien und Ägypten. 2012 , http://www.tie-germany.org/publications/tie_publications/RS_21_TIE.pdf

Schocktherapie und Chaosstrategie

Erste Elemente zum Verständnis der Ermordung von Chokri Belaïd in Tunesien

Derzeit machen Tunesien und Ägypten eine ähnliche und gleichzeitige Rückentwicklung durch. Hier werden einige den beiden Ländern gemeinsame Züge thesenartig beschrieben.

1. Eine virtuelle „Revolution“

In beiden Ländern hat sich „alles verändert, damit alles beim Alten bleibt“: Die Diktatoren – die allerdings nur „Diktierte“ waren – wurden umgestürzt, demokratische Wahlen abgehalten, die *„gemäßigten Islamisten“* kamen an die *„Macht“*. Klar liegt aber, dass die reale Macht sich nicht in den von ihnen besetzten Regierungssitzen befindet.
In **Ägypten** hat der Oberste Rat der Streitkräfte die tatsächliche Macht behalten und ist der Drahtzieher, im direkten und permanenten Kontakt mit seinen Washingtoner Schutz- und Schirmherren.
In **Tunesien** ist die Lage viel undurchsichtiger und eine Antwort auf die Frage „Wer sind die wirklichen Machthaber?“ viel schwieriger zu geben. Sagen wir zunächst: das mafiöse Kartell des alten Regimes - Geschäftemacher, Bürokraten, Geheimdienstler - davon haben sich nun einige führende Köpfe einen Bart wachsen lassen.

2. Eine Schocktherapie

Die aus jenen „Revolutionen“ hervorgegangenen so genannten *„demokratischen Regierungen“* haben eines gemeinsam: sie hören willig auf die Diktate der „Befehlsgeber“ Weltbank, IWF, WTO, EU, USA und arabische Ölmonarchien. Einzige Sorge jenes Befehlsgeberkonglomerats ist, in den arabischen (oder anderen) Ländern um jeden Preis eine echte Revolution zu verhindern, die der auf dem Kopf stehenden Gesellschaft wieder auf die Beine helfen würde, d.h. eine sozial gerechte Gesellschaft zu errichten und der Bevölkerung die Ausübung ihrer Grund- und Bürgerrechten zu garantieren. Dazu gehört in erster Linie die souveräne Verfügung über die eigenen Energievorkommen, sowie über alle anderen Gemeingüter (Wasser, Boden, Kulturerbe usw.).

Die angewandte Schocktherapie hat mehrere Bestandteile:

- Die derzeitigen Regierungen müssen die verabscheuungswürdigen **Schulden** (odious debt) , die die zu Falle gebrachten Diktatoren/ Diktierten hinterlassen haben, bar auf die Hand tilgen; das ist die unumgängliche Voraussetzung für neue „Kreditgaben“, die aber die Verschuldung der Länder nur weiter steigern.

- Die derzeitigen Regierungen müssen die **„Säuberungsarbeit“** fortsetzen, die ihre Vorgänger schon eifrig in Gang gesetzt hatten. Dazu gehört der Abbau der öffentlichen Dienstleistungen, und hiermit die Ausschaltung ihrer VerfechterInnen, die Privatisierungen, das Verramschen der nationalen Reichtümer an die Multis, die Einführung von Einrichtungen zur Kontrolle der rebellierenden Bevölkerung und vorrangig der gewerkschaftlich organisierten LohnempfängerInnen und der prekarisierten Jugend („die arbeitslosen AkademikerInnen“). Als Antwort auf die soziale Katastrophe dieser „Säuberung“ wird die „islamische Mildtätigkeit“ als Ersatz für legitime soziale Rechte gepredigt;

- **Befriedung der Gesellschaft**: Von der EU und den US-amerikanischen, deutschen und sonstigen Stiftungen wird die organisierte Zivilgesellschaft mit mehreren hundert Millionen Euro übergossen, in der Absicht, sie auf einen Prozess der „Übergangsjustiz“ hinzulenken, die die bestehende Ordnung nicht in Frage stellt. Ziel ist hauptsächlich, die arbeitslosen AkademikerInnen daran zu hindern, Zugang zur realen Politik zu erreichen – also die Bevölkerung daran zu hindern, dass sie sich selbst organisiert, um ihre Forderungen nach Bürgerrechten und Gemeingütern durchzusetzen.

3. Chaosstrategie

Grundsätzlich wird die selbe Strategie umgesetzt wie im Griechenland von 1967, in Lateinamerika und in der Türkei, in Italien („Strategie der Spannung“), im Libanon der Siebziger und Achtziger Jahre, in Algerien der Neunziger, jeweils mit taktischen Anpassungen, damit sie jeder einzelnen Situation gerecht wird.

Hauptwaffen jener Strategie sind:

a/ die **Ausnutzung der Gewalt manipulierter bewaffneter Splittergruppen** – des so genannten „Terrors“ damit Angst gesät wird und die dadurch eingeschüchterten Menschen auf den friedlichen, demokratischen und transparenten Massenkampf verzichten. Ziel ist es, alle Strukturen – Parteien, Gewerkschaften, Sozialbewegungen – zu knicken, die die wirtschaftliche „Liberalisierung“ bremsen könnten.

b/ die Polarisierung in „ideologische“ Strömungen, in die man die gesamte Gesellschaft hineinzwingen will, was zu einer Logik befestigter „Lager“ führt, die sich gegenseitig ausschließen und heftig bekämpfen. Eine neue Variante des „Teile und Herrsche“: oben eine „moderne, laizistische, demokratische“ Bourgeoisie, die einer „konservativen, islamischen, demokratischen“ Bourgeoisie gegenüber steht, unten „fortschrittlich gesinnte, sittenlose, revolutionäre“ Volksmassen, die „traditionsorientierten, frömmlerischen, faschistoiden“ Volksmassen gegenüber stehen. Kurz gesagt, das einzige Mittel, das sich die effektiven Machtapparate zur Selbsterhaltung haben einfallen lassen, ist der Bürgerkrieg, Bruder gegen Bruder, Schwester gegen Schwester, Eltern gegen Kinder, „Emanzipierte“ gegen „Turbantragende“, das alles über Bündnisse zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, die in keinerlei Zusammenhang mit den wirklichen Bedürfnissen und den Klasseninteressen der Menschen stehen.

c/ Die teuflische Manipulation des höllischen Paares „Verschwörung /Aufstand“. In Ägypten wie auch in Tunesien oder 1988 in Algerien wurde die legitime Revolte der präkarisierten Jugend von den mafiösen Polizeinetzwerken auf nihilistische Gewaltakte Vermummter hingelenkt, die anlässlich großer Volksversammlungen aktiv werden. Ziel ist es, das Verlangen nach einer starken Regierung auszulösen, die für Sicherheit sorgt. Das jüngste Beispiel dafür ist das Auftauchen eines „Schwarzen Blocks“ am 25. Januar 2013 in Kairo anlässlich des Jahrestags der Revolte. Dieser „schwarzer Block“ war von der Polizei im gleichen Maße unterwandert wie jene in Genua (2011), Montréal, Toronto, London, Straßburg oder Heiligendamm.

d/ gezielte Ermordungen von Schlüsselfiguren, die von den geheimen Netzwerken der realen Machthaber beschlossen und ausgeführt werden. Gleichzeitig werden andere beschuldigt – und das Ziel ist, innerhalb der Bevölkerung eine unverrückbare Spaltung hervorzurufen (siehe Punkt a/). Chokri Belaïds Ermordung, sowie jene von Tahar Djaout, Abdelkader Haschani, Mohamed Boudiaf und vieler anderer (Liabes, Bucebsi, Flici, Mahiou, Merbah, Belkaid, Allula, Buslimani, und Scheich Sahraoui) in Algerien, fügt sich in diese Strategie ein.
Die fortschrittlichen oder revolutionären Sozialbewegungen müssen diese Strategie ganz klar erkennen. Sonst laufen sie Gefahr, in eine tödliche Falle zu geraten. Und ihnen könnte das Los des Stieres widerfahren, der

sich auf das rote Tuch stürzt und dabei die Hand des Toreros übersieht, der ihm das Schwert in den Nacken stößt.

Anmerkung:
Übergangsjustiz: Ein Prozess, der eine Befriedung der Gesellschaft bezweckt, indem ein Mechanismus eingesetzt wird, der an Stelle des amtierenden Justizsystems tritt, um einen Schlussstrich unter die düstere Vergangenheit der Diktatur oder des Bürgerkrieges und die Wiedergutmachungsforderungen der Opfer zu ziehen. Das meist propagierte Beispiel ist die südafrikanische „Kommission für Wahrheit und Versöhnung". In der arabischen Welt hat bis dato nur Marokko eine solche Kommission eingesetzt – die „Instanz für ausgleichende Gerechtigkeit und Versöhnung". In Tunesien hat das Ministerium für Menschenrechte gerade ein Partnerschaftsabkommen mit dem internationalen Zentrum für Übergangsjustiz (CIJT) mit Sitz in New York unterzeichnet. „*Durch dieses Abkommen verpflichtet sich das Zentrum, dem Ministerium technische Hilfsmittel betreffs Übergangsjustiz zur Verfügung zu stellen, insbesondere Erforschung der Wahrheit, Entschädigungensverfahren, Strafgerechtigkeit und institutionelle, Verfassungs- und Justizreform. Ebenfalls soll das CIJT auch bei der Schaffung einer Kommission für die Wahrheit sowie der Umsetzung eines Wiedergutmachungsprogramms für erlittene Schäden technische Hilfe leisten*."

Quelle: The Collective for The deconstruction of the virtual
http://deconstructeurs.blogspot.de/2013/02/therapie-du-choc-et-strategie-du-chaos.html

Übersetzt von Michèle Mialane / SiG-Redaktion

Bernard Dreano

Kurzer Überblick zur politischen und sozialen Lage in Tunesien

Nach den starken Protesten wegen der Ermordung von Chokri Belaïd und dem dadurch ausgelösten Rücktritt der bisherigen tunesischen Regierung wurde jetzt eine neue provisorische Regierung gebildet. Provisorisch deshalb, weil zur Zeit eine verfassungsgebende Versammlung eine neue Verfassung ausarbeitet, auf derer Grundlage reguläre Wahlen – voraussichtlich im Herbst 2013 - stattfinden sollen. Diese neue Regierung besteht weiterhin aus der Koalition von drei Parteien, aber die Partei Ennadha hat statt 40% nur 28% der Posten und die parteipolitisch Unabhängigen besetzen knapp die Hälfte der Posten. Wir veröffentlichen hier Auszüge eines Berichts, der schon im Oktober 2012 für die Vorbereitung des Weltsozialforums verfaßt wurde, deren Angaben über die sozialen Bewegungen und die verschiedenen Parteien aber immer noch aktuell sind.

7. Oktober 2012
(…) Die wirtschaftliche Lage lässt zu wünschen übrig, die Arbeitslosenzahlen, insbesondere unter den jungen Menschen sind dramatisch hoch. Nachdem der vergangene Sommer für eine Entspannung sorgte, ist der Tourismus zum Ende der Saison als Folge des Sturms der Salafisten auf die US-Botschaft wieder eingebrochen. Ein „sozialer Dialog" zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat ist im Gange und die Regierung stimmte erheblichen Lohnerhöhungen zu aber die sozialen Konflikte bleiben. Täglich finden ganz unterschiedliche friedliche Demonstrationen gegen die Regierenden statt, die aus dem Sitz der Dienststellen des Premierministers, der Kasbah herauskommen. Es wird gefordert, dass diese die jeweils spezifischen Probleme - Arbeit, Einstellungsvertrag, Löhne und Fortbestand des öffentlichen Dienstes beachten. Überall sieht man ganz unterschiedliche Berufsgruppen demonstrieren und für ihre Rechte eintreten.

Beispielsweise waren zu Beginn des Herbstes Ärzte und Apotheker in Sfax in den Streik getreten, die Journalisten haben protestiert und Grundschullehrkräfte drohten mit Arbeitsniederlegung. In bestimmten benachteiligten Städten oder Regionen lehnten sich die Einwohner gegen die hohen Lebenshaltungskosten, die Arbeitslosigkeit und auch gegen das Gefühl auf, in Vergessenheit zu geraten oder unverstanden zu bleiben. Innerhalb einiger Tage erhoben sich die Einwohner von Tataouine im Süden (der Gouverneur musste „herausgeschleust" werden). Auch die Bewohner der Regionen im Landesinneren wie Sidi Bouzid und Kasserine, von wo die Revolution ausging, haben gestreikt und demonstriert und wurden von der Polizei unterdrückt, und auch in Djerba gab es Auseinandersetzungen.
Die Regierung wird angefochten, ihr wird Inkompetenz, Inkohärenz und Trägheit vorgeworfen und sie würde sich dem westlichen oder östlichen Ausland unterwerfen aber auch autoritär und brutal vorgehen.

Worum soll es gehen? Opposition gegen die „Troika" oder alle in einem vereinten Vorgehen gegen die Islamisten?

Hier sei daran erinnert, dass Tunesien derzeit von einer **Allianz aus drei Parteien** regiert wird, die nach den Wahlen im Oktober 2011(1) an die Macht kamen, die sogenannte „**Troika**" aus zwei laizistischen Parteien, **Ettakadol** (Forum démocratique pour le travail et les libertés), der nationalistische und aus dem linken Zentrum stammende **Congrès pour la République (CPR)** des Staatspräsidenten Moncef Marzouki und vor allem die islamistische Partei **Ennadha,** die als großer Sieger aus den Wahlen hervorgegangen ist und die Exekutive mit dem Premierminister Hamadi Jebali (leitete).
Für Ennadha scheint der größte Konkurrent die ganz neue Bewegung **Nidaa Tounes** (Appel de la Tunisie) zu sein, die von Béji Caïd Essebsi, dem ehemaligen Premierminister der Übergangsregierung (März bis Oktober 2011), und früheren Minister von Bourguiba ins Leben gerufen wurde. Er hat es geschafft, sich mit ganz unterschiedlichen Personen zu umgeben, wie ehemalige Anhänger der Destour Partei oder der RCD (2), Gewerkschafter und Arbeitgeber sowie liberale oder linke Akti-visten.
Die Unterstützung der **Al Massar Partei** (Voie Démocratique et Sociale) scheint sicher. Diese Partei ist aus Aktiven der Ettajdid (ehemalige kommunistische Partei Tunesiens) hervorgegangen.
Die **republikanische Zentrumspartei** (Al Joumhouri), Nachfolger der ehemaligen Parti démocratique progressiste (PDP) von Ah-med Néjib Chebbi, der große Verlierer der Wahlen vom Oktober 2011, scheint keine andere Wahl zu haben, als sich mit ihnen zu verbünden.
Dieser **eher liberaldemokratische laizistische Pol**, der keine deutlichen ideologische Konturen zeigt und ein unklares Programm aufweist, stellt zunächst einmal eine Front gegen die Ennadha dar.

Links entwickelt sich eine **Volksfront** aus einem Dutzend kleinerer nationalistischer oder marxistischer Parteien, von denen als wichtigste die Parti tunisien du travail (PT, ehemalige kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens) unter der Leitung von Hamma Hammami und die patriotischen Demokraten zu nennen sind. (...)

Wird Ennadha für oder gegen die Galaxis der Salafisten sein?

Die Ennadha wurde in den 70er Jahren gegründet, inspiriert von der ägyptischen Moslembrüderschaft. Unter Bourguiba und schließlich unter Ben Ali wurde die Partei stark unterdrückt; sie ist heute zu einer breiten Bewegung geworden, die von einem Kern Aktivisten geleitet wird, von denen viele im Gefängnis waren und/oder im Exil gelebt haben und die nach dem Sturz Ben Alis von ganz unterschiedlichen Menschen Zulauf bekam.

Die Bewegung bleibt dem Anschein nach vereint um ihren charismatischen Führer Rachid **Ghannouchi**, aber es gibt Streitigkeiten zwischen den früheren Aktivisten und neuen Mitgliedern, zwischen den unterschiedlichen Generationen, zwischen Fundamentalisten und Reformisten, neoliberalen Technokraten und populistischen Volkstribunen. Die Partei genießt weiterhin große Popularität, obwohl ihre Regierungsarbeit kritisiert wird (die Wahlprognosen zu ihren Gunsten bleiben nach Meinungsumfragen weiterhin hoch), doch sie muss aufpassen, dass sie nicht von den Salafisten übertroffen wird.

Die „**Salafisten**" sind radikale Islamisten unterschiedlicher Strömungen. Diese reichen von legalen Parteien wie die radikale Hizb Ut Tharir (tunesischer Arm einer internationalen Bewegung), die Partei Islah (entspricht der konservativen ägyptischen salafistischen Partei An Nour) bis hin zu einem mehr oder weniger djihadistischen Netzwerk wozu Ansar Al Charia gehört, der für die Stürmung der US-Botschaft verantwortlich war, und mehr oder weniger spontan organisierten Gruppierungen. Einige von ihnen werden vom Ausland unterstützt (von Saudi-Arabien aber auch heißt es von den algerischen Geheimdiensten), trotzdem handelt es sich bei den tunesischen Salafisten nicht um ein Importprodukt. Obwohl das Wählerpotential der legalen Parteien eingeschränkt erscheint, haben es die Salafisten geschafft, die Wut eines Teils der Jugend aufzufangen und sich in bestimmten verarmten Regionen des Landes zu etablieren (vor allem im Nordwesten).

Bei Ennadha möchte man die Salafisten nicht generell bekämpfen (und erst recht nicht unterdrücken). Ghannouchi spricht von „nos enfants turbulents" [unsere wilden Kinder]. Die Partei muss aber sich mit der Strategie des „Drucks /Ausuferns" bestimmter Salafisten und einer politischen Destabilisierung aufgrund von ständigen Provokationen auseinandersetzen.

Eine zersplitterte soziale Front, aber starke und aktive Organisationen der Zivilgesellschaft

Die **Gewerkschaftsbewegung** ist in Tunesien historisch bedeutsam. Die große Zentralgewerkschaft **UGTT** (Union générale tunisienne du travail) bleibt insbesondere in den Sektoren der tunesischen Arbeitnehmerschaft wie Industrie und Bergbau, Öffentlicher Dienst usw. stark und eine Stütze für die soziale Mobilisierung. Die linken Strömungen haben einen bedeutenden Einfluss. Andere berufsständische oder zunftbezogene Gewerkschaften haben sich in bestimmten Sektoren entwickelt. Ein Teil junger Arbeitsloser hat sich in der "Union des diplômés chômeurs" (UDC) organisiert, die überall im Land verbreitet ist.

Was die Verteidigung der Bürgerrechte anbelangt, hat sich die "**Ligue tunisienne de défense des droits de l'homme**" (LTDH, tunesische Liga zur Verteiligung der Menschenrechte) als pluralistische und anerkannte Organisation überall im Land etabliert. Auch andere Organisationen, die der Diktatur getrotzt haben sind weiterhin sehr aktiv, wie die Frauenorganisationen "**Association tunisienne des femmes démocrates**" (ATFD, tunesische Vereinigung der demokratischen Frauen) oder die "**Association des Femmes Tunisiennes pour la Recherche et le Développement**" (AFTRD, Vereinigung der tuneischen Frauen für Forschung und Entwicklung).

Selbst wenn **die islamischen solidarischen Netzwerke und Wohltätigkeitsverbände** sehr bedeutend sind, sind die "Massen"-Organisationen, die der Ennadha nahestehen (junge Menschen, Studenten, Frauen…), weiterhin relativ wenig strukturiert (deutlich weniger als beispielsweise die ägyptische Moslembrüderschaft), und es gibt noch recht wenig Ennadha-Aktivisten in den Gewerkschaften oder Berufsverbänden.

In bestimmten Hochschulbereichen und Stadtvierteln sind die Salafisten zwar in der Minderheit aber sehr aktiv. Mehrfach haben Salafisten Räume oder Versammlungen der UGTT, UDC oder der LTDH angegriffen.

Ein Teil der **politisch aktiven Jugend** bzw.potentiell aktiven oder zeitweilig aktiven Jugend hat Schwierigkeiten, in den „traditionellen" zivilen Organisationen (UGTT, LTDH, ATFD, linke oder Zentrumsparteien…) anerkannt zu werden, ausgenommen der Fall der UDC und versucht sich mehr oder weniger zu vernetzen. Einige beispielsweise im Umfeld der Initiative "Manifeste du 20 mars" (Manifest des 20.März).

Neben diesen organisierten Sektoren gibt es eine Vielzahl von kleinen Netzwerken, die mehr oder weniger zersplittert sind, lokale Gruppierungen, solche auf Departementsebene usw.

Ist das WSF in Tunesien möglich?

(…) Es ist ganz klar, dass ein Sozialforum und erst recht ein Weltsozialforum nicht als Feld für die politischen Debatten in Tunesien wirken oder als Bühne für Wahlpropaganda dienen kann (dies könnte eine Versuchung sein, wenn das Forum zu nah an Wahlterminen stattfinden würde). Aber es könnte eine große Versammlung von Organisationen der Zivilgesellschaft sein, wo Erfahrungen und Ansichten von organisierten Bewegungen ausgetauscht werden und über Themen der Sozialbewegungen, über den Aufbau gemeinsamer Alternativen - auch für die Nachbarländer und die Welt - debattiert wird.

Die **Mobilisierung** der sozialen Netzwerke und Organisationen in Tunesien ist schon **sehr stark**. Bei der vorbereitenden Versammlung des Forums von Monastir im Juli 2012 waren 1700 Menschen, darunter viele junge Menschen, versammelt, also dreimal so viele Teilnehmer wie vorgesehen, Die regionalen Sozialforen werden im Süden stattfinden (Mitte Oktober) dann in den darauf folgenden Wochen im Landesinnern und im Norden des Landes. Die Dynamik des nordafrikanischen Sozialforums gestaltet sich an der Seite des tunesischen Leitungsgremiums (3), nach dem erfolgreichen Migrationsforum in Oujda (Marokko) Anfang Oktober.

Ein Forum, das alle einschließt und offen ist für alldiejenigen, die die Regeln der Charta von Porto Alegre respektieren, ist nicht nur möglich, sondern auch sehr wünschenswert, zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Tune-sien und in der gesamten Region, zur Bereicherung der Debatten, zu einer breiten Volksbildung durch Diskussionen und Austausch aller Teilnehmer und darüber-hinaus der Zivilgesellschaften.

Die Dynamik, die derzeit innerhalb der Mobilisierung herrscht, muss ein sicheres und zuverlässiges Forum ermöglichen, wo offene und konstruktive Debatten stattfinden.

----

1) Die Wahlen am 24. Oktober 2011 haben für ein Jahr eine **verfassungsgebende Versammlung** bestimmt, die eine Verfassung ausarbeiten und in einer Übergangszeit Gesetze erlassen soll. Bei den Wahlen hat die Ennadha 37% der Stimmen, also 90 von 217 Abgeordnete gewonnen, vor CPR (8,7%) und Ettakadol (7%). Die PDP hat nur 4%, der Pôle moderniste (linkes Zentrum, ehemalige Kommunisten) 3%, die PCOT (extreme Linke 1,5%), usw. gewonnen.

2) Destour (Constitution), ist derName der Einheitspartei von Bourguiba (néo-destour) wurde Parti socialiste destourien (PSD) und schließlich unter Ben Ali Rassemblement constitutionnel démocratique (RCD)..

3) Das tunesische Leitungsgremium bestand anfänglich aus Mitgliedern des tunesischen Forums für demokratische und soziale Rechte, der UGTT, der UIDC, der LTDH, der ATFD und AFTRD und der RAID-ATTAC.

ATTAC MAROKKO prangert umfassende Unterdrückungswelle an

Presserklärung von Attac/Cadtm (Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt) Marokko,

Rabat, 15. Januar 2013

An diesem Jahresanfang 2013 erlebt Marokko ein Anwachsen der Unterdrückung aller Formen sozialen Protestes. Das äußert sich in brutalen Einsätzen gegen Demonstrationen und Sit-ins, in der Inhaftierung und gerichtlichen Verfolgung von Aktivisten, in Einschüchterungen aller Art. Der Staat versucht ein Klima des Schreckens zu errichten und die Widerstandsbewegungen zu kriminalisieren. (1)

- Die Bewegung des 20. Februars (M20F) fordert Demokratie und soziale Gerechtigkeit;
- Gewerkschaften kämpfen für die Verteidigung der Errungenschaften im öffentlichen (Bildungswesen, Gesundheitswesen, Justiz,...) und im privaten Sektor (Bergbau, Textil, Hotelgewerbe, Landwirtschaft,...);
- Die arbeitslosen Absolventen der Hochschulen kämpfen für ihr Recht auf Arbeit (ihre täglichen Aktionen in Rabat gehen trotz der brutalen Unterdrückung weiter). Die Proteste zur Verteidigung der öffentlicher Dienstleistungen, für das Recht auf Wohnung und gegen die hohen Lebenshaltungskosten in den Städten erleiden dasselbe Schicksal.
- In den ländlichen Gebieten verlangt die Bevölkerung grundlegende Infrastrukturmaßnahmen, deren Fehlen sich in den isolierten Gebieten bitter bemerkbar macht.
- Die Frauen, die Opfer der katastrophalen Auswirkungen des Mikrokreditsystems wurden, sowie die subsaharischen Migranten, die von den Behörden drangsaliert werden und unter Rassismus zu leiden haben, mobilisieren sich auch und erfahren ebenfalls Unterdrückung, Inhaftierung und ungerechte Prozesse.

Diese unterschiedlichen Mobilisierungen sind insgesamt Ausdruck des Scheiterns der neoliberalen Politik; die Unterdrückungswelle des Staates zeigt dessen Entschlossenheit, die Bevölkerung die Last der Krise tragen zu lassen und ohne Bedenken die Meinungsfreiheit und die Menschenrechte mit Füßen zu treten.

Bankrott des neoliberalen Programms im Kontext der weltweiten Krise des Kapitalismus

Die weltweite Krise verschärfte das Scheitern des neoliberalen Programms, das von den internationalen Finanz- und Handelsorganisationen diktiert wurde. Die Abhängigkeit unseres Landes von den Großmächten ist symptomatisch für dieses Scheitern. So deckt auch der Wert unseres Exports nur 47% unseres Imports. Das Jahr 2012 hat mit einem **Außenhandelsdefizit** von 200 Milliarden DH (rund 17 Mrd Euro), also 24 % des BIP geschlossen. Die Politik wirtschaftlicher Öffnung, die ausländische Direktinvestitionen anlocken soll, sowie die **Freihandelsabkommen** zerstören das sowieso schon schwache nationale Produktionsnetz und führen zu Entlassungen, zum Druck auf die Löhne und zur Verringerung der Zolleinkünfte. Die **Privatisierung** der großen rentablen Staatsunternehmen und die Überlassung der Geschäftsführung der öffentlichen Dienstleistungen an das Privatkapital tragen dazu bei, dass Devisen in Form von Dividenden ins Ausland abfließen. Das hat zum Ergebnis, dass die Staatsfinanzen austrocknen und der Staat auf ständige Neuverschuldung zurückgreift.

Schuldenspirale und Politik der Ausgabenkürzungen

Die (interne und externe) Staatsverschuldung Marokkos hat im September 2012 583 Milliarden DH (rund 50 Mrd. Euro) erreicht (ungefähr 70 % des BIP). Der Schuldendienst beläuft sich auf 108 Mrd. DH (rund 9 Mrd. Euro). Wenn man den Betrag des jährlichen Schuldendienstes mit dem Etatposten des Bildungswesens (51 Mrd. DH), des Gesundheitswesens (12 Mrd. DH) oder mit dem Posten für staatliche Investitionen (59 Mrd. DH) vergleicht, wird offensichtlich, dass ohne Schuldenannullierung keinerlei wirtschaftliche oder menschenwürdige Entwicklung möglich ist. Diese Schuldenannullierung fordern wir.

Leider führt der Staat unser Land aber geradewegs in den Teufelskreis der Verschuldung. Die Anleihe von einer Mrd. Euro 2010 und von 1,5 Mrd. Dollar im Dezember 2012 bestätigt diese Tendenz. Während dieser Zeit hat der **IWF** mit seiner *Vorsorge-und-Liquiditäts-Linie*, die einen Kredit von über 6,2 Milliarden Dollar umfasst, die Bedingungen des zu befolgenden **Kürzungsplans** diktiert. Im Einzelnen: Einfrieren der Löhne, Senkung der öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich, Zerschlagung des Subventionssystems für Grundnahrungsmittel und des Rentensystems.

Die breite Bevölkerung wird demnach für die Krise bezahlen. Die Steuern bringen entsprechend dem Haushaltsgesetz 2013 mehr als 63 % der Staatseinnahmen und werden hauptsächlich von den Verbrauchern und den Lohnabhängigen aufgebracht, während die Beteiligung der Privatunternehmen und der Reichen daran schwach bleiben wird, denn sie profitieren von Steuerbefreiungen, von Subventionen und von einem Zugang zu Grundbesitz zu lächerlich geringen Preisen.

Der Staat versucht dem Widerstand in der Bevölkerung, der sich an allen Fronten entfaltet, mit Hilfe einer brutalen Unterdrückung zuvorzukommen, die sich besonders hartnäckig gegen alle organisierten oder unorganisierten kämpferischen Strukturen richtet: M20F, Gewerkschaften, Vereinigungen arbeitsloser Hochschulabsolventen, Verteidiger der Menschenrechte, Opfer des Systems der Mikro-Kredite, AktivistInnen von Attac, etc.

Unsere Vereinigung, ATTAC CADTM Marokko, erklärt angesichts dieser Lage:

- Wir verurteilen mit Nachdruck diese Welle der Unterdrückung und betonen unsere tiefe Verbundenheit mit deren Opfern;
- Wir verlangen die Freilassung aller politischen Gefangenen und sichern ihren Familien unsere Solidarität zu;
- Wir fordern einen radikalen Bruch mit dem derzeitigen neoliberalen Programm, um eine echte wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu erreichen, in deren Mittelpunkt die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung steht, und um unsere Nahrungssouveränität zu gewährleisten;
- Wir erneuern unsere Forderung nach Erlass der marokkanischen Staatsschulden. Eine Entscheidung in diesem Sinn wird es erlauben, beträchtliche Gelder für deren Verwendung im sozialen Bereich frei zu machen, sich von der Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten zu befreien und unsere Souveränität wieder zu erlangen.

http://cadtm.org/ATTAC-MAROC-denonce-l-offensive

Übersetzung: Jürgen Janz (coorditrad)

(1)http://www.attac.de/uploads/media/Marokko_Bericht_Jan-2013.pdf

Attac Marokko wird nicht zugelassen!!!

Die Behörden in Rabat haben Anfang Februar entschieden, gegen das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts in Rabat Berufung einzulegen: Dieses Urteil berechtigt die Vereinigung ATTAC/CADTM Marokko zur legalen Ausübung ihrer Tätigkeit: Diese Berechtigung tritt durch die behördliche Empfangsbescheinigung für die Akte des letzten Kongresses der Vereinigung in Kraft. (…) Wir **fordern** die Anerkennung unseres Rechts auf eine behördliche Empfangsbescheinigung. (...)

Nationales Sekretariat, 11.Februar 2013

Souad Guennoun

Die Bewegung “20. Februar” in Marokko

entwickelt ständig neue Aktions- und Organisationsformen

Souad Guennoun ist in der Bewegung 20. Februar in Casablanca, in Attac Marokko etc. aktiv. Sie kommt gerade von ihrer zweiten Europareise zurück, bei der sie an der internationalen Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko teilgenommen hatte. Sie analysiert die politischen und sozialen Kämpfe in ihrem Land, die seit dem „Arabischen Frühling“ dort geführt werden. 13. Dezember 2012

Gibt es in Marokko eine neue Welle von Repressionen?
Im Zuge der Revolutionen in Tunesien und Ägypten wurde eine marokkanische Bewegung, die ihre Solidarität mit den revolutionären Völkern in der Region bekundete, zunächst durch das Regime unterdrückt. Dem Aufruf vom **20. Februar** 2011 folgend, in allen Städten und überall auf dem Land zu demonstrieren, versammelten sich mehrere Hunderttausende in über 80 Städten und Dörfern. Besonders im Rif gab es von Anfang an starke Repressionen, wodurch es zu fünf Toten kam. Allerdings führten diese Repressionen dazu, dass die Protestbewegung, die seither unvermindert fortbesteht, noch gestärkt wurde.
Die regierenden Kräfte, zunächst überfordert, wollten die „demokratische Farce“ spielen: An der Reform der Verfassung wurden die Intelligentia, die Verbände der „Zivilgesellschaft“ - besonders Frauenverbände -, Reformparteien und -gewerkschaften, Islamisten etc. beteiligt. Darauf folgten Wahlen und eine Regierung, die von **Benkirane**, einem Premierminister der PJD, geführt wird und eine Koalition, die sich aus der PPS (kommunistisch-monarchische Partei) bis hin zu verschiedenen rechten Parteien zusammensetzt. Frankreich, der größte Anhänger dieser Maskerade, begrüßte dies, und Marokko versucht nun mit dem Label „Demokratiemodell der Region“ die Länder der Europäischen Union und die USA für sich zu gewinnen.
Unterdessen wurden die **Repressionen** noch weiter verstärkt; derzeit sitzen mindestens 177 Häftlinge in marokkanischen Gefängnissen. Weitere „spezifisch“ marokkanische Fakten: Die meisten Häftlinge gelten als Straftäterinnen bzw. Straftäter und werden dementsprechend verurteilt. Auf falsche Prozesse und Zeugen, erfundene Anschuldigungen, Folter und Misshandlungen wurde unter anderem von UNO-Sonderberichterstatter Juan Méndez während seines Marokko-Aufenthalts im September 2012 hingewiesen. Dennoch geschieht nichts; der neue Präsident Hollande unterstützt das Regime nach wie vor - wie alle seine Vorgänger.

In welchen Bereichen wird gekämpft? Was sind die Forderungen?
Verschiedenen Generationen, verschiedenen sozialen Schichten und sozialen Bewegungen, Männer, Frauen und Jugendliche sind massenhaft auf die Straße gegangen, um unter anderem das Ende der Despotie, Straffreiheit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Reformen und Umverteilung der Reichtümer zu fordern.
Seither entwickelt die Bewegung 20. Februar ständig neue Aktions- und Organisationsformen. So gelang es dieser Bewegung, die Bewegungen **diplomierter Arbeitsloser** (ANDCM), Studenten, Oberschüler und **Gewerkschafter** zu versammeln, aber vor allem konnte die Bewegung den Kampf der **Landarbeiter, der Bergbauarbeiter und im Fischerei-Bereich** stärken. Es gab in mehreren Regionen Protestbewegungen.
So haben sich zum Beispiel in **Ouarzazate** die Frauen organisiert, um gegen die **Mafia der Mikrokredite** vorzugehen, die sich Armut und Analphabetentum zu Nutze macht, um zur Verschuldung zu drängen.

17.März: Aktionstag in Ouarzazate gegen die Mafia der Mikrokredite, von der Frauenorganisation und attac organisiert.

Ebenfalls in der Region befinden sich die **Minen von Bou Azzer**, die dem König gehören und in denen Kobalt abgebaut wird. Am 10. Oktober 2012 wurde die Mine von 300 Bergleuten besetzt, die gegen die Arbeitsbedingungen demonstrierten und die Einhaltung ihrer Rechte, wie Urlaubstage, Arbeitsruhe und Rentenzahlungen, forderten. Darüber hinaus prangerten die Arbeiter die Entlassung von 24 Bergleuten an. Trotz Einschüchterungsversuchen und Drohungen hat sich der Konflikt verhärtet. Mit Unterstützung der Gewerkschaft CDT wurde am 15. Oktober in Ouarzazate, nach der Verhaftung von 8 Arbeitern, die die „Arbeitsfreiheit behinderten“, ein Generalstreik ausgerufen. Vor dem Provinzsitz fand ein Sit-in statt. Fünf Bergleute wurden freigelassen, drei jedoch zu fünf Monaten Freiheitsstrafe und 5 000 DH Geldstrafe verurteilt. Durch die Mobilisierung wurden die Arbeiter zwar freigelassen, allerdings dennoch strafrechtlich verfolgt. Der Kampf wird weitergeführt, und es gibt ein Appell an die internationale Solidarität.

Die Reorganisierung der Macht zwischen dem königlichen Clan und der islamistischen Regierung gefällt dem Volk nicht...
Seit der Ernennung der neuen Regierung, die von Premierminister Benkirane geführt wird, gehen die Kämpfe und Demonstrationen weiter. Auf den Straßen wurde sofort gerufen: „*Benkirane, du bist nichts weiter als eine Marionette in den Händen deines Gebieters*“ - eine Scheinregierung, die im Dienste des „Makhzen“ steht und die lediglich dazu dient, Zeit zu gewinnen und Maßnahmen gegen die Demonstranten zu ergreifen. Die Mobilisierung und die Kämpfe halten trotz des repressiven Klimas weiter an.

Welche Rolle spielt die revolutionäre Linke innerhalb dieser Konjunktur?
Die Linke ist gespalten und muss neue Antworten auf die Krise finden. Besonders die radikale Linke muss, wie in Frankreich und auch sonst überall, zusammenfinden und sich vereinen, um eine kämpferische Front zu bilden. Die Antworten auf die globale Krise sind lokal, regional und weltumfassend. Wir müssen uns zusammenschließen; Solidarität ist von großer Dringlichkeit. Die Häftlinge müssen aus den Gefängnissen befreit werden. Unterstützung ist notwendig, und das Schweigen, das um die Proteste herrscht, muss gebrochen werden. Es ist höchste Zeit, dass die Stimme all jener gehört wird, die keine Stimme haben; Vermischungen und Aufsplitterungen müssen vermieden werden.

Veröffentlicht im Hebdo Tout est à nous! Vom 29/11/12, Übersetzung: Sonia Harder, SiG-Redaktion -

Infos über Marokko:
- Insbesondere über die politischen Gefangenen: Sondernummer von „Sand im Getriebe“ http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
- Auf Französisch: **http://fr.lakome.com**

Frauen in Mali, sagt NEIN zum Stellvertreterkrieg!

Aufruf

Der Krieg in Mali trifft eine Bevölkerung, die schon lange einen breiten Kampf gegen die diktierte Politik des Westens führt. Jahr für Jahr ist das Forum des Peuples (Forum der Völker) in Mali ein Ort der Kritik am G8/G20 -Gipfel, der Vernetzung und der Organisierung weiterer Kämpfe für afrikanische Sozialbewegungen gewesen – zuletzt 2011.
Obgleich der Aufruf der Frauen in Mali noch vor den militärischen Angriffen Frankreichs verfaßt wurde, möchten wir hiermit ihre Position – gegen einen solchen Krieg, gegen „eine auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruhende globalisierte Wirtschaft", die „für den religiösen Radikalismus den erforderlichen Nährboden schafft" dokumentieren. Weitere Beiträge befassen sich mit den Interessen Frankreichs und anderer Länder und geben einige Informationen über die Situation de Menschen in Mali.

4.12.2012

Ebenso wie es aus menschlichem Standpunkt nicht hinzunehmen ist, dass Mali um Zwei-Drittel seines Territoriums gekürzt wird und die Scharia der Bevölkerung der besetzten Gegenden aufgezwungen wird, ist die Instrumentalisierung dieser Lage - darunter das Los der Frauen - moralisch unhaltbar und politisch unzumutbar.

Deswegen fällt uns Frauen aus dem Mali eine epochale Rolle zu, hier und jetzt, zur Verteidigung unserer Menschenrechte **gegen drei Arten Fundamentalismus**: den religiösen, über einen radikalen Islam; den wirtschaftlichen, über die totale Vermarktung; den politischen, über die nur noch förmliche, korrupte und korrumpierende Demokratie.

Wir fordern all jene auf, die sich in unserer Heimat, in Afrika oder sonst wo von unserer Befreiung aus diesen drei Fundamentalismen angegangen fühlen, zusammen mit uns „Nein" zum Stellvertreterkrieg zu sagen. Dieses „Nein" rechtfertigen wir mit folgenden Argumenten:

Demokratie-Leugnung

Das Ersuchen um Stationierung afrikanischer Truppen im Norden Malis, das von der CEDEAO (Gemeinschaft der westafrikanischen Staaten) und der AU (Afrikanische Union) bei den Vereinigten Nationen eingereicht wurde, beruht auf einer absichtlich verzerrten und illegitimen Analyse. Jene gründet auf keiner nationalen Verständigung, die als solche bezeichnet werden könnte, weder auf Regierungsebene noch an der Basis. Außerdem ignoriert diese Analyse die schwere moralische und politische Verantwortung der Nationen, die die Resolution Nr. 1973 des Sicherheitsrates der Uno verletzt haben, indem sie den Schutz der libyschen Stadt Bengasi in einen Mandat umwandelten, das Regime von Muammar Gaddafi zu stürzen und ihn selber zu ermorden. Ihren militärischen Sieg über die desorganisierte und demotivierte malische Armee hat die von den Separatisten der nationalen Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA), Al Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) und deren Alliierten gebildete Koalition z.T. den im libyschen Konflikt errungenen Waffenbeständen zu verdanken.

(...)

Wo bleibt die Folgerichtigkeit der afrikanischen Regierungen, die sich - vergeblich - mehrheitlich gegen den NATO-Einsatz in Libyen gestemmt hatten, wenn sie sich über die Notwendigkeit einer mit unabsehbaren Folgen verbundenen Stationierung von Streitkräften in Mali einigen?

Die äußerste Wehrlosigkeit der Frauen in Konfliktzonen

Der International Crisis Group warnt mit Recht, dass „*im derzeitigen Kontext eine Offensive der malischen Armee, die sich auf der CEDEAO bzw. anderen Streitkräften stützen würde, höchst wahrscheinlich mehr zivile Opfer im Norden verursachen würde. Sie würde im ganzen Land die Unsicherheit größer machen und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse verschlimmern, die ethnischen Gemeinschaften radikalisieren, die Gewalttätigkeit aller extremistischen Gruppen fördern und letztendlich die gesamte Gegend in einen vielgestaltigen Konflikt ohne Frontlinie im Sahara stürzen*." (« Le Mali : Éviter l'escalade » (Mali: Zur Vermeidung der Eskalation) International Crisis Group http://www.crisisgroup.org/fr , 18.07.2012).

(…)

Wir machen auch darauf aufmerksam, dass im gesamten Land die dem malischen Volke von der internationalen Gemeinschaft auferlegten Sanktionen, angeblich um die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung zu erlangen, sich sehr stark auf die anfälligsten Gruppen auswirken. Aufgrund der Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau werden die Frauen im Haushalt mit dem riesigen Problem der Wasser-, Nährmittel-, Hausenergie- und Medikamentenversorgung konfrontiert. Dieser alltägliche, endlose Kampf ums Überleben ist schon an sich ein Krieg. Unter solchen Verhältnissen der Präkarität und der Anfälligkeit der Bevölkerung und insbesondere der Frauen wird die Entscheidung für die geplante militärische Lösung das Übel nur verschlimmern, wobei eine friedliche Alternative, die aus der malischen Gesellschaft – Zivilbevölkerung, Politiker und Militär - hervorgeht, konstruktiv sein wird.

(...)

Unser trauriger Geisel-Status

Mali ist ein Land, das gleichzeitig angegriffen, erniedrigt und von politischen und institutionellen Akteuren als Geisel genommen wurde, die uns keine Rechenschaft schuldig sind, angefangen mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEDEAO). Diese Realität zeigt sich unter anderem in dem enormen Druck, der auf dem übrigen Gebiet des Staates Mali lastet. Wir sind alle Kriegsgeiseln eines ungerechten ökonomischen und politischen Systems, das die Ungleichheiten verschärft und sich in der Kunst, durch finanzielle Erpressung Widerstände zu brechen, auszeichnet. Im Jahre 2012 fehlen diesem Land durch die Aufhebung der Hilfe aus dem Ausland 429 Milliarden CFA-Francs. Quasi alle öffentlichen Investitionen sind aufgehoben. Das Schließen von vielen Betrieben hat zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit von Zehntausenden von Arbeitern geführt, während die Lebensmittelpreise rasant ansteigen. Die schwerwiegendsten Verluste zeigen sich in den Bereichen der Bauindustrie und des Tiefbaus. Der Tourismus, das Handwerk, die Hotellerie und die Gastronomie, die seit 2008 an den Folgen litten, dass Mali als Risikoland deklariert wurde, sind schwer betroffen, wobei sie zu den wichtigen Einkommensquellen in den Gebieten gehörten, die heute besetzt sind, vor allem die Region um Timbuktu.

Wir sprechen nicht von Geiselhaft, um das unerträgliche Leiden von europäischen Geiseln und ihrer Familien herunterzuspielen, sondern um die gleich ernste Lage der Situation aller Menschen zu betonen, die sich in einem System gefangen finden, für das sie keine Verantwortung tragen. Es bleibt trotzdem die Frage, wie man reagieren soll, damit unser Land seine territoriale Integrität und den Frieden wieder findet, und damit die sechs Franzosen, die von AQMI, der Salafistengruppe für Predigt und Kampf, festgehalten werden, heil zu ihrer Familie zurückkehren können, ohne dass deren Befreiung den Beginn einer militärischen Intervention läutet, die Hunderttausende Bewohner des Nordens von Mali in Lebensgefahr bringen würde, die genau so viele Geiseln sind.

Der Stellvertreterkrieg

Wer Krieg wählt, dem ist nicht richtig klar, worum es in Wirklichkeit geht. Jacques Attali gibt allen, die ihn verstehen wollen, einen deutlichen Hinweis darauf - wenn es dessen überhaupt noch bedurfte -, dass es sich bei der geplanten militärischen

Intervention um einen Stellvertreterkrieg handelt. Nach ihm muss Frankreich handeln „*... weil diese Region (der Sahel) eine rückwärtige Basis für die Ausbildung von Terroristen und Selbstmordattentätern werden kann, die dann gegen die Interessen des Westens überall in dieser Region kämpfen; und sogar - vielfältige Transferwege nutzend - in Europa. Noch sind es einige Hundert; wenn nichts geschieht, werden sie bald mehrere Tausend sein, aus Pakistan, Indonesien und Lateinamerika. Und die Uranvorkommen im Niger, unentbehrlich für Frankreich, liegen nicht weit entfernt*."(Blog von J. Attali vom 28. Mai 2012)

(...). Der in Mali beabsichtigte Krieg würde dem Afghanistankrieg entsprechen, aus dem sich Frankreich und die Vereinigten Staaten nach und nach zurückziehen - nach 11 Jahre dauernden Kämpfen, nach schweren Verlusten an Menschen, Material und Geld. Da der Sahel zur Einflusssphäre Frankreichs gehört, übernimmt Frankreich die Leitung der Mali betreffenden Angelegenheiten, die militärische Gewalt wird der CEDEAO als Subunternehmerin übergeben. Diese Übertragung macht die Angelegenheit politisch korrekt und erfolgt in der Absicht, nicht wegen Kolonialismus und Imperialismus angeklagt zu werden, aber auch um die Kosten des Krieges zu reduzieren und um nicht weitere Verluste an menschlichen Leben registrieren zu müssen. Die öffentliche Meinung im Westen lässt es immer weniger zu, dass ihre Staatsangehörigen in Verteidigung "unserer" Angelegenheiten sterben. (...)

Die Globalisierung der Übel und der Netzwerke

Der religiöse Radikalismus braucht in einem solchen Kontext nicht den Norden Malis, um sich in Westafrika und in der Welt zu verbreiten. Die auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruhende globalisierte Wirtschaft ist eine Maschine, die die lokalen Wirtschaftsräume, ihre Gesellschaften und Kulturen vernichtet, und so für den religiösen Radikalismus den erforderlichen Nährboden schafft.

Vom Roten Meer bis zum Atlantik, von Afghanistan bis Nigeria, von Toulouse, wo Mohamed Merah aktiv war und erschossen wurde, bis Timbuktu geht es um ideologische, zivilisatorische und identitäre Probleme, aber auch um wirtschaftliche, politische und geostrategische. Die Akteure und Kräfte vor Ort sind überall ungefähr die gleichen, mit zu manipulierenden lokalen Varianten, wie der Aufstand der Tuareg in Mali.

Afghanen, Pakistaner, Algerier und andere Prediger sind übrigens keine Neuankömmlinge in Mali. Ab Beginn der 1990er Jahre sind sie in den Moscheen erschienen, zu der Zeit, als die dramatischen sozialen und menschlichen Folgen der Strukturanpassungsprogramme sich auf Beschäftigung, Einkünfte und den sozialen Zusammenhalt bemerkbar zu machen begannen.

Alternative zum Krieg

Malische und afrikanische Frauen, die sich durchaus der Herausforderung der neoliberalen Globalisierung mit ihrem tödlichen Räderwerk bewusst sind, sind nicht für deren Kriege. Den kriegerischen und räuberischen Wertvorstellungen der herrschenden Ökonomie stellen wir friedliche Werte entgegen, die uns sowohl mit uns selbst als auch mit dem Rest der Welt wieder versöhnen. (…)

Unsere Ablehnung des Krieges hat ihre Wurzeln in einer Auffassung von der Zeugung, nach der die Tatsache, ein Kind auf die Welt zu bringen, bereits so etwas ist wie in den Krieg ziehen (musokele). Dabei sind diejenigen unter uns, die bei der Geburt sterben, zu zahlreich. Tag für Tag kämpfen wir gegen Hunger, Armut, und Krankheit, damit jedes Kind groß wird, arbeitet, auf eigenen Füßen steht und seinen Anteil an Verantwortung übernimmt.

Aus diesem Grund sieht jede von uns in jedem Soldat, in jedem Aufständischen und in jedem neu zum Djihadismus Konvertierten, die dann im Krieg gegeneinander kämpfen, einen Bruder, einen Sohn, einen Neffen, einen Cousin. Gestern noch suchten sie nach sozialer Anerkennung mit einer Beschäftigung, einem Einkommen oder einem Visum. Oft war dies vergeblich... Heute halten sie in ihren zitternden Händen Kriegswaffen.

Klarsicht und politische Reife sollten in dieser Welt ohne Glauben und Moral unsere Waffen sein. Lasst uns, Frauen des Mali, der Ökonomie des Krieges die Ökonomie des Lebens entgegenstellen, indem wir aus dem sich gegenwärtig vollziehenden Wandel eine historische Gelegenheit machen, die dreifache Herausforderung Wissen, Bürgerrechte und Dialog aufzugreifen. (...)

Wir, die Frauen Malis, werden dazu alles beitragen, wie wir auch morgen dazu beitragen werden, die Demokratie in unserem Land zu erneuern entsprechend den gesellschaftlichen und kulturellen Werten, die uns vertraut sind.

Es geht letztlich darum, der Fähigkeit der zivilen, politischen und militärischen Gesellschaft Malis zu Analyse, Vorausschau und Planung Vertrauen zu schenken und sie zu stärken.

Wir bitten alle, Frauen wie Männer, die unsere Herangehensweise mittragen, sich unverzüglich an die wichtigsten Akteure der internationalen Gemeinschaft zu wenden, schriftlich oder mit allen möglichen anderen Ausdrucksformen, und zu verlangen, dass der Sicherheitsrat keine Resolution verabschiedet, die den Aufmarsch von tausenden Soldaten in Mali ermöglichen würde.

Unterzeichnende: Aminata D. TRAORE; SISSOKO Safi SY; SANOGO Sylvie KONE; IMBO Mama SY; Kadiatou TOURE;u.v.m.

http://www.pambazuka.org/fr/category/features/85674 Übersetzt von Coorditrad, zuerst in Tlaxala veröffentlicht.

Kleinbäuerliche Landwirtschaft unter Druck

Mittlerweile findet rund 75 Prozent des Landgrabbings in Afrika statt. Zu den besonders betroffenen Regionen zählt das *Office du Niger* in Mali – ein äußerst fruchtbares, vom Nigerwasser gespeistes Binnendelta, das sich im Osten und Norden der Stadt Segou 270 Kilometer östlich der Hauptstadt Bamako erstreckt.

Bislang sind ca. 98.000 Hektar Land bewässert (im Rahmen von Gravitationsbewässerung, bei der das Wasser ausschließlich über Höhenunterschiede auf die Felder gelangt), möglich wären bis zu 960.000 Hektar, wovon insgesamt rund 700.000 Menschen leben könnten. Ausgerechnet in diesem Gebiet hat die malische Regierung auf Druck der Weltbank und anderer internationaler (Finanz-) Institutionen seit 2003 *mindestens* 540.000 Hektar Boden verkauft und über weitere 379.000 Hektar Vorverträge abgeschlossen (Stand: Mai 2011), wobei maliweit 2,5 Millionen Hektar zum Verkauf stehen sollen.

Schwer begreiflich sind derartige Größenordnungen nicht nur ob des Umstandes, dass die Ernährungssituation in Mali laut Welthungerindex weiterhin als „ernst" einzustufen ist. Hinzu kommt, dass jährlich 150.000 Hektar durch Bodenerschöpfung verloren gehen (...).

Konkret ist auf den Flächen vor allem der Anbau von Agrospritpflanzen und Exportgetreide geplant, so wie auch ansonsten der Ausverkauf nach leider üblichen Gepflogenheiten erfolgt: Geheim, das heißt ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung, unter Verzicht auf Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie zu grotesk günstigen Konditionen, wozu unter anderem niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise, jahrzehntelange Steuernachlässe („tax holiday") und nicht Kostendeckende Wassergebühren gehören. (...)

Broschüre „Landgrabbing, Migration, Widerstand" (Ergebnisse der Delegationsreise im März 2012 von Afrique-Europe-Interact). Sie kann gegen eine Schutzgebühr von 3 Euro unter nolagerbremen@yahoo.de bestellt werden.

Quelle: http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=821&clang=0

Der Krieg in Mali trifft auch die vielen sozialen Bewegungen in diesem Land:
So fand das Forum der Völker jährlich seit 2004 in Mali statt – als Gegengipfel zu dem G8/ G20-Treffen.
Diese sind in SiG dokumentiert:
2011: http://sandimgetriebe.attac.at/9853.html
2007: http://sandimgetriebe.attac.at/5557.html
2005: http://sandimgetriebe.attac.at/3224.html

2006 fand das **Weltsozialforum in Bamako** statt – parallel dazu auch in Caracas und Karachi,
Berichte in den Nummern 49 und 50 von „Sand im Getriebe“:
http://sandimgetriebe.attac.at/sig50.html
http://sandimgetriebe.attac.at/3406.html
http://sandimgetriebe.attac.at/sig49.html

Zum Weiterlesen:

Texte von **Aminata Traoré in SiG:**
Auch Afrika darf sich schützen (TAZ-Interview)
http://sandimgetriebe.attac.at/3222.html

Die Krise in Mali (Studie - Dezember 2012): *http://afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=682&clang=0*

IPPNW appelliert: Verhandlungen statt Krieg:
http://www.ippnw.de/frieden/konfliktregionen/artikel/d2ce4acc6f/ippnw-appelliert-verhandlungen-stat.html

Weitere Artikel über Mali: *http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Mali/Welcome.html*

Werner Ruf

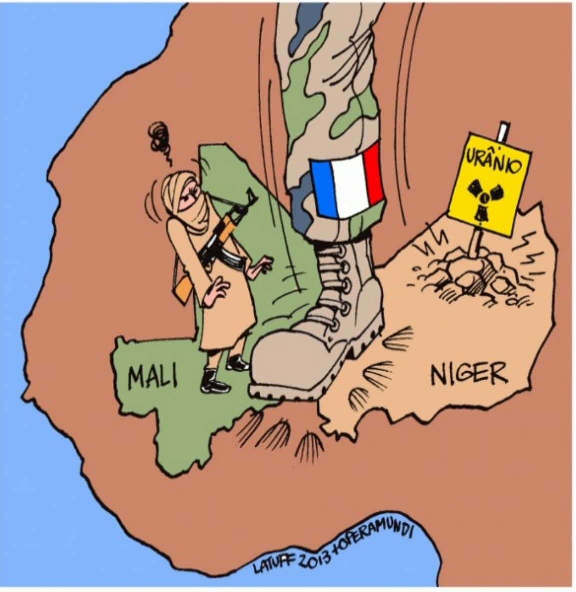
Mali im Fadenkreuz der Geopolitik

(…) Warum also zieht Frankreich, das gerade seine Truppen aus Afghanistan abgezogen hat, in Mali nun genau jene Begründung heran, es müsse dem islamistischen Terror gegen die Bevölkerung ein Ende setzen?

Gelänge es den Banden, die wohl auch den Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako planten, in Mali Fuß zu fassen, könnten sie tatsächlich die Kontrolle über die gigantischen **Energieressourcen** der ganzen Region erlangen: In jüngster Zeit wurden im Raum von Mauretanien bis Niger große neue **Öl- und Gasfelder** entdeckt, an deren Ausbeutung vor allem die französische Total, die italienische ENI und die algerische SONATRACH (unter den weltgrößten Energiekonzernen auf Platz elf) beteiligt sind.
In Mali selbst gibt es **Gold, Diamanten und Phosphat**. Letzteres wird immer wichtiger für die weltweite Düngemittelproduktion. Und es gibt Hinweise auf erhebliche Ölund Gasreserven sowie auf Vorkommen von **Uran** in der Region um Kidal.

Damit schließt sich der Kreis: Wie in Mali, so gibt es in **Niger** ein Tuareg-Problem – und im ganzen Raum agieren AQMI & Co. Niger aber ist **der drittgrößte Uran-produzent** der Welt, Frankreichs über 80 Atomkraftwerke beziehen 70 Prozent ihres Brennstoffs aus Niger. Ausgebeutet wird das Uran unter unsäglichen Bedingungen für Mensch und Umwelt von dem halbstaatlichen französischen Unternehmen **Areva**, das sich auf seiner Homepage »größter Atomanlagenbauer der Welt« nennt.

Von Nigeria durch Niger und Algerien wird die riesige fast 4000 Kilometer lange **Transsahara-Gas- Pipeline** gebaut, die, finanziert von SONATRACH und Gazprom, von Nigeria zur algerischen Mittelmeerküste geführt wird. Der Sahel, und in seinem Zentrum Mali, ist daher von herausragender Bedeutung, zumal inzwischen auch **China** begonnen hat, in Niger Uran abzubauen: Die derzeitigen Geostrategien richten sich nicht nur auf die Kontrolle der Rohstoffe und ihrer Transportwege, sondern auch auf die Kontrolle der Fördergebiete und Transportwege der konkurrierenden Mächte.



Erstaunlich ist, dass in diesem Konflikt die **USA** bisher so gut wie nicht in Erscheinung treten: Mit **Africom** haben sie ein gewaltiges, offiziell eigens für die Terrorismusbekämpfung geschaffenes militärisches Instrument. Im Schlüsseljahr 2007 erklärten sie, ihre Ölzufuhr aus Afrika von damals 13 Prozent bis zum Jahre 2013 (!) auf 25 Prozent ihrer Gesamtimporte steigern zu wollen. Scheuen sie die Risiken eines zweiten Afghanistan in den endlosen Weiten der Wüste? Lassen sie Paris in einen unlösbaren Konflikt laufen, oder lernen sie aus den Misserfolgen von Africom, das in Mali vier Anti-Terror-Einheiten ausgebildet hat, von denen drei zu den Rebellen übergelaufen sind, während die Reste von Malis Armee sich selbst bekriegen?

Im Interessengeflecht um die Ressourcenkontrollen erscheinen jenseits des um Diskretion bemühten China neue Akteure: Seit der Arabellion treten die Staaten des Golf-Kooperationsrats unter Führung von **Saudi-Arabien** und **Katar** massiv in die Weltpolitik ein. Sie waren es, die jene Entschließung in den Sicherheitsrat einbrachten, die dann die Resolution 1973 und die Verhängung der »Flugverbotszone« über Libyen zur Folge hatte. Sie sind es, die in Ägypten und Tunesien für die Verbreitung des Wahhabismus und die Unterstützung salafistischer Gruppen sorgen und die dschihadistische Nusra-Front in Syrien unterstützen.

Katar, der neue militärische Partner Frankreichs am Golf, lässt der militantesten Gruppe MUJAO mindestens finanzielle Unterstützung zukommen. So versuchen **die arabischen Despotien**, sich als zentrale Macht in der aufscheinenden multipolaren Welt zu positionieren, die die Ressourcen unter der Erde zumindest der sunnitisch-islamischen Länder kontrolliert. Die gezielte Unterstützung von »Terroristen« wird zum Angelpunkt geostrategischer Planspiele – ebenso wie deren mit medialem Spektakel betriebene Bekämpfung.

Auszüge eines Artikels in der Zeitung „Neues Deutschland, 16. Februar 2013

Bild: http://www.tlaxcala-int.org/

Jürgen Todenhöfer

Al-Kaida in Mali und Syrien - Die Terror-Zyniker

Als der Westen in **Afghanistan** einmarschierte, nannte er als Ziel die Überwindung des internationalen Terrorismus. Erreicht hat er das Gegenteil.
Die Zahl der Selbstmordanschläge stieg nach dem 11. September 2001 weltweit um ein Vielfaches. Für jeden getöteten Terroristen standen Dutzende neue auf. **Antiterror-Kriege sind Terrorzuchtprogramme.**

In der muslimischen Welt wimmelt es inzwischen von nationalen Terroristen und ausländischen „**Wander-Dschihadisten**“. Finanziert werden sie vor allem durch private Organisationen in **Saudi-Arabien**. Diese wollen ihren wahhabitisch-salafistischen Radikal-Islam verbreiten, dem weltweit nur zwei Prozent der Muslime anhängen.
Anders als der Alarmismus westlicher Innenpolitiker vermuten lässt, blieb Europa vom Terror Al-Kaidas bisher weitgehend verschont. Laut Europol hatten 2010 nur drei von 249 vollendeten oder versuchten Terroranschlägen islamistische Beweggründe. 2011 war nicht einer der 174 Anschläge in Europa islamistisch motiviert. Die meisten Täter waren Separatisten und Linksextreme.

Trotzdem sollten wir die muslimische Welt mit ihrem Terrorproblem nicht allein lassen. Die **seit Jahrhunderten andauernde aggressive Politik des Westens gegenüber der muslimischen Welt ist schließlich Hauptursache dieser Seuche**. Palästina, Afghanistan und Irak sind nur die letzten Beispiele dieser verhängnisvollen Politik.

Al-Kaida braucht saudisches Geld

Wesentliche Mitverantwortung für die epidemische Ausbreitung des Terrorismus tragen seine Sponsoren am Golf. Ohne saudisches Geld könnte Al-Kaida nicht überleben. Doch der Westen wagt sich an dieses zentrale Problem der Terrorbekämpfung nicht heran. Er argumentiert, das saudische Königshaus habe mit den Terrorpaten einen mafiaähnlichen Pakt. Es bleibe nur so lange von Anschlägen verschont, wie es deren Kreise nicht störe. Seine Zurückhaltung gegenüber den Hintermännern des Terrors sei daher nachvollziehbar. Der Westen werde für sein Verständnis reichlich durch Erdöl entschädigt.

Doch Öl ist nur einer der Gründe, warum sich der Westen das Hinterland des Terrorismus, Saudi-Arabien, nicht zur Brust nimmt.
Der islamistische Terrorismus hat sich auch als nützlicher Vorwand zur Begründung offensiver Militäraktionen erwiesen.
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde er zum wichtigsten Feindbild der USA, nachdem der damalige Stabschef und spätere Außenminister Colin Powell 1991 noch geklagt hatte, ihm gingen die Schurken aus.

Wann immer der Westen Antiterrorkriege führt oder fordert, geht es um ganz andere Dinge. In Afghanistan um die zentrale geostrategische Position in Asien, im Irak um Öl, im Konflikt mit dem angeblich nuklearsüchtigen „Terrorstaat“ Iran um die Vorherrschaft im Mittleren Osten – und jetzt in Mali um Uran im Nachbarland Niger.
Wenn es in der Ex-Kolonie Französisch-Westafrika nur Sand gäbe, könnten sich Tuareg, Terroristen und Malier die Köpfe einschlagen, solange sie wollten. Paris würde nie intervenieren. Es weiß genau, dass sein „Antiterrorkrieg“ den islamistischen Terror letztlich nicht besiegen, sondern weiter anheizen wird.
Doch was heißt das schon gegen eine gesicherte Stromversorgung Frankreichs durch afrikanisches Uran?

Mehr Zynismus geht nicht

Den Gipfel des Zynismus hat die westliche Antiterrorpolitik in **Syrien** erklommen. Dort kämpfen mehr als 50.000 bewaffnete Rebellen gegen das Assad-Regime. 40.000 von ihnen sind nach Aussagen demokratischer Oppositioneller islamistische Extremisten. Mindestens 15.000 von ihnen bekennen sich zur **Al-Nusra**-Front, einem Al-Kaida-Ableger – unter ihnen Tausende ausländische Dschihadisten. Für Demokratie kämpft nur noch eine Minderheit der Rebellen. Bei einem Sieg der extremistischen Rebellen winkt kein demokratischer Musterstaat, sondern ein Emirat religiöser Fanatiker unter Beteiligung von Al-Kaida. Es wäre der größte politische Triumph von Al-Kaida seit Bestehen des Netzwerks.

Die syrischen Rebellen erhalten Geld und Waffen vor allem aus Saudi-Arabien und Katar. Saudi-Arabien beliefert hauptsächlich Al-Kaida, mit Wissen der USA. Der Westen hält der gesamten Rebellion – einschließlich Al-Kaida – politisch den Rücken frei. Er ist de facto Verbündeter Al-Kaidas. **In Mali gegen, in Syrien mit Al-Kaida – zynischer geht es nicht.**

Assad ist ein Diktator. Der König von Saudi-Arabien und der Emir von Katar sind es auch. Den USA sowie den Despoten von Saudi-Arabien und Katar geht es in Syrien nicht um Demokratie. Ihr Ziel ist die Ausschaltung eines wichtigen Verbündeten Irans, der ihnen in Folge des letzten Irakkrieges zu mächtig geworden ist. Dass dabei eines der liebenswertesten multiethnischen Völker Arabiens zerbricht, interessiert unsere „Weltstrategen“ nicht. Auch nicht, dass bei einem Sieg der Extremisten zwei Millionen Christen ihre Heimat verlieren könnten.

Chance für Verhandlungen

Es gibt sinnvolle Lösungen dieses tragischen Bruderkrieges. Den Schlüssel hierzu haben die USA. Sie müssten bereit sein, mit Assad zu verhandeln. Wie einst mit den Führern der Sowjetunion. Von denen hat Ronald Reagan nie verlangt, vor Friedensverhandlungen erst einmal zurückzutreten.

Die USA könnten die vom syrischen Volk so heiß ersehnte Waffenruhe durchsetzen, wenn sie die **Waffenlieferungen** Saudi-Arabiens und Katars für einen bestimmten Zeitraum **stoppen** würden. Russland könnte diesem Beispiel folgen. Der Waffenstillstand müsste für Verhandlungen Assads mit allen gesellschaftlichen Gruppen genutzt werden – einschließlich der Exil-Opposition und der syrischen Rebellen, die ihre Waffen niederlegen. Ziele wären die Bildung einer Übergangsregierung, die Erarbeitung einer demokratischen Verfassung, die auch die Minderheiten schützt, sowie die Vorbereitung international überwachter freier Wahlen.
Assad kann den Krieg noch lange führen. Alle, die seinen Sturz seit fast zwei Jahren „für übermorgen“ verkünden, haben sich geirrt. Sie täuschen sich möglicherweise auch über seine Zukunftspläne. Nach meiner Einschätzung ist er nicht übermäßig interessiert, 2014 erneut zu kandidieren – falls es zu einem fairen Friedensschluss kommt.

Kluge Verhandlungen haben noch immer eine Chance. **Es ist Zeit für eine Kurskorrektur des Westens. Er muss seinen zynischen Pakt mit Al-Kaida beenden.**

Zur Person: ***Jürgen Todenhöfer****, Jahrgang 1940, war von 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. In seiner Fraktion war er zunächst entwicklungspolitischer Sprecher, später war er für Rüstungskontrolle zuständig.* ***Seit 1980*** *besucht Todenhöfer wiederholt Krisengebiete in der islamischen Welt, so Afghanistan und den Irak sowie zuletzt Libyen, Syrien und den Iran. Er ist Autor des Buches „Feindbild Islam – Zehn Thesen gegen den Hass“.*

Artikel URL: http://www.fr-online.de/politik/al-kaida-in-mali-und-syrien-die-terror-zyniker,1472596,21596690.html

Attac Frankreich
Gegenmacht aufbauen
Ergebnisse des Kongresses und der Generalversammlung 2012/2013

__Alle drei Jahre wird die strategische Ausrichtung von Attac Frankreich überprüft und erneut bestimmt__. Bemerkenswert ist die Methode der strategischen Festlegungen: Dafür wird der __Orientierungsbericht__ des Verwaltungsrats __4 Monate__ vor dem Kongress veröffentlicht (erste Fassung des Berichts im August 2012 unter https://blogs.attac.org/assemblee-generale-2012-d-attac/article/pre-texte-d-orientation-d-attac). Es folgen dann Änderungsanträge von einzelnen Mitgliedern und von attac-Gruppen (S. vorigen Link); 46 Anträge sind vom Verwaltungsrat übernommen worden, 38 ganz oder zum Teil abgelehnt worden, vier sind allen Mitgliedern in der neuen Fassung des Orientierungsberichts vom 30.10.2012 __zur Abstimmung__ vorgelegt worden (https://blogs.attac.org/assemblee-generale-2012-d-attac/article/rapport-d-orientation-et).
Auf dem Kongress Anfang Dezember debattierten 200-300 Mitglieder u.a. über die strategische Ausrichtung, den Rechenschaftsbericht und die Finanzen.
Die von 2400 Mitgliedern per __Briefwahl__ angenommene Fassung des Orientierungsberichts haben wir übersetzt. (Ergebnisse der Briefwahl: https://blogs.attac.org/assemblee-generale-2012-d-attac/article/resultats-des-votes-de-l-assemblee)
Der Verwaltungsrat legt jedes Jahr den Mitgliedern auch einen __Aktivitätenbericht__ vor (s. Seite 25).
Attac Frankreich hat __ca. 10000 Mitglieder__ – in über 150 __lokalen Gruppen__, die dreimal im Jahr ihre Vertreter für eine nationale Versammlung schicken. Es gibt auch __thematische Kommissionen__ und einen __wissenschaftlichen Beirat__ .
Dem alle 3 Jahre gewählten __Verwaltungsrat__ gehören 14 Vertreter der Mitgliedsorganisationen und 21 Vertreter der Mitglieder. (zu den Strukturen von Attac Frankreich: http://www.france.attac.org/nos-structures-0)

Orientierungsrichtlinien

Der Bericht wurde den Mitgliedern im August 2012 vor einer neuen dreijährigen Mandatszeit des Verwaltungsrats vorgelegt. Zweck der Orientierungsrichtlinien ist es, die Analysen- und Handlungsperspektiven zu bestimmen, auf die sich Verwaltungsrat und die gesamte Organisation stützen werden.

Ende 2012 verschärft sich die globale Krise, weil die Antwort der Mächtigen auf sie überhaupt nicht angemessen ist. Sie ist die Gelegenheit, einen sozialen Rückschritt historischen Ausmaßes durchzusetzen. Die Verwüstungen, die von den Finanzmärkten und deren Profiteuren durchgesetzt wurden, zeigen leider, wie sehr die von Attac seit seiner Gründung vorgebrachte Diagnose stimmt. Die Besteuerung der Finanztransaktionen ist jetzt unumkehrbar, obgleich sie noch nicht umgesetzt ist. Das beweist, dass die Verwirklichung unserer Ideen vorankommt, aber deren Umsetzung zu spät erfolgt: **Veränderungen einer ganz anderen Größenordnung sind jetzt erforderlich, um die schlimmsten sozialen, ökologischen und demokratischen Katastrophen zu verhindern.**

Eine Welt im Umbruch

Der geostrategische Umbruch

Die Finanzkrise beschleunigte den Niedergang der **alten imperialen Mächte**, der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, selbst wenn sie, unter anderem mittels der **NATO**, weiter aggressiv ihre Interessen im Ausland verteidigen. Immerhin wurden sie durch ihr aufgeblähtes und explosives Finanzsystem geschwächt. Das Wachstum der **Schwellenländer** verlangsamte sich zumindest in einer ersten Zeit kaum, und ihre fortwährenden Handelsüberschüsse ermöglichten ihnen, ihr **Gewicht** innerhalb der Ökonomien der Länder des Zentrums zu **vergrößern**. Trotz des Ansteigens der Löhne in den Schwellenländern hält sich ihre Wettbewerbsfähigkeit und sie wächst sogar weiter, denn Qualität und Innovation ihrer Produktion steigen an. Aber die Art und Weise ihrer Entwicklung ist auf mittlere und längere Sicht unhaltbar. Auch könnten die kolossalen Ungleichgewichte der chinesischen Wirtschaft in eine ernsthafte Wirtschaftskrise münden. Vor allem stößt die von den Menschen gewünschte generelle Ausbreitung des westlichen Konsummodells schon heute an die **ökologischen Grenzen** des Planeten. Vielfältige Formen von Umweltverschmutzung, Erschöpfung der Ressourcen, Preisexplosion bei den Rohstoffen, Verschlechterung der Bodenqualität, Dürren, klimatische oder nukleare „Unfälle“ ... werden mehr und mehr die erhoffte Verbesserung des Konsumniveaus verlangsamen oder unmöglich machen. Die systemische Krise von 2007-2008 könnte wieder aufflackern, ohne die Schwellenländer zu verschonen. Auch sie sollten nach einem Weg für einen gerechten Übergang suchen.
Die **Volksaufstände** in den Ländern des **Maghreb und des Mashrek** ab Januar 2011 straften die Behauptung Lügen, nach der die Demokratie dieser Region fremd und sie zum Ertragen autoritärer Regime verurteilt sei. Sie brachten die These von der „Widerstandsfähigkeit“ der arabischen Ökonomien gegenüber der internationalen Finanzkrise zum Wanken. Diese miteinander zusammenhängenden Ereignisse haben das Feld politischer und ökonomischer Alternativen wieder geöffnet, nicht nur im Maghreb und im Mashrek, sondern auch in der Europäischen Union und darüber hinaus. Somit sind sie ein **Protest gegen den Neoliberalismus** unter seinen unterschiedlichen imperialistischen und neokolonialen Formen.
In **Frankreich** können wir uns über die Niederlage Nicolas Sarkozys freuen. Die Politik der Sozialdemokraten, die jetzt in Frankreich die Zügel in der Hand halten, stellt jedoch nicht die Weichen für einen Bruch mit der neoliberalen Ausrichtung der letzten dreißig Jahre: Es gibt nicht den Willen, eine andere Verteilung des Reichtums vorzunehmen; die europäischen Verträge (Maastricht, Lissabon, Europäischer Fiskalpakt) werden akzeptiert; Kürzungsprogramme werden aufgelegt, um zum Teil illegitime Schulden zu bezahlen; es werden mit Rücksicht auf die Finanzmärkte keine Steuerreformen durchgeführt.

Die sozialen Bewegungen auf nationaler Ebene, auf der Ebene der Europäischen Union und weltweit sollten also dringend gemeinsam eine **Gegenmacht aufbauen**,

ein Kräfteverhältnis, um sich einer Fortsetzung der neoliberalen Politik, deren Opfer die Bevölkerungen sind, zu widersetzen und sie zurückzuweisen.

Die Europäischen Union: richtungslos

In den letzten drei Jahrzehnten nahm die Europäische Union aktiv an der Organisierung eines ökonomischen Krieges weltweiten Ausmaßes teil. Mit Privatisierungen, Deregulierungen, Liberalisierungen befolgte sie die Regeln des **Washington Consensus**, sowohl bei der Definition der Regeln für die Union als auch in ihren Beziehungen mit Drittländern. Mit einer langen Serie von Verträgen, Richtlinien und Urteilen des Gerichtshofs oder durch nationale Politiken (Blair, Schröder zum Beispiel), die von der Europäischen Kommission gefördert wurden , wurde die Europäische Union zu einem Wirtschaftsraum, der mit der weltweiten Entfaltung der Globalisierung kompatibel und an sie angepasst ist..

Anstatt sich dieser Entwicklung **entgegenzustellen** oder zu versuchen sie zu „**regulieren**", nahm die Europäische Union aktiv an ihrer Verwirklichung teil.

Die Destabilisierung der europäischen Länder, darunter auch Frankreichs, mit abgrundtiefen Außenhandelsdefiziten, findet in den deutschen Außenhandelsüberschüssen ihre Entsprechung. Nach zwanzig Jahren neoliberaler Politik, u.a. auf dem Gebiet der Steuern, ließ die **Rezession** die öffentlichen Defizite und Schulden explodieren. Beschäftigung, Löhne und soziale Rechte werden überall in Frage gestellt. Das **Euro-Kartenhaus** - diese einheitliche Währung, die von Staaten eingeführt wurde, die sich auf ökonomischem Gebiet bekriegen - droht einzustürzen. Sein Auseinanderfallen wird die **soziale Krise** dramatisch verschärfen, die bereits besonders die prekär Beschäftigten betrifft, die Migranten, die Frauen, deren Stellung auf dem Arbeitsmarkt und deren Rechte besonders bedroht werden....

Es wird den **Aufstieg der extremen Rechten** Europas begünstigen, die bereits aus der in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreiteten Ablehnung der von der Globalisierung hervorgerufenen Schäden Nutzen ziehen. (1)

In diesem Kontext ist die **permanente Austeritätspolitik**, deren Wahrzeichen der **Fiskalpakt** ist, nicht in erster Linie ein auf einer schlechten Diagnostik beruhender Irrtum. Sie verwirklicht vielmehr ein von einer breiten Fraktion der Oligarchie getragenes **kapitalistisches Projekt,** das Projekt einer europäischen Strukturanpassung und eines fortgesetzten Strebens nach immer mehr Wettbewerbsfähigkeit. Diese wurde zu einem Dogma erklärt und ist ein Faktor der Gewalt, wovon die Verschlechterung der Arbeitsbeziehungen und der Beziehungen zwischen den europäischen Nachbarn jeden Tag ein wenig mehr zeugen.

Die von der Oligarchie geschaffenen **Institutionen der Europäischen Union** sind von Anfang an gleichzeitig das Resultat, der Träger und die **Triebkraft dieses Projektes.** Sie sind zutiefst antidemokratisch und schwächen die Souveränität der Völker. Es handelt sich hier um eine echte und unverantwortliche „**Schockstrategie**", die die Lohn- und Sozialkosten der Euro-Zone herunterdrücken soll, um die Rentabilität des Kapitals zu wahren und um abzusichern, dass die Reichen noch reicher werden. Auch wenn deswegen „laxe" Länder aus der Euro-Zone ausgeschlossen werden, Rechtsextreme in zahlreichen Ländern an die Macht kommen oder wenn deswegen sogar Europa zerbricht.

Sollte etwa auf den Wirtschaftskrieg wirklicher Krieg folgen?

Die Krise, die ökonomischen Ungleichgewichte und die durch diese erzeugte Verarmung verstärken das Risiko von Gewaltausbrüchen, ja sogar von Kriegen. Attac prangert diese neoliberalen Zauberlehrlinge an, die maßlose Militärausgaben, eine Verstärkung der Nuklearbewaffnung, die deren Weiterverbreitung begünstigt, sowie den Waffenhandel fördern.

Erster Arbeitsschwerpunkt: Das europäische Projekt neu gründen

Diese Europäische Union ist nicht unsere, es ist die der Oligarchien, von ihnen und für sie entworfen. Die Union und die Staaten, aus denen sie sich zusammensetzt, verachten die demokratischen Entscheidungen und wollen die Bevölkerung der Länder Europas und anderer vor den Finanzmärkten in die Knie zwingen. **Das muss aufhören.**

Jede emanzipatorische, solidarische und demokratische Politik, die auf die sozialen Notwendigkeiten und die Herausforderungen der Umwelt eingeht, kann nur durch einen **radikalen Bruch mit den herrschenden Regeln der EU** geführt werden. Das setzt sowohl auf nationaler wie auf lokaler Ebene voraus, dass die Regierungen sich von allen juristischen Zwängen, die liberale Politiken erzwingen, befreien müssen und dass nach allen möglichen Formen der **Zusammenarbeit** gesucht werden muss, um diese Zwänge auch auf europäischer Ebene zu beseitigen.

Gegen die Kürzungspolitik und die Falle der öffentlichen Verschuldung

Der freie Handel und der freie Kapitalverkehr haben begonnen, die Errungenschaften der Nachkriegszeit in der Entlohnung und im Sozialen abzubauen.

Heutzutage wird **die öffentliche Verschuldung instrumentalisiert**, um dem Sozialstaat in den Ländern der EU den Todesstoß zu versetzen.

Wie wir schon während des Kampfes gegen den **europäischen Verfassungsvertrag** gesagt haben, wird es heute offensichtlich, dass dieses europäische Konstrukt, das als **Mittler und Träger der Globalisierung** dient, immer deutlicher von den Völkern verworfen wird und einstürzen wird, wenn es nicht sehr schnell den Weg einer **radikalen Neubegründung** einschlägt. Es reicht nicht, wie manche europäische Föderalisten befürworten, die Staatsschulden gemeinsam zu tragen und die Quellen des europäischen Haushalts zu steigern und zugleich die Kürzungspolitik auf nationaler Ebene beizubehalten.

Man muss viel tiefer **mit der Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten brechen**, indem der **Zentralbank** ihre Rolle wiedergegeben wird.

Man muss **dem Freihandel eine Absage erteilen**, eine **Umverteilung der Reichtümer** durch eine ehrgeizige Steuerreform vornehmen und sich denjenigen europäischen Staaten widersetzen, die die Machenschaften der Finanzmärkte organisieren oder beschützen. (2)

Was anliegt, sind

- erstens die Finanzierung eines europäischen Plans des ökologischen Übergangs,
- zweitens die tiefgreifende Veränderung der Produktions- und Konsumtionsweise
- sowie drittens die Reduktion des europäischen ökologischen Fußabdrucks bei gleichzeitiger Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen.

Dazu müssen insbesondere die **Arbeitszeiten verkürzt,** die **öffentlichen Dienste** entwickelt und verbessert und eine EU-weite **Harmonisierung nach oben** beim Sozialrecht und bei den **Steuern** aus Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und höchsten Einkommen in Gang gebracht werden.

Unsere spezifische Verantwortung ist es, weiter die verlogenen Diskurse, die die Kürzungspolitik rechtfertigen, auseinanderzunehmen sowie die Menschen über die Natur der durch die aktuelle Politik privilegierten Interessen zu informieren und aufzuklären. Attac wird sein Vorhaben einer Volksbildung und des Aufbaus

einer gemeinsamen Front gegen die Kürzungspolitik verstärken, insbesondere durch eine Überprüfung der ***Verschuldung*** *(Audit) der öffentlichen Hand auf europäischer Ebene durch die Bürger. Diese Überprüfung sollte in die Vorschläge der sozialen Bewegungen zur Errichtung eines solidarischen Systems zur Finanzierung von grundlegenden sozialen und ökologischen Erfordernisse in Europa und der Welt münden.*

Kurzfristig müssen die antidemokratischen und antisozialen Regeln der EU abgeschafft werden, wie sie sich in der Ratifizierung des **Finanzpaktes** niederschlagen, indem die Souveränität der Völker herbeigeführt wird. Attac unternimmt alles, was zum Aufbau des europäischen Widerstandes gegen die neoliberalen Verträge und zur Durchsetzung der Forderung, dass die Völker direkt über ihr Schicksal entscheiden, beiträgt.
Wir wollen überall eine echte öffentliche Debatte über Ziele und Mittel **eines anderen europäischen Hauses** hervorbringen. Wir zielen letztlich auf die demokratische Ausarbeitung eines Vertrags zur Neubegründung des europäischen Hauses. Dieses darf nicht mehr dazu dienen, die Demokratie zu untergraben, sondern im Gegenteil durch massenhafte Kämpfe eine **demokratische europäische Souveränität** zu errichten.

Die Kräfte in Frankreich, in Europa und in der Welt zusammenführen

Die **Widerstände** der Gewerkschafts- und Bürgerbewegungen wachsen, die politischen Kräfte polarisieren sich mit dem Anstieg eines linken Widerstandes, aber auch einer aggressiven extremen Rechten. Das zeigt das Potential, aber auch die schweren Gefahren der Situation auf. Die **besitzenden Klassen** nützen zynischerweise die soziale Unsicherheit und die Angst aus, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Freiheitsbedrohende, die Überwachung verstärkende und rassistische Maßnahmen bringen die Bürgerrechte in Gefahr. Die Respektierung der Rechte der Migranten und **gleiche Rechte für alle** – ob Migranten oder nicht - ist in jeder Gesellschaft eine Notwendigkeit für alle.
Die ***besondere Aufgabe von Attac*** *in Verbindung mit seinen Gründungsorganisationen ist es, in Frankreich, in der EU und in der Welt die* ***Zusammenarbeit der Kräfte zu bestärken****, die die ökologische Verantwortung, die soziale Gerechtigkeit, die Gleichheit zwischen Frauen und Männern und Demokratie siegen sehen wollen gegnüber der Konkurrenzfähigkeit, dem Produktivismus und dem Gesetz des Profits.*

In **Frankreich** begrüßen wir natürlich die Niederlage von Nicolas Sarkozy, dem zynischen und brutalen Präsidenten, aber der Antritt einer Regierung mit sozial-liberaler Orientierung verändert keines-falls unser Verhältnis zur Politik. **François Hollande** und seine Regierung geben vor, auf europäischer Ebene die Kürzungspolitik zu dämpfen, die sie auf nationaler Ebene akzeptieren, ohne die Herrschaft der Finanzmärkte in Frage zu stellen. Das geht nicht zusammen. Es ist uns bewusst, dass in der Geschichte wesentliche demokratische und gesellschaftliche Fortschritte stets Ergebnis von starken sozialen und autonomen Bewegungen waren. Unter strikter Bewahrung unserer Autonomie fahren wir fort, die Regierenden und die Institutionen herauszufordern, Druck auf sie auszuüben, die Aktionseinheit der Verbände, Gewerkschaften und der politischen Organisationen zu stärken, indem das verbindende und vermittelnde Handeln von Attac in den lokalen Netzwerken genutzt wird.

Den nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen können wir am besten entgegentreten, indem wir uns auf die **internationale Solidarität** stützen, auf die gemeinsamen Kämpfe der Völker gegen die Hegemonie der Finanzwelt. Das trifft besonders in der **EU** zu: Die Krise lässt sich nicht durch Ausschluss der Griechen oder der Deutschen lösen, sondern nur durch eine Neugründung der EU dank eines zunehmenden Widerstandes in der Bevölkerung, der sich in verschiedenen Ländern gegenseitig verstärkt. Die **alternative Linke in Griechenland** ist genau dadurch stark geworden, dass sie sich auf die sozialen Kämpfe gestützt hat und nicht einen Ausstieg aus dem Euro anstrebt, sondern eine Neugründung des Euro zusammen mit anderen europäischen Völkern.

Attac Frankreich wird seine Analysen und seine Aktionen mit denen der anderen Attac-Verbände in Europa vernetzen, dies insbesondere durch europaweite Kampagnen und die nächste gemeinsame Sommeruniversität. Die Attac-Verbände in Europa werden weiter am Aufbau von gemeinsamen Handlungsfeldern auf europäischer Ebene arbeiten (Initiativen zu bürgerschaftlichen Audits, Joint Social Conference, Altersummit ...), die darauf zielen, die Dynamik des europäischen Sozialforums zu beleben und auszuweiten.

Die "**Empörten**", "Occupy" und andere studentische und Bürgerbewegungen sind ihrerseits der Anfang einer **weltweiten demokratischen Erhebung** von einer Dimension zum Ausdruck, die hoffentlich ebenso bedeutsam wird wie die 1968er-Bewegung. Diese Bewegungen weisen auf das Entstehen einer **radikalen Kritik in der Jugend** an diesem ungleichen und räuberischen System hin. Sie werfen die Frage einer neuen gesellschaftlichen Organisation auf, die auf allen Ebenen demokratisch sein soll - ein **alternatives soziales System zum Kapitalismus**, dessen Unfähigkeit offenkundig wird, die sozialen und demokratischen Versprechen einzulösen, die den Völkern gegeben wurden, und die ökologische Frage anzugehen. Diese Bewegungen werden mit denen der Revolutionen der arabischen Länder und mit den sozialen Bewegungen auf der gesamten Welt während des **Weltsozialforums in Tunesien** im März 2013 zusammenkommen: Dieses Forum stellt eine wesentliche Etappe für Attac Frankreich dar, das sich dort mit den anderen Attacs einbringen wird, insbesondere mit dem **Netzwerk der Attac-Verbände in Afrika**.
Die Kämpfe um die Freizügigkeit, den Zugang zum Recht, zur Staatsbürgerschaft und für die Niederlassungsfreiheit, nehmen teil am Aufbau einer solidarischen Sozialbewegung im Norden und im Süden.

Der Kapitalismus führt Frontalangriffe gegen die Arbeiterschaft durch. Er versucht, die Beiträge zu den Sozialversicherungen als Institutionen der Arbeitnehmer zu schwächen. Diese sind jedoch Errungenschaften der Werktätigen. Die Umsetzung des Programms des "Nationalrats der Résistance" nach dem zweiten Weltkrieg war ein Sieg der Arbeiterbewegung. Sehr schnell hat das Kapital diese Errungenschaften angegriffen. Die "Macht des Geldes" hat immer schon nicht nur Institutionen der Arbeitnehmer zu zerstören versucht, sondern auch diejenigen Institutionen des Staates, die seine Vorherrschaft in Frage stellen könnten:
- der MEDEF (Arbeitgeberverband) fordert lauthals die Senkung der Beiträge zu den Sozialversicherungen.
- Die Finanzierungsstruktur des Staatshaushalts, die nach dem zweiten Weltkrieg eingerichtet wurde - nach der Verstaatlichung der Bank von Frankreich (Zentralbank) und der wichtigsten Banken Frankreichs – wurde durch Mechanismen der Finanzierung durch die Märkte, durch die „Vermarktung des Staates“ ersetzt.
Alle im weiteren Sinne staatlichen Institutionen oder die der Arbeitnehmer bilden den **Sozialstaat**. Seine Schwächung muss bekämpft werden durch die **Stärkung** der

Institutionen der Arbeitnehmer und die Stärkung des Staates, der Gebietskörperschaften, der Sozialversicherungskassen, der öffentlichen Dienste und der strategischen Bereiche (Landwirtschaft, Gesundheit, Energie, Bildung und Erziehung, Kultur, Bürgeraktivitäten und Politik...) in Bezug auf Finanzierung und Haushalt. Die **Löhne** und die Beiträge für die **Arbeitslosen** müssen strukturell abgesichert werden durch **neue Arbeitsinstitutionen, die vom Diktat des Arbeitsmarktes losgelöst** sind. Die Emanzipation bleibt ein hohles Wort, solange die Arbeiter jegliche Arbeit akzeptieren müssen, weil sie keine finanzielle Sicherheit haben. Dazu ist eine gemeinsame Arbeit mit den Akteuren nötig, die schon auf diesem Feld tätig sind, darunter die Gewerkschaften, das Netzwerk der Lohnabhängigen (http://www.reseau-salariat.info/) und das europäische Institut der Lohnabhängigen. (http://www.ies-salariat.org/) (3)

Zweiter Arbeitsschwerpunkt: Sich für die ökologische und soziale Wende hier und jetzt einsetzen

Die Dringlichkeit der ökologischen Wende

Die soziale Unsicherheit und die ökologische Krise verschärfen sich weiter und bedrohen kurz- und mittelfristig die Existenz von hunderten Millionen Personen und letztendlich die gesamte Biosphäre. Die Abhängigkeit von importierten f**ossilen Brennstoffen** belastet die Haushalte der einfachen Leute, vergrößert die europäische Verschuldung und bedroht das Weltklima. Die Entscheidung für die **Atomkraft** lastet gar auf der Existenz des Planeten. Die Verteidigung und Aufrechterhaltung einer zivilen und militärischen Nuklearindustrie wird auf Kosten und unter Verachtung der Bevölkerungen durchgeführt, die deren direkte Opfer sind.
Die neoliberalen Antworten, "grünes Wachstum“ und **pseudo-„grüne Ökonomie"**, wollen die Vermarktung und Monetarisierung der natürlichen Ressourcen vorantreiben. Es wird erzählt, dass u.a. die Ausbeutung von Gas- und Erdölvorkommen in Schiefer die Abhängigkeit der westlichen Länder von den erdölexportierenden Ländern verringern sollen. Das ist falsch und absolut nicht auf der Höhe der zu lösenden ökologischen Probleme.
Angesichts dieses reinen Wahnsinns ist es entscheidend, dass die ökologische Bewegung ihre **Kritik am Produktivitätsdenken** vertieft und diese mit der Kritik am Finanzkapital verbindet. Sonst würden uns die Fata Morgana der "ökologischen" Finanzmärkte und die technisch-wissenschaftlichen Wahnvorstellungen in eine dramatische Sackgasse führen.
Es ist auch notwendig, dass die Gewerkschaftsbewegung das Produktivitätsdenken und Wachstum um jeden Preis eindeutig verwirft, indem sie sich für einen geteilten und sparsamen Wohlstand einsetzt, der Arbeitsplätze und nützliche Reichtümer schafft, unter Respektierung der Grenzen des Planeten.
Im Gegensatz zum produktivistischen Modell setzen wir uns für eine Entwicklung von Aktivitäten ein, die der **Verbesserung und der Befriedigung von sozialen und ökologischen Bedürfnissen dienen:** Öffentliche Dienste der Bildung und Erziehung, der Gesundheit, der Kultur, des Wohnungswesens, der Wasserversorgung, der sozialen Sicherung, Investitionen in die erneuerbaren Energien... .
Diese Entwicklung der Aktivitäten im Dienste des Menschen, seiner Emanzipation, die die Gleichgewichte der Biosphäre respektieren, setzt ein **Entwicklungsmodell** voraus, **das mit dem Kapitalismus bricht.** Die Debatten um die Themen des Wachstums, der “décroissance” (Schrumpfung) und eines anderen Entwicklungsmodells muss innerhalb von Attac fortgesetzt werden, zusammen mit der Unterstützung der Transition -Initiativen. (4)
Die besondere Rolle von Attac ist es, daran zu erinnern wird, dass jede nachhaltige Alternative zur Sozialkürzungspolitik die ökologische Dimension in ihrem Kern beinhalten muss. Wir müssen die **Lügen ihrer „grünen Ökonomie“ entlarven** und die **Zusammenschlüsse** zwischen den sozialen und ökologischen Bewegungen voranbringen, insbesondere mittels der Sozialforen und bei den Gipfeltreffen der Völker. Wir arbeiten an der Verbindung der lokalen Kämpfe - beispielsweise gegen den Flughafen von Notre-Dame-des-Landes, gegen das Schiefergas und das Fracking, gegen den Landraub (land-grabbing) oder zur Verteidigung des Wassers als Gemeingut - mit den globalen Kämpfen, z.B. die Mobilisierungen anläßlich von Kopenhagen oder von Rio+20.
Wir arbeiten daran, eine **gemeinsame Agenda für die sozialen und ökologischen Bewegungen** zu erstellen, mit dem Ziel des Ausstiegs sowohl aus der Atomenergie als auch aus den fossilen Energien, der Zähmung des Finanzsektors und der demokratischen Beherrschung der Produktion und der Wirtschaft, indem neue Instrumente zur Regulierung und zur Kontrolle geschaffen werden, und zwar auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Rückkehr auf die lokale Ebene, um anders zu leben und zu entscheiden

Die Ablehnung des In-Konkurrenz-Setzens der Arbeitskräfte im ökonomischen Weltkrieg hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Debatten befeuert, insbesondere um die Themen der **De-Globalisierung** und des Protektionismus. Die **G 20 und die EU** haben nicht aufgehört, ihre Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung fortzusetzen, indem sie die bilateralen Abkommen vermehrt haben, um die Lähmung der Welthandelsorganisation zu umgehen.
Die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen gegenüber dem sich ausbreitenden freien Handel und gegenüber der globalisierten Finanzwelt ist eine echte Sorge der Bevölkerung. Das **Schutzbedürfnis** wurde auch durch die extreme Rechte mittels lügnerischer und nationalistischer Begriffe **instrumentalisiert**. Die Rückkehr der Produktion auf die lokale Ebene (**Relokalisierung**) bringt nicht die Völker gegeneinander auf, sondern ist ein Mittel, um neue Formen der **Zusammenarbeit** bei Produktion und Verbrauch zu definieren, die umfassend die Demokratie, die sozialen Bedürfnisse und die Begrenztheit der Erde berücksichtigen.
Die Rolle von Attac besteht darin, die konkreten Schritte dorthin zu entwickeln, im Geiste internationaler Solidarität und der Offenheit gegenüber der Verschiedenheit der Völker der Erde, ihrem überlieferten Wissen, ihrer Würde und ihrem Wunsch, ihre eigene Entwicklung selbst zu leiten und zu beherrschen. Es handelt sich ebenso darum, mit jenen Denkmustern zu brechen, die die supranationalen Institutionen der liberalen Globalisierung propagieren.

Der Übergang hat schon begonnen

Es entstehen bereits tausende von Initiativen auf lokaler Ebene, um den ökologischen und sozialen Übergang zu beginnen. Entschleunigte oder sich im Übergang befindliche Städte, bäuerliche ökologische Landwirtschaft, kurze Wege, lokale Tauschsysteme für Produktion und Wohnen auf genossenschaftlicher Basis, solidarische Finanzsysteme, Ergänzungswährungen, Bewegungen für freie Software nehmen Formen nachhaltiger Produktion vorweg, welche auf Solidarität und Demokratie gegründet sind. Diese Innovationen zeigen, dass eine andere Ausrichtung der Produktion, des Finanzwesens und des Handels möglich und effektiver ist , weil humaner als die Logik des Profits. Sie

müssen die Schritte zur Demokratisierung und Vergesellschaftung der Banken und Unternehmen prägen, welche notwendig sind, um die wirtschaftliche Entwicklung in nachhaltige Bahnen zu leiten.
Die spezifische Rolle von Attac ist es, diese lokalen Initiativen bekannt zu machen, deren Aufgreifen durch die Bürger zu unterstützen, ihre gesellschaftsverändernde Kraft aufzuzeigen, sie mit den Aktivitäten zur grundlegenden Umwandlung der Gesellschaft zu verknüpfen sowie ihre Entwicklung zu unterstützen und daran mitzuwirken.

Dritter Arbeitschwerpunkt: Die Demokratie in die Kommandoposition bringen

Demokratie als Mittel und als Ziel

Wir sind davon überzeugt, dass die Demokratie, d.h. die Fähigkeit der Bürger, über ihre Angelegenheiten zu beraten und zu entscheiden, den Kern aller Handlungen für eine Umgestaltung der Gesellschaft und zum Erhalt der Natur ausmacht.
Die Oligarchie hat die Entscheidungen an sich gerissen, was ihr erlaubt, die sozialen Rechte und die Ökosysteme zu zerstören oder Kriege zu entfesseln. Das politische Personal und die Verantwortlichen des Staates sind in ihrer großen Mehrheit, ob aus Interesse oder aus Überzeugung, Gefangene der neoliberalen Ideologie.
Darum wird eine soziale und ökologische Umwandlung auf Dauer nur möglich sein, wenn Bürger und Bürgerinnen ihre eigenen Angelegenheiten auf lokaler, nationaler, europäischer und Weltebene wieder an sich reißen. Dies setzt eine grundlegende Neugestaltung der Partizipationsmechanismen am wirtschaftlichen und politischen Leben voraus, politische Anstrengungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter und eine echte Demokratisierung von Wirtschaft und Politik.

Attac kommt dabei die Rolle zu, zur Entwicklung und Erprobung von Formen gesellschaftlicher und politischer Kontrolle und der Vergesellschaftung von Unternehmen und Einrichtungen beizutragen. Auf dem Gebiet des demokratischen politischen Handelns setzen wir uns für die Schaffung von Mechanismen ein, die eine direkte Beteiligung der Bürger an sie betreffenden Entscheidungen erlauben sowie eine tatsächliche Kontrolle ihrer Vertreter. Dies geschieht durch die Entwicklung neuer demokratischer Verfahren, die nicht ausschließlich in der Repräsentation bestehen und die zu diesem Zweck Wahlen mit weiteren Arten der Bestimmung von Verantwortlichen verbinden: Direkte Demokratie, Auslosung, freiwilliger Dienst etc. ...

Aus Attac ein demokratisches Labor machen

Organisationen, welche wie Attac eine soziale Umwälzung anstreben, haben eine entscheidende Aufgabe vor sich, die nur von ihnen selbst abhängt: Selber diesen **Demokratisierungsprozess** zu **praktizieren**. Wir tragen dazu bei, indem wir mit innovativen Formen der Beteiligung der Mitglieder an dem internen Leben unserer Organisation experimentieren und die Aktivisten und die Gesamtheit der Gewählten noch mehr in die Entwicklung und Durchführung unserer Kampagnen einbeziehen. Gleichzeitig müssen wir die Art unserer **Kommunikation** besser an die vielfältigen Erwartungen der Bürger aller Schichten anpassen.
Daher müssen wir ein Konzept zur **Volksbildung**, die oft wie eine Bildung des Volkes durch die Wissenden gehandhabt wird, mit Prozessen der gemeinschaftlichen **Selbst-Bildung** verzahnen, durch die die Bürger gemeinsam „kollektives Wissen" erarbeiten können.
Zudem ist wichtig, dass Attac sich für eine Einbeziehung aller Teile der französischen Gesellschaft einsetzt, um eine auf Gleichheit beruhende Gesellschaft zu fördern.
Um die praktische Umsetzung der Volksbildung voranzubringen, könnten wir uns von anderen Bewegungen anregen lassen, die bereits ausgedehnte Praxis und Erfahrung hierin besitzen und mit ihnen kooperieren.

Nach mehreren Jahrzehnten der Vorherrschaft des Neoliberalismus lassen sich Alternativen dazu nur auf einer neuen ideologischen und kulturellen Grundlage aufbauen, die von einer gedanklichen Vielfalt gespeist wird. Unsere Aufgabe besteht darin, einen Raum zur Verfügung zu stellen für **Debatten** zwischen Personen und Bewegungen mit unterschiedlichen Horizonten, wo über wesentliche Fragen der Gesamtheit der sozialen Bewegungen debattiert wird. In dieser Hinsicht müssen wir den wissenschaftlichen Beirat erweitern und vielseitiger gestalten, unsere Verknüpfungen mit den Gründungsorganisationen von Attac verstärken und die Aktivierung des Gründungsrats (Collège des fondateurs) fördern.

Zahlreiche Debatten sind nicht endgültig entschieden und sind daher fortzuführen. Z.B: Wohlstand mit oder ohne Wachstum; Maßnahmen der Rückführung der Produktion auf die lokale Ebene; Bedeutung der Gemeingüter; Modalitäten der Energiewende; Werkzeuge für eine echte Demokratie; Modalitäten des Bruchs mit den liberalen Politikkonzepten... .

Die aufkommenden Bürgerbewegungen, wie die der Empörten oder Occupy, erneuern die Formen des Widerstands und hinterfragen unsere **eigenen Handlungsweisen.** Wir werden daran arbeiten, vielfältige und attraktive Mobilisierungsformen zu schaffen, die die Beteiligung der großen Mehrzahl erlauben und die Popularisierung unserer Ideen fördern. Dabei werden wir uns insbesondere der sozialen Netzwerke und der alternativen Medien bedienen. Wir werden politische Aktionen im Zusammenhang mit unseren Forderungen entwickeln (Besetzungen der Schaltzentren der Finanzwelt, Cyberaktionen...), mit einem Austausch der bereits bestehenden Erfahrungen und mit dem Training in diesen Aktionsformen.
Die in den letzten zwei Jahren entstandenen **sozialen Bewegungen** haben sowohl die Landschaft der kämpfenden sozialen Kräfte als auch die Formen des Handelns und des kämpferischen Engagements grundlegend **erneuert**. Dies ist eine **Chance** für die altermondialistische Bewegung (Bewegung für eine andere Welt). Mittels des **Sozialforums** in Tunis, welches den Bewegungen wie den Empör ten/Occupy offensteht, kann die Verbindung mit diesen neuen Generationen gesucht werden. Dieses Treffen und auch der "Gegengipfel der Völker" zum Gipfeltreffen Rio+20, sind wichtige Momente für die Erneuerung und die Umgestaltung der altermondialistischen Bewegung, innerhalb der Attac ein engagierter Akteur bleiben wird.
Um diese Projekte zum Erfolg zu bringen, benötigen wir **die ganze Bandbreite** der sozialen Schichten und alle Generationen. Attac, ebenso wie andere Organisationen der sozialen Bewegung in Frankreich, bleibt gekennzeichnet durch ein krasses Ungleichgewicht zwischen den Generationen. Jedoch ist dies bei anderen Attac-Verbänden nicht so der Fall. In Verbindung mit **Attac Campus** und dem kürzlich gegründeten **Netzwerk der Jugend** streben wir danach, dass viel mehr junge Leute in Attac einen Ort finden, wo sie ihren Revolten einen Sinn verleihen können.
Mehr als jemals ist dringendes Handeln auf lokaler wie auf globaler Ebene geboten, um uns gemeinsam die Zukunft unserer Welt wieder anzueignen.

Fußnoten

(1) der Änderungsantrag Nr. 1 wurde abgelehnt: *"*Folgenden Satz streichen: *„Es wird den Aufstieg der extremen Rechten Europas begünstigen, die bereits aus der in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreiteten Ablehnung der von der Globalisierung hervorgerufenen Schäden Nutzen ziehen."*Begründung: Im Gegensatz dazu ist es in Griechenland gerade die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in der Euro-Zone um jeden Preis, die zum Aufstieg der extremen Rechten führt." *Der Verwaltungsrat ist gegen diesen Abänderungsantrag.* Begründung: Schwere Krisen verstärken nationalistische Tendenzen. Die Explosion der Europäischen Union mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die sie nach sich ziehen würde, könnte nationalistische und fremdenfeindliche Tendenzen in dramatischer Weise verstärken.

(2) Der Änderungsantrag Nr. 2 wurde abgelehnt:
"Nach "dem Freihandel eine Absage erteilt wird" *noch hinzufügen* "was protektionistische Maßnahmen für unsere Sozialsysteme als auch für unsere Ökonomie beinhaltet". *" Der Verwaltungsrat ist gegen diesen Änderungsantrag.* Attac verteidigt glühend die Sozialsysteme. Darüber hinaus ist die Verteidigung der französischen Wirtschaft mittels protektionistischer Maßnahmen zu allgemein und kann als nationalistischer Rückzug verstanden werden. Attac hat bisher sich für eine Rückverlagerung auf die lokale Ebene eingesetzt, was in der dritten Arbeitsschwerpunkt weiter unten verdeutlicht wird.

(3) Der Abschnitt *"Der Kapitalismus führt Frontalangriffe..."* wurde auf der Grundlage eines Änderungsantrags hinzugefügt.

(4) Dieser Abschnitt wurde auf der Grundlage eines Änderungsantrags hinzugefügt, *"um den Wachstumstyp und das Entwicklungsmodell, das wir wollen, zu definieren."* (Antragssteller)

Übersetzung: Coorditrad (Jürgen Janz, Bruno Nieser, Hans-Hermann Bohrer) , SiG-Redaktion

Aktivitätsbericht für 2011/2012, *für die Vollversammlung am 10.2. vorgelegt - Zusammenfassung*

1. Für ein solidarisches Europa, nein zur Kürzungspolitik.

Hauptaktivitäten von attac Frankreich:
- Herbst 2011: Initiative von Attac zur Bildung eines Bündnisses **„Für ein Schuldenaudit"** (http://www.audit-citoyen.org/ , s. SiG Nr.95), Mitarbeit vieler Attac-Mitglieder, um die Bildung von lokalen Komitees zu fördern und die Mobilisierung auf nationaler Ebene gegen die Kürzungspolitik zu stärken.
- Kampagne gegen den **Fiskalpakt**, denn mit der Ausrede, den Euro retten zu wollen, wird ein umfangreiches Strukturanpassungsprogramm durchgeführt, das die sozialen Errungenschaften zunichte machen soll. Demgegenüber *„ist die möglichst breite Aktionseinheit notwendig, um Resignation oder Angst zu begegnen."* - Viele Veranstaltungen gegen den Fiskalpakt im Sept./Okt 2012, Demonstration am 30.9.2012 …....
- **europaweite Mobilisierungen**: internationale Versammlung in Paris *„Ihre Schulden, unsere Demokratie"* am 15.1.2012 (s. http://www.france.attac.org/dossiers/leurdette-notre-democratie); Versuch, zwischen der Occupy-Bewegung und den sozialen Bewegungen Verbindungen aufzubauen (Teilnahme an dem Aktionstag der Indignados am 15.10.2011 und vor allem an Blockupy in Frankfurt, Mai 2012); Teilnahme an mehreren Versammlungen auf der europäischen Ebene. *„Zurzeit erscheint uns das Alter Summit Projekt als die wichtigste Initiative um voranzukommen." „In diesem Jahr besteht die größte Herausforderung darin, europaweit für eine Politik zu mobilisieren, die mit dem neoliberalen Europa bricht und dafür zum Zusammenschluss und Erweiterung der Kräfte beizutragen (Florenz 10+10, Altersummit, Tribunal über die Krisenverursacher,...)*; Vorbereitung einer europäischen Sommeruniversität 2014.

2. Aufbau von internationalen Zusammenschlüssen gegenüber der globalen Krise:
- Durchführung eines **Gegengipfels zu dem G20-Treffen** in Nizza im November 2011. Mit nur rund 10 000 TeilnehmerInnen war dieser Gegengipfel nicht vergleichbar mit früheren Kampagnen. Jedoch will attac weiterhin an solchen Aktionen teilnehmen, um gegen die Hegemonie des Neoliberalismus vorzugehen.
- Vorbereitung des **Weltsozialforums** in Tunis.

3. Verbindung der ökologischen und sozialen Frage, des Lokalen mit dem Globalen:

– Wir haben uns gegen die Verwandlung der natürlichen Ressourcen in Waren und für Gemeingüter eingesetzt, indem wir an der Klimakonferenz in Cancun, an der Gegenkonferenz Rio+20 teilgenommen haben; außerdem haben wir das Buch verfaßt „Die Natur hat keinen Preis – die Irrtümer der Grünen Wirtschaft"

– Zum Thema Wasser haben wir mehrere erfolgreiche Aktivitäten auf lokaler Ebene – öfter in einem Aktionsbündnis – durchgeführt, damit die Wasserversorgung rekommunalisiert wird, und wenn das nicht gelingt, dass dann zumindest bessere Verträge durchgesetzt werden. Wir haben einen Beitrag geleistet für die Durchführung des Alternativen Forums für das Wasser in Marseille, März 2012.

– Wir haben am Widerstand gegen den Bau eines Flughafens in der Nähe von Nantes (Notre-Dame-des-Landes) (1) teilgenommen und am zweiten europäischen Forum gegen die unnützen Großprojekte (Juli 2012). *„An Attac richten sich große Erwartungen wegen ihrer globalen Analysen, der Weitergabe von Informationen dank ihrer breiten Vernetzung, des Medieneinflusses und des Vertrauens, dass keine Ausnutzung für eigene politische Zwecke stattfindet.*

– Die Energiewende haben wir als ein wesentliches Aktionsfeld angesehen, da die Ausrichtung der Energieversorgung viele Auswirkungen auf die Produktion, den Konsum, die strategische Sicherung des Zugangs zu Ressourcen und auf den Klimawandel hat. Dazu haben wir am Aufbau einer europaweiten Vernetzung zum Gaz- und Ölfracking beigetragen. Außerdem haben wir mit Netzwerken zusammengearbeitet, um den Atomausstieg zu fordern. Wir haben auch Debatten über die Dezentralisierung der Energieproduktion und -versorgung und über die Strukturen einer öffentlichen Energieversorgung angestoßen.

4. Leben der Organisation
- Gewinnung von neuen Mitgliedern, insbesondere von jungen Leuten durch Attac Campus und Netz von Jugendlichen, aber auch durch mehr Aktionen;
- Durchführung der Sommeruni mit 800 TeilnehmerInnen, vom Altervillage (Alternatives Leben – selber organisieren);
- Neuorganisierung der Geschäfsstelle mit 5 bezahlten (Teilzeit)stellen;
- Stärkung von demokratischen Verfahren, insbesondere bei der Vorbereitung des Kongresses und der Vollversammlung;
- Fortführung der nationalen Versammlungen der Ortgruppen – dreimal jährlich -, auf denen Kampagnen beraten und vorbereitet werden aber auch manche neue Initiativen entstanden sind.
- Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats haben sich am Verfassen von Aufklärungsmaterialien beteiligt, an manchen öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen und in den Medien Position bezogen. Der Beirat veröffentlicht mehrfach im Jahr einen Brief mit eigenen Beiträgen und weiteren Dokumenten.

(1) Fotos: http://www.medelu.org/Notre-Dame-des-Landes-un-reportage

Aktuelle Schwerpunkte von Attac Frankreich: Die Austeritätspolitik ist kein Schicksal: http://www.france.attac.org/sortir-du-piege-de-la-dette / gegen das Bankensystem ; Kontrolle der Banken durch die Bürger: http://www.france.attac.org/a-nous-les-banques / Die Natur hat keinen Preis s: http://www.france.attac.org/nature

Attac Frankreich in SiG 14, 28, 42, 52, 58, 63, 66, 80, 88.

Attac Frankreich hat 2005 in Frankreich erheblich zum Erfolg des **"Neins" zu der EU-Verfassung** beigetragen**: S. SiG 38, 43, 44**

Für einen europäischen Frühling – Aktionstag am 13./ 14.3.

Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat ! – Aktionsaufruf gegen den EU-Gipfel

Der Appell „Für einen europäischen Frühling" ist ein Aufruf zu Aktionen, **Streiks und Demonstrationen in ganz Europa am 13. März** sowie zu einer gesamteuropäischen Demonstration und kreativen Aktionen in **Brüssel am 14. März.** Wir richten uns gegen den EU-Gipfel am 14. und 15. März, bei dem sich die europäischen Regierungschefs versammeln, um das EU-Krisenmanagement immer weiter zu verschärfen.

Massive Angriffe auf Wohlfahrtstaat und Demokratie, auf soziale und demokratische Rechte sind die bisherigen Antworten auf die ökonomische und politische Krise in der EU. Gelungen ist dies durch das beispielslose Aushebeln demokratischer Spielregeln. Diese Politik schlägt sich nieder in EU Spardiktaten, Forderungen nach tiefen Einschnitten im Sozialen und Versuchen, die hart erkämpfen Arbeitnehmerrechte zu schwächen und auszuhebeln.

Dieser Kurs ist gefährlich und zutiefst ungerecht. Er muss gestoppt und aufgehoben werden! Diese Politik dient der Rettung der großen Banken und Konzerne, aber wir, die große Mehrheit, wird dazu verdammt, die Zeche der Privilegierten zu zahlen.

Überall in Europa kämpfen Menschen gegen diese Politik – mit Streiks, Demonstrationen, Aktionen, Versammlungen. Diese Kämpfe sind unsere Kämpfe. Wir verurteilen die gewaltsamen Versuche, sie zu unterdrücken. Jetzt ist der Zeitpunkt für Solidarität über alle Grenzen, Branchen und Sektoren hin-weg. Jetzt ist der Zeitpunkt eine Kraft aufzubauen, die wirkliche Demokratie und soziale Gerechtigkeit schafft. Wir wollen eine Gesellschaft errichten, in der ganz andere Lösungen vorgeschlagen und von allen diskutiert werden können. Ganz andere als die, die von den Eliten verteidigt und von der EU durchgedrückt werden.

Wir rufen auf zu Aktionen, Streiks und Demonstrationen am 13. März an allen Orten in Europa als Teil einer Woche des europäischen Widerstands. Wir rufen auf zu einer Massenmobilisierung am 14. März nach Brüssel gegen den EU-Frühjahrsgipfel. Wir werden den Herrschenden zeigen, dass unsere wachsende Bewegung früher oder später stark genug sein wird, um den Kurs in Europa in unser aller Interesse zu ändern.

- Abschaffung aller Kürzungsdiktate und -Gesetzgebungen der EU!
- Für eine ökologische Wende!
- Entwaffnet die Finanzmärkte!
- Wir schulden nichts, wir zahlen nicht!
- Feuert die Troika, nicht die Menschen!

http://foraeuropeanspring.org/de/fur-einen-europaischen-fruhling

Mobilisierungsvideo für den 13. März – mit entlarvenden Beiträgen von Mitglieder der EU-Kommission u.a.
http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=W06ADwyceGc#!

Aktionen von Attac Österreich:
http://www.attac.at/events/europaeischer-aktionstag.html

Spanien: Demonstration am 16.3. :
http://madrid.tomalaplaza.net/2013/02/10/manifiesto-contracumbre-ue/



14. März: Demonstration ab 12 Uhr in Brüssel.

***Busse** zur Demonstration in Brüssel*
http://blockupy-frankfurt.org

*Auch der **Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)** nimmt den Frühjahrsgipfel zum Anlass, Aktionstage europaweit auszurufen und gegen den Frühjahrsgipfel der EU zu demonstrieren. Der EGB ruft deswegen am 14.3. um 14.00 Uhr zu einer zentralen Kundgebung in Brüssel auf http://www.etuc.org/a/10843 ,*

Weitere Infos:
www.foraeuropeanspring.org
(Bündnisseite)

Walter Baier, Transform-Netzwerk

Die Ambition des Alter-Summit (7.-9. Juni in Athen)

Der Vorschlag, am 7 –9. 2013 Juni einen Gipfel der alternativen sozialen und politischen Bewegungen in Athen abzuhalten, stellt den ernsthaften Versuch dar, eine europäische, soziale und politische Front für den Kampf gegen die Austerität und die autoritäre Wende in der EU-Integration zu schaffen. Entstanden ist diese Möglichkeit aus den großen sozialen Kämpfen im Süden Europas und den Wahlerfolgen einzelner Formationen der politischen Linken. In mehreren Ländern.
Die politische Bewegung zur Vorbereitung des Alter-Summit (AS) geht auf das Europäische Sozial Forum zurück, in dessen Rahmen, in Malmö, im Herbst 2008 zunächst die Joint Social Conference (JSC) entstanden ist, deren Anliegen es war, einen im Vergleich zum Sozial Forum mehr strukturierten Rahmen für die Ausarbei-tung einer gemeinsame Strategien zwi-schen sozialen Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften und zu schaffen. Das Transform-Netzwerk wurde 2010 in das Initiativ-Komitee der JSC aufgenommen.

Die in zwei Konferenzen produzierten Positionspapiere der JSC, unter anderem zu Austerität, Steuergerechtigkeit, Geldpolitik, Fiskalpolitik und Außenhandel der EU sind auf der Website www.jointsocialconference.eu zugänglich. Sie sind lesenswert, auch weil sie zeigen, dass es sich bei diesem Versuch, die sozialen AkteurInnen auf neue Weise zu vereinen, auch um ein intellektuell ambitioniertes Projekt handelte, was es transform - das kein politischer Akteur sein will - ermöglichte, einen inhaltlichen Beitrag zu leisten.

Im Initiativ-Komitee der Joint Social Conference, die vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) unterstützt wird, arbeiten die großen, vielfach links orientierten Gewerkschaftszentralen – die CGT, FSU, Solidaire, CGILL, CCOO, CGT-P, FTGB, CSC und MSZOSZ – sowie wichtige europäische Sozial- Bürgerrechts- und Ökologiebewegungen – ATTAC, EAPN, CADTM und Greenpeace – zusammen.

Der Ausbruch der Finanzkrise in Europa, die Austeritätsprogramme, die verschärfte Sozialkrise im Osten – und schließlich die Entschlossenheit, mit der die neoliberalen Eliten daran gehen, die Krise zur Zerstörung des Sozialstaats und zu einer autoritären Wende der europäischen Integration zu nützen, hat zu einer Radikalisierung und

Politisierung der Debatte geführt. Dazu kommt, dass sich auch der Europäische Gewerkschaftsbund veranlasst sieht, seinen Diskurs, aufgrund der Angriffe auf das europäische Sozialmodell und die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsrechte zu verändern.
So lehnte erstmalig in seiner Geschichte der EGB im Februar 2012, einen Europäischen Vertrag, den Fiskalpakt, aufgrund seiner sozial regressiven Wirkungen ab.

Vor diesem geänderten politischen Hintergrund wurde das Projekt des Alter-Summit im März 2012 im Rahmen der alljährlich stattfindenden Tagung der Joint Social Conference vorgestellt und von den Anwesenden, VertreterInnen der Gewerkschaften, der Sozial- Bürgerrechts- und Ökologiebewegungen und NGOs gut geheißen. Auch der als einziger Sprecher einer politischen Partei anwesende Vorsitzende der Europäischen Linkspartei, Pierre Laurent erhielt die Gelegenheit, den Vorschlag zu begrüßen.

Der Alter-Summit ist **kein Gegenmodell zu den Sozialforen**. Diese bleiben als Räume des Dialogs und des Einübens einer solidarischen, pluralen Kultur der Linken weiterhin wichtig. Insoweit war das Forum „Florenz 10 + 10“ (http://www.firenze1010.eu) ein wichtiges Treffen.

Drei politische Elemente sind es aber, in denen die politische Ambition des Alter-Summits über den spontanen Charakter der von den Sozialforen markierten Etappe der Bewegung hinausgeht.

1) Unter den Kräften, die den Alter-Summit tragen besteht Übereinstimmung dahingehend, dass ein ausschließlich als Widerstand konzipierter Abwehrkampf nicht ausreicht, um der Offensive der herrschenden Klasse wirksam entgegen zu treten. Die Ersetzung des Begriffs „Gegen-Gipfel“ durch den Begriff **„Alternativ-Gipfel“** drückt genau diese neue Ambition aus, die darin besteht, der in die Krise geratenen neoliberalen Hegemonie und dem in Europa anwachsenden Nationalismus das Konzept einer linken Hegemonie gegenüberzustellen.

2) Das zweite Element besteht in der neuen Art, in der die in der Vorbereitung des AS zentral agierenden Kräfte das Verhältnis zur Politik definieren. Die zugrunde liegende Einschätzung lautet, dass es in der europäischen Krise eigentlich nicht an alternativen Konzepten mangelt. Aber: „ *Was heute fehlt, ist ein Kräfteverhältnis, mit dem diese Alternativen auch realisiert und politische Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das europäische Projekt auf den Weg der Demokratie und eines sozialen und ökologischen Fortschritts zurückbringen*.” *(Aufruf zu einem Alternativgipfel, Brüssel, März 2012, S. SiG 100, S. 72.)*. Man muss es als bemerkenswert erachten, dass die sozialen Bewegungen von sich aus erstmals die Frage der politischen Kräfteverhältnisse aufwerfen.
Das erfordert auch ein neues Verhältnis zu den politischen AkteurInnen herzustellen, die sich mit den Forderungen der Bewegungen solidarisieren. In der Charta von Porto Alegre, die das Welt Sozial Forum als eine “*plural, diversified, non-confessional, non-governmental and non-party context*” definierte, wurde die Einbeziehung politischer Akteure – unabhängig von der Rolle, die sie in den sozialen Kämpfen einnehmen, mehr oder weniger deutlich abgelehnt: “*Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charter annehmen, können als Einzelpersönlichkeiten eingeladen werden.*” (Charta der Prinzipien des WSF, Porto Alegre, April 2001). In der auf dem Treffen in Florenz verbreiteten Stellungnahme des AS-Koordinierungskomitees wird ein anderes, ein **differenziertes Verhältnis zur Politik** formuliert: *“The Alter Summit is led by the social movements, but we also accept the political forces which support our demands. Personalities who support our appeal are welcome. We are asking all organizations and politicians to fight with us if they share the spirit and the fundamental analysis summarized in our ‘Call’*”. Damit ist ein notwendiger Schritt zur Überwindung der Spaltung der AkteurInnen gesetzt, die – bei Anerkennung ihrer Unterschiede und Autonomie – jedoch gemeinsam einen aussichtsreichen Kampf um eine linke Alternative in Europa aufnehmen können.

3) Der Alter-Summit versteht sich als kritisch, pro-europäisch. Im Aufruf heißt es: “*Wir können keinen europäischen Kampf in einem rein nationalen Rahmen gewinnen*“ … „*Wir wollen die europäischen Völker und ihr Sozialmodell verteidigen und nicht die großen Unternehmen und Banken und deren Hauptaktionäre. Das erfordert eine andere Politik, das heißt auch eine Erneuerung der Institutionen und Verträge: nicht im Sinne einer Verschärfung des strafenden Neoliberalismus, sondern um die Demokratie wiederherzustellen.“*. Strategisch bedeutet das, sich konsequent von nationalistischen Positionen abzugrenzen, ohne die Gefahren der autoritären und zentralistischen Richtung der vorherrschenden Integrationsrichtung zu bagatellisieren.

Zumindest in diesen drei Punkten kann man den Alter-Summit auch als einen **Versuch** verstehen, **den Diskurs der Sozialbewegungen zu erneuern**. Dass dies Erwartung unter aktiven Gruppen und Individuen entspricht, zeigen die allgemein positive Aufnahme des Vorschlages und die Gründung nationaler Vorbereitungsstrukturen, vor allem aber die Bereitschaft der griechischen Gewerkschaften und Sozialbewegungen die Anstrengung zu unternehmen, das Ereignis in Athen zu empfangen.
Auch bei der großen Präsentationsveranstaltung des Alter-Summits im Rahmen des Forums „Florenz 10+10“, in der Gewerkschafter aus West-, Ost- und Südeuropa, der stellvertretende Generalsekretär des EGB, Patrick Itchert, die Vertreter des neu geschaffenen Netzwerks Kritischer ÖkonomInnen und wichtiger europäischer Netzwerke, darunter auch transform, zu Wort kamen, wurde dies deutlich.
Eine weitgehende Übereinstimmung besteht darin, dass nicht versucht werden darf, den Alter-Summit als eine Art „Zentralkomitee“ der sozialen Bewegungen zu präsentieren. Sein „added value“ hinsichtlich der sozialen Mobilierungen in einzelnen Ländern soll darin bestehen, ihnen **eine europäische Dimension hinzufügen,** indem auf dem Alter-Summit von repräsentativen europäischen Persönlichkeiten eine überschaubare Zahl wichtiger, auf Europa bezogener, politischer Forderungen – im Sinne politischer Prioritäten – gemeinsam erhoben wird. Diese zu identifizieren und sich auf sie zu einigen wird die wichtigste und gleichzeitig schwierigste Aufgabe der Vorbereitung des Alter-Summits sein.

Gewiss wird es angesichts der krisenhaften Zuspitzung der europäischen Widersprüche nicht leicht sein, eine gemeinsame Basis unter den verschiedenen Kräften zu finden. Ganz speziell gilt das für die Konzeption eines neugegründeten, demokratischen Europa.
Allein aber der **Versuch zu einer gemeinsamen strategischen Prioritätensetzung zu kommen**, stellt eine neue Qualität im Diskurs der sozialen und politischen Bewegungen dar.

Anmerkungen:
[1] Eingeladen waren SprecherInnen der drei „progressiven“ Parteifamilien, Grüne, Sozialdemokratie und Linke, sofern sie dem Aufruf für den Alternative-Summit zustimmten. Von MEP der Grünen und der SP wurden Video-Botschaften eingespielt, die sich bezüglich des Aufrufes unklar äußerten.
[2] Flugblatt des Koordinierungskomitees des AS, Florenz, November 2012 - http://transform-network.net/uploads/tx_news/LOW_ALTER_SUMMIT_210x297mm_1-4_01.pdf
Links: www.jointsocialconference.eu
www.altersummit.eu ,www.firenze1010.eu
www.weltsozialforum.org

http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/the-ambition-of-the-alter-summit.html

Aufruf: Blockupy Frankfurt!



Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes , 31. Mai und 1. Juni

Blockupy ruft auch in diesem Jahr zu europäischen Tagen des Protestes in Frankfurt am Main gegen das Krisenregime der Europäischen Union auf. Am 31. Mai und 1. Juni 2013 wollen wir den **Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF** – in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes tragen: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken und Konzerne – den Profiteuren dieser Politik.

Die **Verarmungs- und Privatisierungsprogramme**, die schon vor Jahrzehnten den Ländern des Globalen Südens aufgezwungen wurden, sind jetzt in Europa angekommen. Die deutsche Agenda 2010 war nur ein Modellprojekt für das, was in noch dramatischerem Umfang gegenwärtig insbesondere in Südeuropa durchgesetzt wird. Diese Verelendung wird sich – auch hier – noch weiter verschärfen, wenn wir uns nicht wehren: Es droht der weitere Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Damit soll die Zahlungsfähigkeit für die Renditeerwartungen der großen Vermögen erhalten bleiben und durch die Verbilligung und Prekarisierung von Lohnarbeit die „ökonomische Wettbewerbsfähigkeit" Deutschlands und (Kern-)Europas auf dem kapitalistischen Weltmarkt gesteigert werden.

Gemeinsam mit den Menschen im Süden Europas sagen wir: „Don't owe, don't pay!" (Wir schulden nichts, wir zahlen nichts!) und wehren uns dagegen, dass die Sanierung des Kapitalismus in Europa auf dem Rücken der Lohnabhängigen, der Erwerbslosen, der Rentner_innen, der Migrant_innen und der Jugendlichen ausgetragen wird. Wir verweigern uns der Komplizenschaft mit der deutschen Krisenpolitik, die nicht nur katastrophale Folgen für die Lebensverhältnisse der Menschen im Süden Europas hat, sondern auch hierzulande die soziale Spaltung immer weiter vorantreibt. Deswegen kämpfen wir auch gegen die hier bereits erfolgten und in noch größerem Ausmaß drohenden Verschlechterungen von Lebens- und Arbeitsbedingungen, die zudem geschlechtsspezifisch ungleich verteilt sind und somit die Geschlechterungerechtigkeit verschärfen. Zu uns gehören Initiativen gegen steigende Mieten, kommunale Verarmung und Schikanen am Jobcenter, gegen Abschiebungen, Lager und Residenzpflicht.

Immer wieder wird **versucht, uns zu spalten**, z.B. mit dem Hinweis, ‚es wäre genug für die Griechen gezahlt'. Keine Griechin, kein Grieche ist gerettet, vielmehr sind die Renditen von Banken und Konzernen gesichert worden. Wir widersetzen uns dem Versuch, mit solchen nationalistischen Parolen Beschäftigte, Erwerbslose und Prekäre in Deutschland und Griechenland, in Italien, Portugal und Frankreich oder anderen Ländern gegeneinander aufzuhetzen. Insbesondere bekämpfen wir alle (neo)faschistischen Tendenzen, Aufmärsche und Veranstaltungen. Wir wehren uns auch gegen jedwede reaktionäre oder rassistische Kriseninterpretation – gleich ob von „Unten oder Oben" – gleich ob in antisemitischer, antimuslimischer oder antiziganistischer Form.

Wir sind Teil der internationalen Bewegungen, die sich seit Jahren gegen die Angriffe auf unser Leben und unsere Zukunft wehren, für soziale Rechte und Alternativen kämpfen, neue Formen von demokratischer Organisierung und solidarischer Ökonomie entwickeln. Wir widersetzen uns der autoritären Durchsetzung der Spar- und Reformpakete, die in eklatantem Widerspruch zu demokratischen Prinzipien steht, und treten **für die Demokratisierung aller Lebensbereiche** ein. **Wir widersetzen uns** der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit **Krieg und Rüstungsexport**. Wir widersetzen uns dem **kapitalistischen Wirtschaftsmodell**, das auf globaler Ausbeutung basiert, notwendig Armut und soziale Ungleichheit produziert und die Natur systematisch zerstört.
Wir tragen unseren Protest, unseren zivilen Ungehorsam und Widerstand an den Sitz der Profiteure des europäischen Krisenregimes nach Frankfurt am Main. Von polizeilicher und juristischer Repression, die Bewegungen an vielen Orten weltweit und auch uns trifft, lassen wir uns nicht einschüchtern, sondern begegnen ihr mit grenzüberschreitender Solidarität.

Setzen wir unsere Solidarität gegen die Politik der Spardiktate! Machen wir deutlich: Wir werden nicht zulassen, dass die Krise weiter auf den Rücken von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner_innen, Prekären, Studierenden, Flüchtlingen und vielen anderen abgeladen wird, weder anderswo, noch hier. Die Frankfurter Protesttage schließen damit an die weltweiten Proteste des vergangenen Jahres, die **Proteste im Frühling in Brüssel** und anderswo sowie an die Bewegungen für einen **Alter Summit in Athen** an.
Wir werden gegen die Politik der Bundesregierung und der ganz großen 4-Parteien-Koalition, gegen die Politik von EZB, EU-Kommission und IWF demonstrieren. Wir werden die EZB blockieren.Wir werden die öffentlichen Plätze in der Wirtschafts- und Finanzmetropole Frankfurt okkupieren – wir sind BLOCKUPY!

https://blockupy-frankfurt.org

Europa neu begründen: Öffentliche Versammlungen

Ergebnisse der Attac-Versammlung "Europa neu begründen" in Wien, 24.1.2013

Videodokumentation:
Alexandra Strickner: Kontext und inhaltlicher Bogen der Kampagne / Elisabeth Klatzer: Politische Maßnahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) / Markus Koza: Auswirkungen der WWU-Politik auf ArbeitnehmerInnen und Arbeitsrechte / Christoph Mayer: Auswirkungen der WWU-Politik auf soziale Rechte und den Sozialstaat / Georgios Chondros: Konkrete Auswirkungen der WWU-Politik am Beispiel Griechenland / Alexandra Strickner: Zusammenfassung der Kampagnenauftaktveranstaltung
http://www.unsereuropa.at/veranstaltungen/2401-europa-neu-begruenden.html

19. März 2013, Podiumsdiskussion EU-Krisenpolitik: Aushöhlung der Demokratie statt sozial-ökologisches Europa der Menschen?

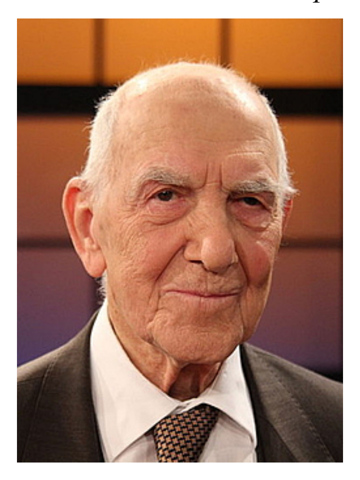
(17 bis 21 Uhr). Mit: Sonja Ablinger, Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ; Mag.a Alexandra Strickner, Obfrau Attac, Ökonomin; Dr.in Elisabeth Klatzer, Attac Vorstand und Ökonomin; Mag. Lukas Oberndorfer, AK Wien, Jurist. Anschließend Publikumsgespräch.
http://www.attac.at/events/attac-im-wuk/programm.html

4. Mai 2013: 21. isw-forum "Die Schulden streichen!: Die Grundlage für eine Erneuerung Europas."

Mit Referenten aus Griechenland, Frankreich, Spanien und Deutschland . Ort: Münchner Gewerkschaftshaus.

Attac Frankreich
Nachruf auf Stéphane Hessel, gestern wie heute Widerstandskämpfer

Stéphane Hessel, Résistance-Kämpfer und Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, ist am 27.Februar im Alter von 95 Jahren gestorben. Für die globalisierungskritische Bewegung war Hessel spätestens seit seinem Aufruf ***"Empört Euch!"*** *ein wichtiger Sprecher.*



Widersetzen, sagte Lucie Aubrac, ist ein Verb, das im Präsens konjugiert wird. Gestern Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, war Stéphane Hessel auch heute ein Widerstandskämpfer, mit seinem Engagement gegen die schlimmen Folgen des Neoliberalismus, die zunehmende Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten, die Diktatur der Finanzmärkte, die maßlose Ausbeutung der Ressourcen der Erde, die unmenschliche Behandlung der am stärksten benachteiligten Menschen.

Stéphane Hessel hat etwas aufgebaut. Er hat sich an der Ausarbeitung des Programms des Nationalen Widerstandsrats beteiligt; mit ihm hat Attac dessen 60stes Jubiläum im Jahr 2004 gefeiert. Später hat er die Allgemeine Menschenrechtserklärung mitverfaßt.

Er war ein unermüdlicher Verfechter der Menschenrechte und hat auch an den antikolonialen Kämpfen teilgenommen. Sein unerbittlicher Einsatz für die Palästinenser_innen hat dazu geführt, dass er wiederholt Beschimpfungen und Diffamierung erleben musste.

Bis zuletzt stand er an der Seite derjenigen, die für eine gerechtere Welt kämpfen. Sein Buch "Empört euch" wurde auf dem ganzen Planeten berühmt und weltweit das Manifest von Tausenden von Demonstrant_innen, die sich gegen ein ungerechtes und immer weniger demokratisches System auflehnen...

In Gedenken an Stéphane Hessel drücken wir seiner Familie und seinen Freunden unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Am 15.Januar 2012 hatte Hessel auf einer von attac organisierten internationalen Versammlung „Ihre Schulden – unsere Demokratie“ die Abschlussrede gehalten (http://www.france.attac.org/dossiers/leur-dette-notre-democratie) – Hier die Aufzeichnung seines Beitrags, der sein leidenschaftliches und mitnehmendes Engagement zeigt: http://www.dailymotion.com/video/xp3msg_leur-dette-notre-democratie-stephane-hessel_news

Originaltext:
http://www.france.attac.org/articles/hommage-stephane-hessel-resistant-dhier-et-daujourdhui

Interview mit Stéphane Hessel (auf Deutsch), *Kontext-TV (28.9.2012)*
http://www.kontext-tv.de/2012/stephane-hessel

Massenproteste in Europa gegen die Kürzungspolitik

Es vergeht keine Woche, ohne dass in einem europäischen Land Massendemonstrationen stattfinden. Wir werden hier nur einen kleinen Einblick darüber geben, dank des **Blogs von Stephan Lindner** *- mit vielen Videos über die Protestaktionen:* http://blog.attac.de/wieder-massenproteste-gegen-austeritatspolitik/

Bulgarien: Am 17.2. protestierten wieder Zehntausende gegen überteuerte Stromrechnungen. Sie forderten den Rückritritt der Regierung und die Wiederverstaatlichung der Stromverteilungsgesellschaften.

Irland: Am 9.2. fanden in mindestens sechs Städten Proteste statt, an denen sich nach Veranstalterangaben mehr als 110.000 Menschen beteiligten.

Slovenien: Seit Ende letzten Jahres wird regelmäßig gegen Austeritätspolitik demonstriert. Vor kurzem ist dort nach schweren Korruptionsvorwürfen, in die auch führende Oppositionspolitiker verwickelt sind, die Regierung zerbrochen. Eine große Demonstration fand am 8.2. in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana statt.

Spanien: Für den 16.2. hatte die Plattform der Betroffenen von Hypthekenschulden zu landesweiten Protesten gegen Zwangsräumungen aufgerufen. Die Plattform hatte in den letzten Monaten Unterschriften für einen Petition für ein Gesetz gesammelt, das Zwangsräumungen verhindern und jedem das Recht auf eine bezahlbare Wohnung sichern soll. Eigentlich wären “nur” 500.000 Unterschriften notwendig gewesen, damit sich das Parlament mit dem Gesetzesvorschlag beschäftigen muss. Am Ende kamen aber mit mehr 1,5 Millionen Unterschriften mehr als dreimal so viele zusammen.
Die regierende konservative Volkspartei hatte trotzdem bereits angekündigt, dass sie den Gesetzvorschlag ablehnen will. Dann brachten sich am Tag der Parlamentsabstimmung zwei Rentner um, weil sie aus ihrer Wohnung geräumt werden sollten. Wegen des befürchteten öffentlichen Aufschreis musste die Regierung zurückrudern und stimmte einer Befassung im Parlament nun doch zu. Die Proteste wurden auch organisiert, um eine Verwässerung der Vorschläge bei den jetzt anstehenden parlamentarischen Beratungen zu verhindern.
Am 17.2. führte ein Bündnis eine Demonstration in 15 Städten zum Erhalt des Gesundheitssystems.
(noch ein Hinweis der Redaktion: **Was die Spanier den Deutschen zu sagen haben:** http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=xU30dpNCKZ0)

Portugal: Am 2.März demonstrierten in Portugal mehr als 1,5 Millionen Menschen gegen die Austeritätspolitik von Troika und portugiesischer Regierung. Die Proteste standen wieder unter dem Motto “Zum Teufel mit der Troika” . Dabei ist ein Lied aus den Protesten nicht mehr wegzudenken: Grândola, Vila Morena (deutsch Grândola, braungebrannte Stadt), ein Kampflied aus der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974. http://www.youtube.com/watch?v=NWXkR3jZnoI&feature=player_embedded
Wie Wikipedia zu berichten weiß, war dieses Lied in der Nacht vom 24. auf den 25. April 1974 das Signal für den Sturz der faschistischen Militärdiktatur. Als damals um 0:25 Uhr im Rundfunksender Radio Renascenca die erste Strophe verlesen und anschließend das Lied zweimal in voller Länge gespielt wurde begann der Aufstand. Am darauffolgenden Abend war die Diktatur bereits Geschichte.
Am 15. Februar unterbrachen wütende Menschen mit diesem Lied eine Rede des portugisieschen Ministerpräsidenten im Parlament: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=oMBbmB6JFfs

Griechenland – Massenproteste und Selbstorganisierung

Am 20.2. hat in Griechenland der 27. ***Generalstreik*** *seit knapp drei Jahren stattgefunden. Zugleich gab es in vielen Städten Protestkundgebungen. Laut Gewerkschaftsangaben demonstrierten in Athen 80 000 Menschen. Auf dem Forderungskatalog der Gewerkschaften stehen der Abschluss von Rahmentarifverträgen und wirkungsvolle Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Rate lag im November des vergangenen Jahres bei 27 Prozent. Bereits jetzt gibt es 400 000 Familien, in denen kein einziges Mitglied eine Arbeit hat. Gefordert wird von den Gewerkschaftern auch, dass die Regierung von der Zwangsrekrutierung Abstand nimmt. Diese war kürzlich gegen Mitarbeiter der Athener Untergrundbahn sowie gegen Seeleute angeordnet worden. Durch die Anwendung dieses Notstandsgesetzes waren mehrere Tage anhaltende Streiks faktisch per Staatsgewalt beendet worden.*
http://www.nzz.ch/aktuell/international/generalstreik-und-kundgebungen-1.18014049

18.2.: Seit mehreren Wochen protestieren auch ***Bauern*** *gegen weitere Austeritätsmaßnahmen. Dabei geht es u.a. um Steuererhöhungen für landwirtschaftliche Produkte und den für Traktoren verwendeten Treibstoff. Aus Protest gegen die dadurch weiter steigenden Erzeugerpreise haben Bauern in den letzten Wochen in vielen Städten immer wieder* ***kostenlos Lebensmittel an hungernde Menschen verteilt,*** *die sich schon jetzt die wegen Steuern hohen Preise nicht mehr leisten können. Seit letzter Woche haben die Bauern zusätzlich begonnen, einmal täglich für eine Stunde wichtige Überlandstraßen zu blockieren. Dabei kam es bereits zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Aufstandsbekämpfungseinheiten und Bauern. (http://blog.attac.de/wieder-massenproteste-gegen-austeritatspolitik/)*

Unter Arbeiterkontrolle: *In Thessaloniki nimmt eine von den Beschäftigten selbst verwaltete Fabrik die Produktion auf.*
http://www.jungewelt.de/2013/02-25/019.php http://www.viome.org/

Griechenland „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ (Brecht, Arturo Ui)

23. Februar 2013
Liebe Genossinnen und Genossen,

Gerade haben die **griechischen Neonazis** einen rassistischen Angriff **gegen** unseren Genossen **Moisis Litsis** begonnen. Unter dem Titel „*Die ESIEA (Journalistengewerkschaft) hat einen Juden als Schatzmeister*“ hat das neofaschistische Magazin Stohos eine „*biografische Mitteilung*“ über Moisis herausgebracht, in der all seine politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten zwei Jahrzehnte aufgeführt werden. Die eindeutig rassistische Schmähschrift endet mit den folgenden Worten: „*Er spricht perfekt Hebräisch, er liebt Israel abgöttisch, obwohl er behauptet, Antizionist zu sein (wer kann ihm das schon glauben?) … Anstatt auf der ESIEA-Hauptversammlung über die Probleme der griechischen Journalisten zu sprechen, redet Moisis Litsis lieber über den jüdischen Holocaust und die Verurteilung der Partei Goldene Mörgenröte …*“
Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte daran erinnern, dass Moisis Litsis unter anderem der Anführer des acht Monate dauernden Streiks der Arbeiter der Zeitung Eleftherotypia war, außerdem ist er Gründungsmitglied des griechischen Komitees gegen Schulden (CADTM Griechenland, http://www.contra-xreos.gr/) und seit Kurzem mein Partner beim Start der Europäischen Antifaschistischen Initiative und bei der Formulierung ihres Manifests, http://antifascismeuropa.org/manifiesto/fr (er hat das Manifest ins Hebräische übersetzt).
Es ist unnötig zu erwähnen, wie ernst wir diese Art von rassistischer Attacke seitens Stohos und seiner Anhänger zu nehmen haben, wenn wir all die Morde und gewalttätigen Übergriffe von griechischen Neonazis im letzten Jahr betrachten. Aus diesem Grund starte ich einen Appell an euch alle, da wir uns nur auf euch und die internationale antifaschistische Solidarität verlassen können, wenn es darum geht, unseren Genossen Moisis Litsis gegen rassistische und faschistische Aggressionen zu unterstützen und zu schützen.
Ich danke euch im Voraus
NO PASARAN! (SIE KOMMEN NICHT DURCH!) Yorgos Mitralias

Erklärung von CADTM
„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ (Brecht, Arturo Ui)

25. Februar 2013
Bezugnehmend auf den direkten rassistischen Angriff der Nazipartei Goldene Morgenröte gegen eines der Gründungsmitglieder des CADTM Griechenland, Moisis Litsis, möchte das internationale CADTM-Netzwerk mit aller Deutlichkeit festhalten, wie ernst die Gefahr des aufsteigenden Faschismus ist, eine Entwicklung, die eine direkte Konsequenz des von den Gläubigern aufgezwungenen Sozialabbaus ist, denen die Rückzahlung der öffentlichen Schulden wichtiger ist als Menschenrechte.
Das Neonazimagazin Stohos veröffentlichte eine „biografische Mitteilung“ über Moisis Litsis, die all seine politischen Tätigkeiten der letzten zwei Jahrzehnte auflistet. *(S. Brief von Y. Mitralias, die SiG -Red.)*

Der stetig voranschreitende Sozialabbau sowie die ökonomische Krise ermöglichten es den Rechtsextremen, Ausländer (Migranten und Asylbewerber) zu verteufeln. Antisemitismus wird dazu benutzt, Sündenböcke zu finden und die wahren Gründe der Probleme, mit denen sich die griechische Bevölkerung herumschlagen muss, zu verschleiern. Die von der Troika über die Griechen verhängten brutalen Sparmaßnahmen verleiten viele dazu, neue Wege der Bewältigung zu suchen, und nicht immer scheuen sie vor dem dunklen Weg des Faschismus zurück.

Wie auch immer, es muss daran erinnert werden, dass die Goldene Morgenröte eine rassistische, gewalttätige und pogromschürende Organisation ist und Ziele verfolgt wie die Zerstörung jeglichen politischen oder kulturellen Verbands, die Niederschlagung allen bürgerlichen Widerstands, die Verneinung des Rechts auf Anderssein und die Unterdrückung oder sogar Vernichtung derjenigen, die anders oder schwächer sind. Dieser rassistische, rückschrittliche, autoritäre und diskriminierende Reflex ist eine der beunruhigendsten Konsequenzen der gegenwärtigen Entwicklung, in der Gläubiger unseren Sozialstaat zerstören, um die Rückzahlung weitestgehend illegitimer Schulden sicherzustellen.

Das internationale CADTM-Netzwerk betont nochmals die vollkommene Solidarität mit dem griechischen Volk in seinem Kampf um Souveränitat, gegen Sparmaßnahmen, für die Durchsetzung seiner Rechte und die Annullierung der skandalösen und mörderischen Staatsschulden. Wir können die mörderischen, schikanösen und provokativen Aktionen einer nun im Parlament vertretenen Nazipartei nicht tolerieren
Wir erheben zusammen mit vielen anderen auf der ganzen Welt unsere Stimme gegen den aufkommenden Faschismus in Europa. Unser Kampf gegen Sparmaßnahmen zur Begleichung der Staatsschulden kann nicht vom Kampf gegen Faschismus in Europa getrennt werden. Unsere Solidarität gilt Moisis Litsis, dem griechischen CADTM und allen linksgerichteten Kräften, die sich gegen Sparmaßnahmen und das System, das sie hervorbringt, auflehnen.
http://cadtm.org/Greece-The-belly-is-still-fertile *Übersetzung: Tina Wotruba*

Attac Österreich zur Finanztransaktionssteuer
Lob und Kritik für Kommissionsentwurf

Ausnahme von Devisengeschäften und unterschiedlichen Zinssätzen nicht sinnvoll

13.2.2013

Attac bewertet den Vorschlag der EU-Kommission für die Finanztransaktionssteuer in 11 EU-Ländern als Erfolg für die europäische Zivilgesellschaft und Niederlage für Finanzlobby.

Positiv bewertet Attac, dass der Entwurf sogar eine Verbesserung des ursprünglichen Kommissionsentwurfs beinhaltet. So bedeutet die Anwendung des Ausgabe-Prinzips („issuing principle"), dass für die Besteuerung der Ausgabeort des Finanzproduktes herangezogen wird. Jedes in den elf Ländern ausgegebene Derivat kann so überall auf der Welt besteuert werden, egal wo es gehandelt wird. In Kombination mit dem Sitzlandprinzip (Besteuerung nach Geschäftssitz eines Handelspartners bzw. Auftraggebers) sind Fluchtmöglichkeiten von der Steuer sehr schwierig: Die Deutsche Bank oder ein deutscher Privatanleger, der ein Geschäft über die Londoner Börse abwickelt, muss trotzdem in Deutschland die Transaktionssteuer zahlen, wenn er dort gemeldet ist. Es bliebe also nur die Verlagerung des kompletten Firmensitzes, der oft teurer wird als die Steuer. „*Diese Maßnahmen beweisen, dass das Kapital an jeder Ecke der Welt fassbar ist, wenn der politische Wille dazu besteht*", erklärt David Walch von Attac Österreich. Zu begrüßen sei auch, dass nicht nur Börsengeschäfte, sondern auch außerbörsliche Transaktionen erfasst werden sollen. Insbesondere die Besteuerung von Derivaten ist wichtig.

Kritik übt Attac jedoch an der völligen Ausnahme von Devisengeschäften. Walch: "*Die Gefahr ist groß, dass sich die Spekulation nun auf die Währungsspekulation am Spotmarkt verschiebt. Auch die unterschiedlichen Steuersätze (0,1 Prozent für Aktien und Anleihen bzw. 0,01 Prozent für Derivate) sind für Attac nicht sinnvoll.* "Der Steuersatz bei Derivaten von 0,01 Prozent ist zu gering. Derivatehändler, die mehrmals am Tag kaufen und verkaufen, werden so gegenüber "konservativen" Anlegern bevorzugt."

Attac fordert die flächendeckende Anwendung eines einheitlichen Steuersatzes etwa von 0,1 Prozent ohne Ausnahmen.

Auch was die Verwendung des Steueraufkommens betrifft, geht die Überzeugungsarbeit für Attac weiter. "*Wir fordern, die Einnahmen in erster Linie für internationale Armutsbekämpfung und Umweltschutz zu verwenden*", so Walch.

"*Die elf Länder müssen nun für eine EU-weite Einführung der Finanztransaktionssteuer den Druck gegen den massiven Widerstand der Finanzindustrie erhöhen*", fordert Walch.

Die Finanztransaktionssteuer ist ein notwendiges aber bei weitem nicht ausreichendes Mittel um Finanzmärkte effektiv zu regulieren. Notwendig sind eine Zerteilung der systemrelevanten Banken, ein effektives Schließen von Steueroasen sowie eine Zulassungspflicht für alle Finanzprodukte wie insbesondere Derivate.

http://www.attac.at/news

The Public Eye Awards 2013:
Schmähpreise gehen an Goldman Sachs und Shell

Davos, 24. Januar 2013 - In Sichtweite des Weltwirtschaftsforums (WEF) haben ***Greenpeace Schweiz*** *und die* ***Erklärung von Bern*** *(EvB) heute mit der Vergabe der Public Eye Awards besonders krasse Fälle von Profitgier und Umweltsünden von Unternehmen gebrandmarkt. Den diesjährigen Jurypreis erhält die US-Bank Goldman Sachs. Der Publikumspreis geht nach dem Willen von 41'800 Online-Votern mit grossem Vorsprung an den Ölkonzern Shell.*

(…) **Goldman Sachs** erhält den Jury-Award. Der US-Bankkonzern ist ein zentraler Akteur in der finanzgetriebenen Globalisierung, die die Profite von wenigen mit explodierender Ungleichheit und der Verarmung breiter Schichten bezahlt. **Andreas Missbach**, Finanzexperte der Erklärung von Bern sagt dazu: «*Die Derivate-Deals von Goldman, die Griechenland in die Eurozone schummelten, verpfändeten die Zukunft der Griechinnen und Griechen. Zudem sind die Manager von Goldman Sachs Meister der Drehtür – durch den Wechsel in politische und öffentliche Ämter sichern sie der Bank die Geschäfte von morgen.*» **Michael Baumgartner**, Jury-Vorsitzender der Public Eye Awards ergänzt: «*Goldman Sachs ist nicht nur einer der Hauptgewinner der Finanzkrise. Die Bank ist darüber hinaus ein wichtiger Player im Rohstoff-Casino: Sie hat diese Märkte als neue Geldquelle erschlossen und destabilisiert die Rohstoffpreise. Wenn die Preise für Nahrungsmittel wie 2008 alle Rekorde brechen, werden Millionen Menschen in Hunger und Elend gestürzt.*»

Der heutige Stargast der Preisverleihung, der renommierte Autor, Ökonom und Ex-Bankenregulator Professor **William K. Blac**k, sprach in Davos über die kriminelle Energie der Konzerne, die Oligarchie der Finanzindustrie und den Zustand der Demokratie. Zu Goldman Sachs sagt er: «Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass Goldman Sachs nicht ein einzelner fauler Apfel an einem gesunden Baum ist, sondern exemplarisch für die *Systemically Dangerous Institutions* (SDIs) steht, also den Banken, die „too big to fail" sind.» (1)

Shell ist bei besonders kontroversen, risikoreichen und schmutzigen Ölförderprojekten immer mit dabei. So geht der von Online-Usern mit dem Publikums-Schmähpreis bedachte niederländisch-britische Konzern mit dem Schweizer CEO Peter Voser auch besonders aggressiv vor auf der hochriskanten Suche nach fossilen Brennstoffen in der sensiblen Arktis. Möglich wurde diese durch den von Shell mitverursachten Klimawandel bzw. das Schwinden der arktischen Eisdecke. Jedes arktische Offshore-Ölprojekt bedeutet neue CO2-Emissionen. Die Ölreserven der Arktis reichen für bloss drei Jahre. Dafür setzt Shell eines der letzten Naturparadiese der Erde aufs Spiel und gefährdet den Lebensraum von vier Millionen Menschen und einer einzigartigen Tierwelt. Der Konzern legte in den letzten Monaten eine bedenkliche Pannenserie hin, dabei hat er noch nicht einmal mit den Ölbohrungen angefangen. Shells Sicherheitsvorkehrungen spotten jeder Beschreibung. Experten sind sich sicher: Eine Ölkatastrophe ist jederzeit möglich und kann unter den in der Arktis herrschenden Bedingungen kaum eingedämmt werden. **Kumi Naidoo**, Direktor von Greenpeace International, sagt: «*Shell hat 4,5 Milliarden Dollar in ein unsinniges, hochriskantes Projekt investiert und damit nur Probleme geschaffen. Die Publikumswahl zeigt, dass die Öffentlichkeit ein wachsames Auge auf Shell hat und dessen ruchloses Vorgehen auch in Zukunft sanktionieren wird.*»

Dr. **Ulrich Thielemann,** Direktor der Denkfabrik für Wirtschaftsethik Berlin und von 2001 bis 2010 Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, führte die Rolle der Wissenschaft in Initiativen wie dem Public Eye aus: «*Dem rücksichtslosen Wettbewerb auf Kosten der Menschenrechte und der Umwelt durch Deregulierung und einen gnadenlosen Race to the Bottom muss ein Ende gesetzt werden. Wirklich verantwortungsbewusste Unternehmen müssten diesen Schritt (Regulierung) begrüssen, denn er würde sie vom schmutzigen Konkurrenzkampf der Corporate Wrongdoers, also den fehlbaren Unternehmen, befreien.*»

Für die beiden Schmähpreise nominiert waren neben Goldman Sachs und Shell die fünf Firmen Alstom (FR), Coal India (IN), G4S (UK), Lonmin (ZA) und Repower (CH).

http://www.publiceye.ch/de/news/public-eye-awards-2013-schmaehpreise-gehen-goldman-sachs-und-shell/

(1) Text seiner Rede:
https://publiceye.s3.amazonaws.com/media/media/medialibrary/2013/01/Speech_Black_e.pdf

„Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit“

Buch von Sabine Gruber, Frigga Haug, Stephan Krull

Das Werk „Arbeiten wie noch nie“ wurde von **Sabine Grube**r initiiert, um einen Überblick zum sehr komplexen Thema Arbeit zu geben, vor allem mit dem Blick über den Tellerrand bezahlter Arbeit. Es lädt dazu ein, sich selbst seine Meinung darüber zu bilden bzw. sich über die zukünftige Entwicklung Gedanken zu machen.
Leicht verständlich geschrieben gibt „Arbeiten wie noch nie“ einen guten Einblick in verschiedene Aspekt der Arbeitswelt: dass die Bestreitung des Lebensunterhaltes unserer Großeltern und Eltern teilweise noch entscheidend anders ausgesehen hat, ist unumstritten. Doch wohin führt uns der Weg? Dabei darf natürlich auch ein Blick in die Vergangenheit der Arbeitswelt, vor allem im Hinblick auf die grundlegenden Veränderungen durch den aufkommenden Kapitalismus und die daraus resultierenden Konflikte nicht fehlen. Gut umrissen dank des Beitrags von **Stephan Krull** wird auch die Rolle bzw. der sich verändernde Handlungsspielraum der Sozialpartnerschaft anhand des Beispiels Autoindustrie, wobei hier das Thema Arbeitszeit besonders be-leuchtet wird. Damit beschäftigt sich u.a. auch die 4-in-1-Perspektive von **Frigga Haug**, welche dankenswerter Weise end-lich auch in der heutigen Diskussion noch unterrepräsentierte Formen von Arbeit ins Boot holt, z.B. Reproduktionsarbeit, Kulturelle Entwicklung, etc.
Dank des Beitrags von **Alexandra Weiss** finden auch die Rolle der Frau in der Arbeitswelt sowie die veränderten Familienstrukturen ein Plätzchen zur Beleuchtung und erweitern den Blick rund um die Diskussion der Erwerbs- und Familienarbeit. Schlussendlich wird der Leser anhand des ganzheitlichen Ausblicks von Sabine Gruber ermutigt, sich selbst seine Gedanken über das Thema Arbeit zu machen und sich beim dringend notwendigen Umbau der Arbeitswelt einzubringen.

Mit „Arbeiten wie noch nie“ ist durch die leichte Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Zusammenhängen ein empfehlenswertes Werk entstanden, das dank der vielfältigen Beiträge eine sehr gute Grundlage zur Diskussion und weiteren Beschäftigung mit dem Thema Arbeit bietet.

Erschienen im Argument-Verlag 2010

Tina Wotruba

Debatte um die Arbeitszeitverkürzung

30-Stunden-Woche fordern! Von Heinz Josef Bontrup und Mohssen Massarrat, http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18754

Frigga Haug:
Warum ich den 0ffenen Brief zur Arbeitszeitverkürzung nicht unterschreibe, http://www.friggahaug.inkrit.de/

Weitere Beiträge:
http://labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/az/azv.html

Wasser ist ein Menschenrecht!

Unterschreiben Sie die Europäische Bürgerinitiative!
http://www.right2water.eu/de

Text der Unterschriftensammlung:

Wasser ist ein Öffentliches Gut, keine Handelsware - Wir fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen. Wir stellen nachdrücklich folgende Forderungen:

1.Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.
2.Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.
3.Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.
Bis zum 8.3.: 1 237 095 Unterschriften)



Sprecherteam des Berliner Wassertischs

EU-Konzessionsrichtlinie - Das Vorhaben muss komplett abgesagt werden

–Pressemitteilung 23.02.2013
Privatisierungs-Expertin Ulrike von Wiesenau vom Berliner Wassertisch kommentiert jüngste Meldungen, die EU-Kommission habe einen Rückzug in Sachen Konzessionsrichtline unternommen: "*Wenn Kommissar Barnier bezüglich der Auswirkungen des Richtlinienvorschlags sich nun im Falle der rein kommunalen Stadtwerke zu einer Nachbesserung der EU-Konzessionsrichtlinie gezwungen sieht, so ist das auf den Widerstand zurückzuführen, der sich in der laufenden Europäischen Wasser-Bürgerinitiative unerwartet massiv artikuliert. Entwarnung ist dennoch nicht angesagt, denn auch die nachgebesserte Konzessionsrichtlinie greift erheblich in die kommunalen Strukturen der Wassewirtschaft in Deutschland ein. Kommunalpolitische Gestaltungsfreiheit wird durch europaweit verbindliche Richtlinien aus Brüssel ersetzt. Das Vorhaben muss komplett abgesagt werden*."
Im Streit um die Ausschreibungsregeln für die kommunale Wasserversorgung kommt die EU-Kommission den öffentlichen Wasserversorgern nur scheinbar entgegen. Städte und Gemeinden müssten demnach die Wasserversorgung in nicht mehr so vielen Fällen öffentlich ausschreiben, wie von der EU-Kommission ursprünglich vorgeschlagen. Ob Barnier wirklich einlenkt oder ob er nur ein Ablenkungsmanöver gestartet hat, muss sich erst noch weisen. Jetzt stehen Verhandlungen zwischen dem EU-Parlament, dem Rat und der Kommission an. Dabei kann die Bundesregierung zeigen, ob sie das Votum von mehr als einer Million Bundesbürgern ernst nimmt. http://berliner-wassertisch.net

Infos über mehrere Initiativen gegen die Privatisierung des Wassers:
http://www.tni.org/article/ec-stop-imposing-privatisation-water
Unser Wasser: Profitquelle oder Allgemeingut?
http://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/161
Film "Water make money":
http://www.youtube.com/watch?v=dLaVwYjfejw



Griechische Initiative gegen die Wasserprivatisierung: Save Greek Water
http://savegreekwater.org/?page_id=29

Attac Schweiz: Nestlégate

Voller Erfolg im Zivilprozess gegen Nestlé und Securitas

ATTAC Schweiz hat mit grosser Befriedigung den Entscheid des Zivilgerichtspräsidenten Jean-Luc Genilllard vom 25.01.2013 in der Affäre «Nestlégate» zur Kenntnis genommen. Das Zivilgericht hat NESTLE und SECURITAS für ihre **Spionagetätigkeiten** bei ATTAC verurteilt, und der Präsident hat anerkannt, dass es sich um eine unerlaubte Infiltration handelte und den Anspruch auf Genugtuung gutgeheissen. Er hat zugestanden, dass die Persönlichkeitsrechte der Klägerinnen verletzt worden sind und NESTLE und SECURITAS dazu verurteilt, ihnen eine Genugtuung in der Höhe von CHF 3‘000.- pro Person zu bezahlen.

2008 wurde gegen NESTLE und SECURITAS Strafanzeige erstattet und gleichzeitig eine Zivilklage eingereicht, nachdem das Westschweizer Fernsehen TSR am 12. Juni 2008 publik gemacht hatte, dass eine Gruppe von Attac-Waadt, die an einem Buch über die Nestlépolitik arbeitete (2005 auf Deutsch erschienen: *Nestlé, Anatomie eines Weltkonzerns, Rotpunktverlag*), von einer Securitas-mitarbeiterin im Auftrag von Nestlé infiltriert und ausspioniert worden war. Die Frau war im Herbst 2003 unter der falschen Identität „Sara Meylan“ der Gruppe beigetreten, hatte Arbeitssitzungen besucht, sich Zugang zu vertraulichen Informationen auch über Dritte beschafft und über die Sitzungen sowie die anwesenden Personen detaillierte Berichte zuhanden von Nestlé erstellt. Im September 2008 hat ATTAC eine weitere Spionin von SECURITAS/-NESTLE entdeckt und beim Untersuchungsrichter des Strafverfahrens angezeigt, die 2008 unter ihrem richtigen Namen noch immer bei ATTAC aktiv war, bis die Organisation sie ausschloss.



Wir freuen uns, dass das Zivilgericht diese Spionage verurteilt hat. Es liegt uns jedoch auch am Herzen hervorzuheben, dass wir die Machenschaften des multinationalen Konzerns NESTLE in der Welt weiterhin kritisch verfolgen, vor allem in Bezug auf die **gewerkschaftsfeindliche Politik** und das **exzessive Abpumpen von Wasser**.

Schliesslich möchten wir betonen, dass hinter « Nestlégate» Probleme liegen, die den Rahmen dieser Affäre sprengen. So ist die Lausanner Anti-Repressionsgruppe zwischen 2003 und 2005 auch einer Infiltration zum Opfer gefallen genauso wie mehrere andere Personen und Gruppen in der Schweiz und im Ausland.
In diesem Zusammenhang möchten wir auch nochmals die klaffenden Lücken des Strafprozesses in Erinnerung zu rufen, der infolge unserer Strafanzeige 2008 geführt worden ist. Der Journalist Alec Feuz hat diese Untersuchung sehr anschaulich in seinem Buch « Affaire classée » dokumentiert.
Durch die Vermehrung von Spionagefällen werden demokratische Grundrechte wie die Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit in Frage gestellt.
Die Tätigkeiten von NGOs, Gewerkschaften und kritischen politischen Organisationen werden immer mehr von privaten Konzernen bekämpft, welche die Kampagnen und friedlichen Demonstrationen der Zivilgesellschaft als Gefährdung ihrer kommerziellen Interessen ansehen. Diese Konzerne versuchen deshalb oft die demokratischen Grundrechte zu beschneiden - oftmals profitieren sie dabei leider von der Komplizenschaft des Staates oder zumindest von dessen Passivität.
Es ist fundamental, sich für eine gerechtere Gesellschaft engagieren zu können, gegen die skandalösen Ungerechtigkeiten in der Welt zu kämpfen und freie, unabhängige Recherchen über die Machenschaften von Unternehmen führen zu können, ohne dabei überwacht oder ausspioniert zu werden.

Gegen die Spekulation mit den Rohstoffen: Demonstration am 15. April in Lausanne

http://www.stop-speculation.ch

Vom 15. - 17. April findet im Lausanner Hotel Beau Rivage Palace bereits zum zweiten Mal der **internationale „Commodities Summit“** statt.
Der von der Financial Times (FT) organisierte **Rohstoffgipfel** bringt die weltweit grössten Handelshäuser, Investment Banken und Ressourcengruppen zusammen, deren Geschäftsführer, Industriemanager und CEO's Reden halten und auf Panels debattieren. Laut FT ist das who-is-who der Rohstoffbranche vertreten und die Teilnahme demnach essentiell für alle, die in Rohstoffe investieren oder mit Rohstoffen handeln.“

Seit einigen Jahren gilt der Rohstoffhandel als wichtigste Exportindustrie der **Schweiz**, obwohl die Rohstoffe sich zu keiner Zeit physisch auf Schweizer Boden befinden. Die Erklärung von Bern (http://www.evb.ch/) schätzt, dass rund 25% des weltweiten Rohstoffhandels über die Schweiz abgewickelt wird. Die Schweizerische Handelszeitung schreibt von der „Illusion des Wachstumswunders“ und konstatiert, dass mehr als die Hälfte des schweizerischen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre auf den Handel mit Rohstoffen zurückzuführen ist, doch diese Milliardengewinne kommen nur Wenigen zugute und neue Arbeitsplätze werden damit keine geschaffen.

Dass die Schweiz so attraktiv ist für Rohstoffhändler ist kein Zufall. Die Branche ist angewiesen auf tiefe Steuersätze und ein gesellschaftlicher Hang zu viel Diskretion und wenig Regulierung und Kontrolle.



Mehr Infos:
http://www.tourdelorraine.ch/index.php?id=88